

# Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz  
ONLINE-AUSGABE



Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

## DIGITALPAKT SCHULE

Bund und Länder verrennen sich.  
Schulen erwarten, dass der Funke überspringt.

**Fachkongress am 21. März:** Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien  
**Fürsorgepflicht:** VRB fordert Arbeitszeitanalyse an Schulen  
**IHK:** Image der dualen Ausbildung stärken  
**Reisekosten Schulfahrten:** Verzicht unzulässig  
**Datenschutz:** Löschpflichten für Notenbücher und Aufzeichnungen  
**KlarText:** Unwort des Jahres – Kostenneutralität

# Inhalt

## Ausgabe Februar 2019

### VRB-Verbandsarbeit

**dbb frauenvertretung rheinland-pfalz:**  
Nicole Weiß-Urbach in den Vorstand gewählt ..... 6

**Datenschutz in der Schule und im Vereinsrecht:** VRB-Vorstand  
zu Gast bei Infoveranstaltung des Philologenverbandes (PhV) ..... 6

**dbb-Herbsttagung in Bingen:**  
Einstimmung auf Tarifverhandlungen 2019 ..... 7

**Interview mit Klaus Lotz, dem Leiter der Beschwerdestelle für  
Kinder- und Jugendhilfe:** „Wir wollen Kindern eine Stimme geben“ ..... 8

**Berufseinstiegsbegleitung:** Förderlaufzeit endet in diesem Jahr –  
weitere Zukunft ungewiss? ..... 10

**VRB-Pressemitteilung:**  
Ministerin Hubig sollte mit guten Zahlen starten ..... 10

### Schule in Rheinland-Pfalz

Pinnwand ..... 11

► **Fachkongress Ingelheim 2019:** Ein Like für gute Bildung!  
Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien ..... 12

**Buchvorstellung Armin Himmelrath und Julia Egbers:**  
Achtung: Fake News! Wie im Schulunterricht digitale  
Kompetenzen vermittelt werden können ..... 13

**MINT im Dialog:** Was ist hinter dem Horizont? ..... 14

**Wissenschaftshistoriker Ernst Peter Fischer:**  
„Um etwas zu verstehen, muss man lange nachdenken“ ..... 15

**Bildungsziele in der digitalen Welt:**  
Staatssekretär Hans Beckmann: „Wir brauchen eine digitale  
Koordination in der Schule“ ..... 16

**Mainz-Bingen und Koblenz werden MINT-Regionen in Rheinland-Pfalz:**  
MINT-Förderwettbewerb: Siegerehrung und Fachtagung ..... 17

**TH-Präsident Prof. Dr. Klaus Becker:**  
„Reale Bildung entspricht unserem Hochschulsystem“ ..... 18

► **VRB und IHK im Gespräch:** Image der  
dualen Ausbildung stärken und Lehrkräfte mitnehmen! ..... 20

Leser-Haiku ..... 21

**Umworbene Absolventen:**  
Schulabgänger sind als Azubis mehr denn je gefragt ..... 22

**Rubrik „Mein Weg in den Beruf“:** Jonas Maletschek  
„Was ich anfangs, möchte ich zu Ende führen“ ..... 23

**Auf ein Wort, Frau Nicklas!** ..... 26

### Titelthema

► **Digitalpakt Schule:**  
Bund und Länder tun sich schwer in der Umsetzung ..... 28

## 28 UNSER TITELTHEMA IN DER HEFTMITTE:

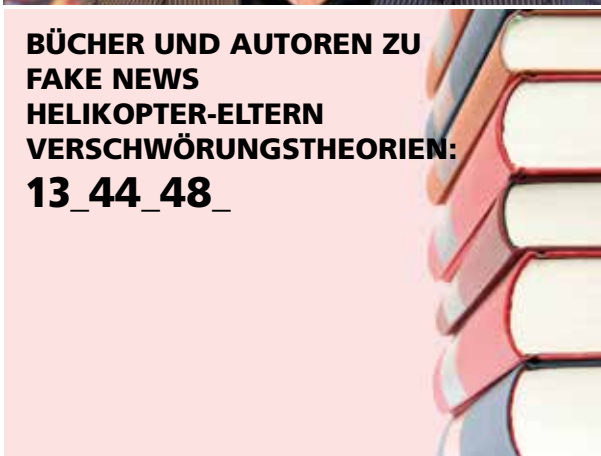
### DER FEHLENDE FUNKE DES DIGITALPAKTS



## 8 KLAUS LOTZ: KINDERN EINE STIMME GEBEN



## BÜCHER UND AUTOREN ZU FAKE NEWS HELIKOPTER-ELTERN VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN: 13\_44\_48\_



## 22 SCHULABGÄNGER SIND ALS AZUBIS MEHR DENN JE GEFRAGT



**23\_JONAS MALETSCHKEK  
BLICKT AUF SEINE  
SCHULZEIT ZURÜCK**



**26\_AUF EIN WORT**

**... Frau Nicklas!**



**41\_DSGVO: DAS RECHT  
AUF VERGESSENWERDEN –  
LÖSCHUNGSPFLICHT**



**62\_KLARTEXT: UNWORT DES  
JAHRES: KOSTENNEUTRALITÄT**



Haiku .....	36
<b>Schule und Recht</b>	
<b>DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden: Löschungspflicht, Teil I</b> .....	<b>41</b> ◀
<b>Reisekosten bei Klassenfahrten:</b> Bundesverwaltungsgericht: Verzicht unzulässig .....	<b>41</b> ◀
<b>Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer</b>	
<b>VRB-Pressemitteilung:</b> VRB fordert Arbeitszeitanalyse an Schulen .....	<b>42</b> ◀
<b>Im Gespräch mit Lena Greiner und Carola Padtberg:</b> „Ich muss mit auf Klassenfahrt – meine Tochter kann sonst nicht schlafen“ .....	<b>44</b>
<b>VRB-Handbuch für Lehrkräfte:</b> 58. Ergänzung im Druck .....	<b>46</b>
<b>Lehrerbildung</b>	
Pinnwand – Hambacher Schloss virtuell .....	<b>47</b>
<b>Im Land der Verschwörungstheorien</b> ... mit Christian Alt und Christian Schiffer .....	<b>48</b>
<b>VRB-Bezirk Koblenz</b>	
<b>VRB vor Ort:</b> Zu Gast an der Römerwall-Schule in Rheinbrohl .....	<b>50</b>
<b>Bezirksversammlung:</b> Impulsvortrag zum Schulalltag: Kinder, Jugendliche und Eltern in psychischen Ausnahmesituationen .....	<b>51</b>
<b>VRB-Bezirk Neustadt</b>	
<b>Delegiertentreffen:</b> Selbstfürsorge in stürmischen Zeiten .....	<b>52</b>
<b>Bezirksversammlung:</b> Motivation, Leistungsbereitschaft und Leistungsdruck .....	<b>53</b>
<b>Fortbildung für Personalräte:</b> Neue rechtliche und organisatorische Rahmenvorgaben .....	<b>54</b>
<b>Großer Mitglieder-Zuspruch in Worms:</b> Kulturgeschichtliche Begegnung mit dem tausendjährigen Dom .....	<b>55</b>
<b>VRB-Bezirk Trier</b>	
<b>Delegiertentreffen:</b> „Auf die Stimme kommt es an“ .....	<b>57</b>
<b>Personalrätefortbildung:</b> Im Mittelpunkt: Schul- und personalrechtliche Fragestellungen sowie der Datenschutz im Schulalltag .....	<b>58</b>
<b>Termine, Service und Internes</b>	
Faxanmeldung zum Ingelheimer Fachkongress 2019 .....	<b>60</b>
Feedback an die Redaktion .....	<b>61</b>
Vorschau auf das nächste Heft und Impressum .....	<b>61</b>
<b>KlarText!</b>	
<b>Unwort des Jahres – Kostenneutralität</b> .....	<b>62</b> ◀

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

## Berufswelt. Analoge und digitale Welten.



Das 10-jährige Bestehen der Realschule plus gibt der Bildungsministerin Gelegenheit, auf die großen Vorteile und Chancen hinzuweisen, die diese Schulart bietet. Timo Lichtenhäler nimmt das zum Anlass, in seinem Leitartikel für unsere Schulen und vor allem für die Lehrerinnen und Lehrer Verbesserungen und Entlastungen einzufordern.

Michael Eich widmet sich in seinem Klartext dem Unwort „Kostenneutralität“. Rheinland-Pfalz wäre gut beraten, es aus dem aktiven Gebrauch in die Mottenkiste der Bildungsarchaismen zu verbannen.

### Gespräche mit Klaus Lotz, Lena Greiner, Carola Padtberg und Antonia Dufeu

Die Beschwerdestelle für Kinder- und Jugendhilfe, möchte „Kindern eine Stimme geben“. Regina Sersch spricht mit Klaus Lotz, der die bei der Bürgerbeauftragten angesiedelte Einrichtung leitet. Kinder und Jugendliche sollen erkennen, dass es auch einen unterstützenden Staat gibt, der behilflich ist, Probleme zu lösen.

Die Autorinnen Lena Greiner und Carola Padtberg beschreiben die Ursachen für das Helikopterverhalten von Eltern, empfehlen Lehrkräften, sich deutlich abzugrenzen und suchen unter unseren Leserinnen und Lesern Mitwirkende für ihr nächstes Buchprojekt.

Im Datenschutzrecht gelten sowohl Löschpflichten als auch Löschrechte. Im Gespräch mit Wilfried Rausch über das „Recht auf Vergessenwerden“ nimmt Antonia Dufeu Notenbücher und persönliche Aufzeichnungen von Lehrkräften unter die Lupe.

### Rubrik „Mein Weg in den Beruf“

Jonas Maletschek blickt auf seine Schulzeit zurück und erzählt, wie er seine Ausbildung bewältigt hat und was er von seiner Zukunft erhofft. Er spricht über die Rolle seiner Eltern und was seines Erachtens eine gute Lehrkraft ausmacht: „Eins darf nicht fehlen: die menschliche Ebene, das Eingehen auf den Einzelnen. Der Lehrer sollte möglichst viel von seinen Schülern wissen, um sie verstehen zu können. Er sollte das soziale Umfeld seiner Schüler kennen.“

Die spannende und vielschichtige Chronologie des „Digitalpakts“ ist unsere Titelgeschichte.

Wir stellen sie in den Mittelpunkt. Bund und Länder haben sich verrannt.

Und die Schulen warten jahrelang, dass der Funke überspringt.

Die Hände auf unserem Titelbild nehmen ein besonderes Detail aus Michelangelos Fresko „Die Erschaffung Adams“ auf.

Sie symbolisieren den Augenblick, in dem der Lebensfunke überspringt.

### Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken.

**Schülerzahl.** Wolfgang Häring bereitet die Schulstatistiken auf. Während die Zahl der Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Vorjahr in den kreisfreien Städten nur

um insgesamt 100 zurückging, sank sie in den Landkreisen um mehr als 3.000.

**Ausbildung.** In einem Gespräch mit der Industrie- und Handelskammer geht es um Ausbildungsinitiativen und darum, das Image der dualen Ausbildung zu stärken.

**Verschwörungstheorien.** Christian Alt und Christian Schiffer sind Autoren einer Reportage über Verschwörungsnetzwerke. Sie glauben, dass es wichtig ist, kritisches Denken in der Schule zu lernen, und zwar in alle Richtungen.

**MINT im Dialog.** Nach Auffassung des Wissenschaftshistorikers Ernst Peter Fischer lüften die Naturwissenschaften keine Geheimnisse, sondern sorgen dafür, dass sie tiefer werden.

**Vernetzung.** Nicole Weiß-Urbach sieht in ihrer neuen Rolle in der dbb frauenvertretung eine wichtige Vernetzung zu ihrer Tätigkeit als VRB-Referentin für Gleichstellung und Teilzeitbeschäftigung.

**Seniorinnen und Senioren.** Christa Nicklas, Seniorenvertreterin des VDR-Bund, sieht es als ihre Aufgabe, den Anliegen der Seniorinnen und Senioren aus dem Schulbereich mehr Aufmerksamkeit und Gewicht zu verleihen.

**Fachkongress am 21.3.2019.** Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien. Der Ingelheimer Fachkongress bietet fünf Workshops, einen Beitrag der „Achtung Fake-News!“-Autoren Himmelrath und Egbers sowie einen Vortrag von ZDF-Chefredakteur Peter Frey.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die weiterführenden Schulen stehen vor dem Anmeldeverfahren der neuen 5. Klassen für das Schuljahr 2019/2020. Dass im laufenden Schuljahr landesweit ein Zuwachs an Schülerinnen und Schülern an den Realschulen plus zu verzeichnen war, ist das Ergebnis Ihres unermüdlichen pädagogischen Einsatzes zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. Die Lehrkräfte sind die tragenden Säulen unserer Schulen. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön!

Die Realschule plus ist im zehnten Jahr. Das war für die Bildungsministerin Anlass, auf die großen Vorteile und Chancen hinzuweisen, die diese Schulart bietet. Sie hob u. a. hervor, dass die hohe Praxisorientierung von Wirtschaft und Betrieben gelobt werde, Durchlässigkeit, Chancenvielfalt und individuelle Förderung das Aushängeschild seien. Sie weiß auch, dass das „dem guten und engagierten Miteinander von Schulleitungen, Lehrkräften und Eltern zu verdanken“ ist.

Sehen muss man aber auch, dass die Entwicklung der Realschulen plus landesweit betrachtet sehr unterschiedlich ist. Dies hängt u. a. von der jeweiligen Ausgangssituation ab. Es gibt Schulen, die fusionieren mussten oder solche, die immer noch eine Dislozierung bewältigen müssen. Die Schulqualität ist auch abhängig vom Schulträger, der für die sächliche Ausstattung die Verantwortung trägt. Fakt ist ebenso, dass das Aufgabenspektrum der Lehrkräfte stetig wächst und bei immer mehr Kolleginnen und Kollegen aus diesem Grund die Grenze der Belastbarkeit erreicht oder bereits überschritten ist.

Unsere Schulen und vor allem wir Lehrerinnen und Lehrer benötigen weitere Verbesserungen und Entlastungen. Dies fordert der VRB mit Nachdruck ein.

Die Landesregierung spricht in Ihrer Pressemitteilung Ende 2018 zur Schulstatistik von der „besten Unterrichtsversorgung seit Jahren“. Allerdings lässt Ministerin Dr. Hubig erkennen, dass sie die Diskrepanz zwischen strukturellem und temporärem Unterrichtsausfall erkannt hat und mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern will. Diese politische Selbstverpflichtung ist ein positives Signal und für den

VRB Anlass, eine zahlenmäßig umfangreichere Einstellung von Lehrkräften auf Planstellen einzufordern.

Auch das Instrument der befristeten Verträge muss auf den Prüfstand. Lehrkräfte jahrelang in diesem Beschäftigungsverhältnis zu belassen, ist so kurzfristig wie fahrlässig. Wenn die Landesregierung das Abwandern von Lehrkräften in andere Bundesländer verhindern und eine langfristige Unterrichtsversorgung sichern will, muss sie mehr Beamtenstellen schaffen.

Es muss endlich eine innerschulische Vertretungsreserve von 100% plus X geschaffen werden. Diese würde spürbar zur Entlastung der Lehrkräfte beitragen. Und von einer Absenkung der Klassenmesszahl würden nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen profitieren, sondern insbesondere unsere Schülerinnen und Schüler. Auch unsere Forderung nach einer Vollpauschale für außerunterrichtliche Aufgaben hat 2019 nicht an Aktualität und Dringlichkeit eingebüßt.

Des Weiteren werden wir als Verband die Umsetzung des Digitalpaktes sehr kritisch begleiten. Noch immer bemängeln wir vielerorts die fehlende Breitbandanbindung und fehlende WLAN-Funktionalitäten. Dieses Defizit muss gerade im ländlichen Raum dringend behoben werden. Hier sehen wir eine immense Benachteiligung der Schulen. Wenn man sich nicht zügig an die Umsetzung begibt, fehlen wichtige Voraussetzungen, um die Digitalisierung an den Schulen voranzubringen.

Rheinland-Pfalz hat die Entwicklung nicht rechtzeitig in den Blick genommen und auf die Erfordernisse der Digitalisierung nur halbherzig reagiert. Stattdessen hat sie sich auf dem vermeintlichen Erfolg von „Medienkompetenz macht Schule“ ausgeruht. Die weitere technische Ausstattung blieb dabei auf der Strecke.

Dass es anders gehen kann, hat das Saarland gezeigt. Es hat nicht auf die Milliarden aus Berlin gewartet, sondern die Finanzmittel des Bundes zur Breitbandförderung genutzt und mit dem Programm „Gigabitpakt Schule“ ihre Schulen ans Glasfasernetz angebunden.



Mit den didaktischen Koordinatoren, die künftig allen Realschulen plus als weitere Funktionsstelle zur Verfügung stehen werden, hat die Landesregierung nun eine zentrale VRB-Forderung im Doppelhaushalt umgesetzt. Ein Verbandserfolg ist auch die Tatsache, dass alle Stellen nach A14 besoldet werden sollen. Wir erwarten nun, dass die Stellen konsequent und zügig besetzt werden!

Daneben gilt es nun noch, die zweiten Konrektoren von der Gesamtschülerzahl abzukoppeln und deren Bestand an den Schulen zu sichern. Es ist nicht sachdienlich, diese Stelle an Prognosen zu einem Stichtag zu koppeln. Schülerströme lassen sich eben nicht in Statistiktermine pressen, sondern finden ganzjährig statt. Die Schulen benötigen ein breit gefächertes Personaltableau – auch im Bereich der Schulleitung.

Am 21. März findet unser 9. Fachkongress in Ingelheim statt. Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr die Thematik „Fake News“ mit sehr kompetenten Referenten aus dem Bereich des Journalismus. Ich lade Sie zu dieser Veranstaltung sehr herzlich ein und freue mich über Ihre Anmeldung und Kongressteilnahme.

Ihr Timo Lichtenthäler

## ► dbb FRAUENVERTRETUNG RHEINLAND-PFALZ

### Nicole Weiß-Urbach in den Vorstand gewählt



Nicole Weiß-Urbach ist Schatzmeisterin im VRB-Bezirksverband Koblenz und Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus. Seit dem 9. November 2018 ist sie zweite stellvertretende Vorsitzende der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz. In dieser Funktion sieht Frau Weiß-Urbach eine wichtige Vernetzung zu ihrer Tätigkeit als VRB-Referentin für Gleichstellung und Teilzeitbeschäftigung.

Ein erheblicher Teil der dbb-Mitglieder sind Frauen. Deren Interessenvertretung im Dachverband des VRB ist deshalb stark aufgestellt. Die dbb frauenvertretung rheinland-pfalz arbeitet eng mit der dbb bun-

desfrauenvertretung zusammen, um berufs- und verbandspolitische Interessen auf Bundesebene durchzusetzen.

Neben der Organisation von Seminaren für interessierte Kolleginnen, die dem Gender-Gedanken gewidmet sind, erarbeitet die dbb frauenvertretung rheinland-pfalz Stellungnahmen zu beamtenrechtlichen oder gesellschaftspolitischen Themen, berät als Teil des Landesfrauenbeirats RLP die dbb frauenvertretung rheinland-pfalz die Staatskanzlei und prüft die Umsetzung genderrelevanter Aspekte bei Gesetzesnovellierungen.

Wü/Foto: privat

## ► DATENSCHUTZ IN DER SCHULE UND IM VEREINSRECHT

### VRB-Vorstand zu Gast bei Infoveranstaltung des Philologenverbandes (PhV)



Antworten auf die Fragen der Schulungsteilnehmer gab Datenschutzexpertin Antonia Dufeu (6. v. re und Foto rechts) bei der gemeinsamen Infoveranstaltung von Philologenverband und Verband Reale Bildung. Die Teilnehmer (v.li.): Wolfgang Arneth (PhV), Robert Tophofen (PhV), Wolfgang Seebach (VRB), Christoh Krier (VRB), Dr. Thomas Knoblauch (PhV), Regina Bollinger (VRB), Erwin Schneider (VRB), Heidi Becker (VRB), Saskia Tittgen (VRB), Timo Lichtenthäler (VRB), Antonia Dufeu, Martin Radigk (VRB), Cornelia Schwartz (PhV), Ralf Hoffmann (PhV), Sigrid Janotta-Fischer (PhV), und Jochen Ring (PhV)

Rechtsanwältin Antonia Dufeu war Referentin einer Veranstaltung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz zum Thema Datenschutz. Mitglieder des geschäftsführenden VRB-Vorstandes nahmen als Gäste teil. Ausgangspunkt war die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist. Anhand von Fallbeispielen wurden schulische und organisatorische Handlungsfelder (unter anderem Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datenspeicherung)

ausgelotet. Reale Bildung in Rheinland-Pfalz befasst sich in Zusammenarbeit mit Antonia Dufeu regelmäßig mit Fragen rund um den schulischen Datenschutz. Das waren zuletzt (siehe Hefte 3/4 und 5/6 in 2018) im Rahmenthema Schulwebsite unter anderem Informationen zum Impressum, zur Verwendung von Fotos von Schülern und Lehrkräften und zum Umgang mit Quellenangaben.

Text und Foto: Wünschel

# Einstimmung auf Tarifverhandlungen 2019

## Finanzministerin kündigt Personalverstärkung im Bildungsbereich an



Der dbb-Hauptvorstand tauschte sich mit Finanzministerin Doris Ahnen über die Situation im öffentlichen Dienst aus. Für den VRB nahmen Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (3.v.li.) und Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen (5.v.li.) teil.

**Die dbb-Herbst-Vorstandssitzung, an der Timo Lichtenthäler für den VRB teilnahm, legte den Fokus auf wichtige Ereignisse im Jahr 2019. So tauschten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsverbände unter Leitung der dbb-Landesvorsitzenden Lilli Lenz unter anderem über die anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst aus und besprachen den im Mai 2019 stattfindenden Gewerkschaftstag, bei dem die Landesleitung neu gewählt wird.**

Landesgeschäftsführer Malte Hestermann gab darüber hinaus einen Überblick aus dem Justizariat, in dem er die Anwesenden über den Sachstand des Musterverfahrens zur 5 x 1 %-Deckelung informierte sowie das BVG-Urteil zum Beamtenstreikverbot beleuchtete. Abschließend verabschiedete das Gremium einstimmig eine Entschliebung für mehr Personal im öffentlichen Dienst.

Der am Nachmittag tagende dbb-Hauptvorstand hatte Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) zu Gast. Sie referierte aus ihrer Sicht über die Lage im öffentlichen Dienst und hob besonders die außertarifliche Besoldungserhöhung (2 x 2 %) sowie die Übernahme des Tarifergebnisses 2019 hervor. Diese Entscheidung, so Ahnen, sei aufgrund der robusten wirtschaftlichen Entwicklung auf

dem Arbeitsmarkt möglich gewesen. Sie sicherte des Weiteren eine gezielte Verstärkung des Personals im öffentlichen Dienst zu und legte den Fokus dabei auf die Bereiche Bildung und innere Sicherheit.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm das Gremium diverse Berichte aus der Arbeit der Landesleitung, der dbb arbeitnehmervertretung, der dbb landesfrauenvertretung, der dbb jugend und des Arbeitskreises Seniorenpolitik entgegen.



**Timo Lichtenthäler**  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de



**Malte Hestermann**

# „Wir wollen Kindern eine Stimme geben“

Im Gespräch mit Klaus Lotz,  
dem Leiter der Beschwerdestelle für Kinder- und Jugendhilfe



In der letzten Ausgabe veröffentlichte RBiRP ein Interview mit der Bürgerbeauftragten Barbara Schleicher-Rothmund. Darin berichtete sie, dass in ihrer Zuständigkeit auch eine spezielle Ansprechstelle für Kinder und Jugendliche, die sog. „Beschwerdestelle für die Jugendhilfe“, liegt:

„Wir halten das für eine sehr wichtige Einrichtung und wollen sie bekannt machen. Sie ist ein Ergebnis des Runden Tisches zur Heimerziehung der fünfziger und sechziger Jahre, der seine Arbeit vor ca. vier Jahren abgeschlossen hat. Die Aufgabe haben wir seit einem Jahr. Nach drei Jahren wird evaluiert. In der Koalitionsvereinbarung heißt die Einrichtung „Beschwerdestelle der Kinder- und Jugendhilfe“. Auch der Begriff Ombudschaft wird verwendet. Im Alltagsgebrauch haben wir erkannt, dass es nicht nur um Kinder in der Jugendhilfe, sondern generell um eine Ansprechstelle für alle Kinder und Jugendliche geht. Nach der Evaluation wird sich zeigen, wie die Einrichtung abschließend heißen wird. Leiter der Beschwerdestelle ist Klaus Lotz.“ RBiRP sprach mit Klaus Lotz.

## Wie kommen Kinder und Jugendliche in Kontakt mit Ihnen?

Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Wir verteilen unseren Flyer, haben eine

Homepage, doch fast 90 % aller Betroffenen wenden sich über das Telefon an uns. Das ist übrigens auch in anderen Bundesländern, die ähnliche Einrichtungen haben, der Fall. Betreuer, Eltern und Schulleitungen unterstützen dabei die Kinder und Jugendlichen in ihren Anliegen.

**Ist es nicht ein Hemmnis, dass sich Betroffene ausgerechnet an eine staatliche Stelle wenden sollen?**

» *Kindern zeigen, dass es auch einen helfenden und unterstützenden Staat gibt*

Dies ist wirklich kein Problem und es wurde in RLP von den Parteien und Fraktionen ganz bewusst als staatliche Stelle eingerichtet. Dies hat den Vorteil gegenüber ehrenamtlichen Vereinen in anderen Bundesländern, dass die Finanzierung gesichert ist und man Mitarbeiter langfristig binden kann. Wir wollen Kindern eine Stimme geben und ihnen zeigen, dass es auch einen helfenden und unterstützenden Staat gibt, der dabei behilflich ist, Probleme zu lösen. Den Staat bilden wir alle und wir alle möchten, dass jeder an der Gesellschaft partizipiert: Kinder und Jugendliche gehören hier ebenso dazu und eine staatliche Stelle kann ihnen zeigen,

wie sie ihre Beschwerde artikulieren, wie sie ihr Recht einfordern können und wie der Staat sie dabei unterstützen kann. Kinder fühlen zuerst nur die Ungerechtigkeit, und wir unterstützen sie, indem wir ihnen Möglichkeiten zeigen, wohin sie sich wenden können und wo es im konkreten Fall Hilfe gibt.

**Welche Kompetenzen braucht man in ihrem Amt?**

» *Man muss Menschen mögen und einen langen Atem haben*

Man muss Menschen mögen, gerne mit ihnen umgehen, kommunikativ sein, einen Background für Projektmanagement und einen langen Atem haben, um die dreijährige Phase der Erprobung zum Erfolg zu führen. Man braucht das Vertrauen des Parlaments, das jedoch von allen Seiten immer viel Unterstützung für dieses Projekt gezeigt hat. Als Pressesprecher war ich bereits in regem Kontakt mit allen Fraktionen, was wohl auch zur Wahl meiner Person beigetragen hat. Meine Berichte lege ich dem Integrations- und dem Familienausschuss vor, weshalb eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsministerium besteht.

### Im Koalitionsvertrag heißt es zur „Einrichtung einer Ombudschaft für die Kinder- und Jugendhilfe“:

*Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig an eine unabhängige Institution zu wenden, die einen Klärungs- und Vermittlungsprozess gestaltet. Für uns ist das auch die Konsequenz aus der Aufarbeitung der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrtausends. Diese Aufgabe der Ombudschaft wird bei der Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz angebunden werden. In einem dreijährigen Modellvorhaben wollen wir überprüfen, ob die Struktur angenommen wird und die beabsichtigten Ziele – Information, Unterstützung und Vermittlung im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe – erreicht wurden. Sollte sich das Modellvorhaben bewähren, werden wir die Struktur dauerhaft etablieren und das Landesgesetz über den Bürgerbeauftragten ergänzen.“*



## Wo holen Sie sich Unterstützung?

» Neben der juristischen ist die pädagogische Sichtweise wichtig

Neben der juristischen Kompetenz ist die pädagogische Kompetenz sehr wichtig, weshalb im nächsten Haushalt eine pädagogische Fachkraft eingeplant ist. Die Herangehensweise der verschiedenen Fachbereiche an ein Problem ist aufgrund der Ausbildung sehr unterschiedlich: Der Jurist beurteilt einen Sachverhalt, der in der Vergangenheit liegt, der Pädagoge dagegen arbeitet in die Zukunft orientiert und prognostisch. Die Kombination aus beidem, nämlich zu bewerten, was in der Vergangenheit erfolgreich war und der Prognose für die Zukunft, scheint vielversprechend und wird in Schleswig-Holstein bereits in einem guten Miteinander praktiziert. Wichtig dabei ist, dass man für die Gedanken anderer offen ist. Der juristische Sachverstand muss sich dann in pädagogische Sachverhalte einarbeiten. Beide Sichtweisen sind für das Projekt unentbehrlich.



## Wo ist die Hemmschwelle für „Werbung“ in eigener Sache?

» Das Projekt wird evaluiert

Werbung machen wir auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Wir besuchen verschiedene Einrichtungen und auch Jugendämter, informieren über unseren Flyer, führen Interviews mit Fachzeitschriften und bauen auf die Mund-Propaganda, die zu einem schnellen Bekanntwerden in den Schulen über die Kinder- und Jugendhilfe

hinaus führte. Wir stehen in engem Kontakt mit der Hochschule Mayen, die unser Projekt aus der Außensicht von Sozialwissenschaftlern kritisch auf seinen Erfolg hin betrachtet. Denn die Fragen der Politik, was habt ihr gemacht, hattet ihr Erfolg, braucht man diese Einrichtung wirklich, möchten wir seriös und positiv beantworten. Und je länger das Projekt läuft, umso klarer wird, wie wichtig dieses Projekt und ein hoher Anteil einvernehmlicher Lösungen ist.

## Wie kann Schule davon profitieren, dass es Sie gibt und was sollten unsere Schulsozialarbeiter über Sie und Ihr Amt wissen?

» Schulsozialarbeit hat eine Schlüsselrolle

Ich möchte es an einem konkreten Fall aufzeigen. Ein Schüler wurde in seinem Abschlussjahr wegen eines gravierenden Vergehens mit drei verschiedenen Maßnahmen belegt, von denen eine seinen Abschluss gefährdete. Trotz eines Gesprächs mit der Schulleitung konnten seine Erzieher diese Maßnahme nicht verhindern. Erst als wir in den Prozess einbezogen wurden, konnten wir erreichen, dass diese eine der drei Maßnahmen von der Schulleitung zurückgenommen wurde und somit der Lebensweg des jungen Menschen nicht verbaut wurde. Seit diesem Vorfall treffen sich die Heimleitung und die Schulleitung regelmäßig vier Mal im Jahr und beide Seiten empfinden die Sichtweise des jeweils anderen als gewinnbringend.

Die Schulsozialarbeiter bilden eine Schlüsselstelle zur Beschwerdestelle, denn durch sie ist es möglich, ohne Provokation die Verbindung mit uns aufzunehmen. Selbstverständlich können auch Lehrkräfte und Schulleitungen Kindern und Jugendlichen diesen Weg aufzeigen, genauso wie sie auf die Unterstützung durch den schulpsychologischen Dienst hinweisen können. Mit letzterem sind wir – sofern erforderlich – eng vernetzt.

Das Gespräch führte Regina Sersch



## ZUR PERSON

Klaus Lotz ist in Altendiez geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium in Diez war er für zwei Jahre Zeitsoldat. Anschließend absolvierte er an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn in Bad Ems die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst, welche er als Diplom-Verwaltungswirt (FH) abschloss. Parallel studierte er an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Koblenz den Zweig Verwaltungswissenschaften. Hier erwarb er 1991 das Verwaltungsdiplom (VWA). Von 1987 bis 1991 studierte er an den Universitäten Mainz und Clermont-Ferrand/ Frankreich Rechtswissenschaften. Seine Referendarzeit verbrachte er im rheinland-pfälzischen Landesdienst. Diese schloss er 1994 mit dem Zweiten Staatsexamen ab. 1995 erwarb er nach einjährigem Aufbaustudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer den akademischen Grad eines Magisters rerum publicarum. Im gleichen Jahr begann er seine berufliche Tätigkeit als Referent im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium, wechselte 1997 in die Staatskanzlei und 2005 in die Landtagsverwaltung. Hier war er u.a. bis 2017 als Pressesprecher tätig. 2017 hat er mit dem Aufbau der Beschwerdestelle für Kinder- und Jugendliche bei der Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz begonnen.

► BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG (BerEb)

## Förderlaufzeit endet in diesem Jahr – weitere Zukunft ungewiss?

Im Rahmen unserer Recherchen zum Digitalpakt haben wir uns weitere kofinanzierte Bildungsprojekte näher angeschaut. Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein kofinanziertes Förderinstrument, das einen Beitrag leisten will, möglichst jeden ausbildungsfähigen jungen Menschen in eine Berufsausbildung zu vermitteln. Die Finanzmittel des Bundes laufen Ende dieses Jahres aus. Der weitere Einsatz dieses Förderinstruments hängt also davon ab, ob „Dritte“ in die gesetzlich vorgeschriebene Kofinanzierung einsteigen.

### Berufseinstiegsbegleitung ist eine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit

Die Berufseinstiegsbegleitung ist nach § 49 SGB III eine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit. Das Sozialgesetzbuch (SGB) gibt verbindlich die hälftige Kofinanzierung durch „Dritte“ vor. Der Bund ist den Ländern zu Hilfe gekommen, um die Berufseinstiegsbegleitung nach der Erprobung ab 2012 als Regelinstrument der Agentur für Arbeit einsetzen zu können. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat die Kofinanzierung über Finanzmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) befristet sichergestellt. Der Bund hat rechtzeitig die Länder darauf hingewiesen, dass diese ab 2020 im Spiel sind, da die ESP-Förderperiode ausläuft. Bisher haben sich nur wenige Länder dazu geäußert und ihre Bereitschaft erkennen lassen, in die Kofinanzierung einzutreten.

### Die Zeit der Entscheidung drängt!

Auch in Rheinland-Pfalz warten wir noch auf ein eindeutiges Signal zur Fortsetzung der Berufseinstiegsbegleitung. Die Zeit drängt, da im diesem Frühjahr die Finanzierung für das Schuljahr 2019/2020 geregelt sein muss. Wir können nicht nachvollziehen, warum die Landesregierung zögert. Über die Gründe können wir nur spekulieren. Ist es versäumt worden, im Doppelhaushalt die notwendigen Mittel bereitzustellen? Sperren sich andere Ministerien, aus ihrem Budget Mittel freizugeben? Gibt es im Minis-

terrat Kompetenzstreitigkeiten? Sicherlich wäre das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie einzubeziehen. Hofft man auf weitere Finanzspritzen von anderer Seite? Der Landesregierung ist sehr wohl bewusst, welche Kosten auf sie zukommen werden, wenn sie in die Kofinanzierung eintreten müssen. Im Jahre 2012 hat Staatssekretär Hans Beckmann auf eine kleine Anfrage der Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner (CDU) die Kostenentwicklung dargestellt.

### Die Berufseinstiegsbegleitung hat sich als Förderinstrument bewährt

Das Förderinstrument Berufseinstiegsbegleitung hat sich bewährt. Vor allem Jugendliche, die sozialpädagogische Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung benötigen, haben von der Arbeit der Berufsbegleiter profitiert. Die persönliche Betreuung und die Vertrauensbildung der betreuten Jugendlichen, die enge Zusammenarbeit der Begleiter mit den Klassenleitern, den Berufsberatern wie auch Unternehmen und Kammern waren erfolgreich. Die Schulen möchten und können auf die Berufseinstiegsbegleitung nicht mehr verzichten. Sie sehen die Entlastung durch deren Leistung äußerst positiv und als gewinnbringend für die Schulgemeinschaft an.

### Der Verband Reale Bildung fordert von der Landesregierung Klarheit

Aus Sicht unseres Verbandes muss die Berufseinstiegsbegleitung auf jeden Fall erhalten werden. Die Landesregierung muss, wenn andere Finanzwege verschlossen sind, in die Finanzierung eintreten. Je früher sie sich dazu bekennt, umso mehr kann sie dazu beitragen, dass Schulen durch schlechte Botschaften nicht aufgeschreckt werden. Nicht zuletzt verdienen die Berufsbegleiter Wertschätzung ihrer Arbeit. Die Landesregierung darf sie und die Schulen nicht im Ungewissen lassen.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 12. DEZEMBER 2018 – AUSZUG

## Ministerin Hubig sollte mit guten Zahlen starten

Die Übernahme des Vorsitzes in der Kultusministerkonferenz (KMK), den Rheinland-Pfalz turnusmäßig nach 2004 im Jahr 2020 wieder übernehmen wird, sollte Ansporn sein, schulpolitische Schwachstellen im eigenen Bundesland rechtzeitig zu beseitigen, erklärt Timo Lichtenthäler, Vorsitzender des Verbandes Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB). Die von Kultusministerin Dr. Stefanie Hubig als Megathemen bezeichneten Zukunftsaufgaben, darunter die Digitalisierung, Inklusion und Demokratieerziehung, könnten nicht on top in Angriff genommen werden. „Die vorgesehenen Programme müssen mit entsprechenden Investitionen verknüpft werden“, fordert der Verbandschef.

## ► SCHULANMELDUNGEN Einschulungen in die Grundschulen



In Rheinland-Pfalz wurden zum aktuellen Schuljahr 2018/19 insgesamt 35.000 Kinder eingeschult, davon 48 Prozent Mädchen. Das waren knapp 80 Einschulungen mehr als im Jahr zuvor (plus 0,2 Prozent), allerdings 12 % weniger als 2008.

Die Entwicklung der Zahl der eingeschulten Kinder zeigte in Rheinland-Pfalz regionale Unterschiede. Während die Einschulungszahlen gegenüber 2013/14 im Landkreis Kaiserslautern (plus 16 Prozent) und im Rhein-Pfalz-Kreis (plus 13 Prozent) deutlich stiegen, meldeten unter anderem der Landkreis Cochem-Zell (minus 6,2 Prozent) und der Donnersbergkreis (minus 4,8 Prozent) einen Rückgang. Schulen in freier Trägerschaft wie die Freien Waldorfschulen erfahren zunehmende Beliebtheit (Anstieg um 29 % gegenüber 2008).

Mehr als jedes vierte in Rheinland-Pfalz eingeschulte Kind hatte einen Migrationshintergrund.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 30.10.18*

## ► „INITIATIVE SCHULE VOR ORT“ Engagement für Errichtung einer Realschule plus in Nieder-Olm

Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde (VG) Nieder-Olm diskutierten am 4. Dezember mit Landrätin Dorothea Schäfer, Verbandsbürgermeister Ralph Spiegel (Nieder-Olm) und einer Expertenrunde, der auch der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer Bernd Karst (Bingen) und Franz Reischauer, dem Vertreter der „Initiative Schule vor Ort“, angehörte, über die Schaffung weiterer Schulplätze

in Nieder-Olm. Die Zahl der abgehenden Grundschülerinnen und Grundschüler, so die politischen Verantwortlichen Schäfer und Spiegel, blieben in der VG bei etwa 300 Kindern jährlich konstant, ein ausreichendes Schulangebot vor Ort sei daher nicht mehr vorhanden. Kreis und VG sprachen sich für die Errichtung einer Realschule plus am Standort Nieder-Olm aus.

*Wü*

## ► PRIVATSCHULEN Nutzung hängt immer stärker von Bildung und Einkommen der Eltern ab

Der Anteil von Kindern in Deutschland, die eine Privatschule besuchen, hat sich seit den 1990er Jahren in etwa verdoppelt: Mittlerweile gehen gut neun Prozent und damit fast jedes zehnte Kind hierzulande auf eine private und nicht auf eine öffentliche Schule. Ostdeutschland hat in dieser Hinsicht mit etwas mehr als zehn Prozent Privatschülern die westdeutschen Bundesländer inzwischen leicht überholt.

Das deutsche Grundgesetz verlangt, dass sich Privatschulen ihre Schüler nicht nach den „Besitzverhältnissen“ der Eltern aussuchen dürfen – das Schulgeld muss also für alle Familien zu schultern sein. Damit wird versucht, eine zu große Differenzierung der Schülerschaft zu verhindern. Um dem zunehmenden Trend einer sozialen Segregation entgegenzuwirken, könnten beispielsweise Höchstbeträge beim Schulgeld

oder eine Einkommensstaffelung verbindlich vorgeschrieben werden. Letztlich gehe es darum, öffentliche und private Schulen gleichermaßen für Kinder aus allen Haushalten attraktiv zu machen, um getrennte Lernumwelten zu vermeiden.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)*

## ► SCHÜLERZAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ Schülerzahl leicht gesunken



Zu Beginn des aktuellen Schuljahres besuchten 408.000 Kinder und Jugendliche eine der etwa 1.500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 3.100 Schülerinnen und Schüler bzw. 0,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Während die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Integrierten Gesamtschulen (plus 500) und Förderschulen (plus 300) geringfügig gestiegen ist, registrierten die Realschulen plus (minus 2.200) und die neunjährigen Gymnasien (minus 1.800) Verluste.

### Regionale Unterschiede

Landkreise waren von dem Rückgang wesentlich stärker betroffen als kreisfreie Städte. Während die Zahl der Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Vorjahr in den kreisfreien Städten nur um insgesamt 100 zurückging, sank sie in den Landkreisen um mehr als 3.000. Die höchste Abnahme der Schülerzahl wurde im Westerwaldkreis (minus 280) und im Landkreis Neuwied (minus 240) gemeldet. Eine positive Entwicklung der Schülerzahl verzeichneten unter anderem Ludwigshafen (plus 170) und Frankenthal (plus 110).

### Integration von Schutz- und Asylsuchenden

Im Herbst 2018 hatten rund 85.400 Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Das waren etwa 3,3 Prozent mehr als im vergangenen Schuljahr. Damit stieg der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 20 auf 21 Prozent. Am häufigsten stammten die nicht in Deutschland geborenen Schülerinnen und Schüler aus Syrien (8.300), gefolgt von Polen (2.700) und Bulgarien (2.300).

### Inklusion

Zu Schuljahresbeginn besuchten 21.000 Kinder und Jugendliche mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf eine rheinland-pfälzische Schule. Rund 29 Prozent davon gingen auf eine Regelschule. Zehn Jahre zuvor waren es nur 13 Prozent.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 18.12.18*

+++ 21. MÄRZ 2019 +++ FACHKONGRESS 2019 +++ 21. MÄRZ 2019 +++ FACHKONGRESS 2019 +++



## Ein Like für gute Bildung!

### Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien

Die Digitalisierung verändert die Welt, die Gesellschaft, die Bildung. Welchen Auftrag hat die Schule, was kann sie leisten? Der Einsatz digitaler Medien bietet vielfältige Chancen, stößt an Grenzen und birgt Gefahren. Wo liegen die Herausforderungen und wie können wir ihnen begegnen?

Der 9. Ingelheimer Fachkongress thematisiert den reflektierten Einsatz von Medien im pädagogischen Alltag. Expertinnen und Experten, darunter die Bildungswissenschaftler und Buchautoren Julia Egbers und Armin Himmelrath, geben konkrete Hinweise

und praktische Anregungen. Sie zeigen auf, was sich in Schulen und Studium, Gesellschaft und Politik ändern muss. Der Chefredakteur des ZDF, Dr. Peter Frey, hält den Fachvortrag „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“.



Foto: Privat

#### Julia Egbers

Julia Egbers ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik an der Universität Oldenburg. Nach ihrem Referendariat an einer Gesamtschule in Münster wechselte sie an die Universität und promovierte aktuell zur interkulturellen Kompetenz von Lehrkräften im Umgang mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten an deutschen Schulen. Julia Egbers leitet Fortbildungen für Lehrkräfte, engagiert sich für Demokratieerziehung und koordiniert ehrenamtlich ein interkulturelles Austauschprogramm für Studierende (easyGo-easyCome). Gemeinsam mit dem Bildungsjournalisten Armin Himmelrath verfasste sie ein Handbuch für Schule und Unterricht zum Thema „Fake News“.



Foto: Jessica Meyer

#### Armin Himmelrath

Armin Himmelrath ist Bildungs- und Wissenschaftsjournalist. Er arbeitet für Spiegel Online sowie u. a. für den Deutschlandfunk und den WDR sowie als Buchautor. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften und der Germanistik in Wuppertal und Beer Sheva (Israel) und langjährigen eigenen Erfahrungen als Vater interessiert er sich für alle Aspekte des Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystems: von den Pisa-Studien bis zur Bologna-Reform, von der Medienkompetenz bis zu alternativen Lehr- und Lernformen, vom erwartbaren Karriereweg bis zu Zickzack-Lebensläufen.



Foto: ZDF / L.Chaperon

#### Dr. Peter Frey

Vom „Morgenmagazin“ über „WISO“ bis zum „aktuellen Sportstudio“ – als ZDF-Chefredakteur ist Dr. Peter Frey für diese und viele weitere Sendungen verantwortlich. Seit 2010 leitet Dr. Peter Frey den Informationsbereich des ZDF mit mehr als tausend Mitarbeitern. Als Kommentator im „heute journal“ oder Interviewer in der Gesprächsreihe „Was nun?“ ist er weiter vor der Kamera tätig. Dr. Peter Frey wurde in Bingen am Rhein geboren, hat in Mainz und Madrid studiert und war als Reporter an vielen Plätzen der Welt unterwegs.

Armin Himmelrath und Julia Egbers:  
**Achtung: Fake News!**  
 Wie im Schulunterricht digitale Kompetenzen  
 vermittelt werden können

Noch nie war es so schwierig, Nachrichten, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien auseinanderzuhalten. Das Buch «Fake News» liefert Ideen und Übungen, um Kinder und Jugendliche darin zu fördern, echte Nachrichten von gefälschten zu unterscheiden. Es berücksichtigt soziale Netzwerke und das Mediennutzungsverhalten junger Menschen, liefert ihnen Instrumente und Hintergrundwissen zur vernünftigen Nutzung und beinhaltet Übungen zur kritischen Quellenprüfung.

Armin Himmelrath und Julia Egbers beleuchten in ihrem Buch «Fake News» die Geschichte der Fälschungen und Falschmeldungen. Sie zeigen anhand von Studien, wie es um die Vertrauenswürdigkeit verschiedener Medien steht, und skizzieren, wie Schule, Gesellschaft und Politik durch die neue Medienrealität herausgefordert werden. Ihr besonderes Augenmerk gilt der Frage, wie im Schulunterricht digitale Kompetenzen vermittelt werden können, damit Jugendliche sich auf solider Grundlage eine eigene Meinung bilden können.

Noch vor 20 Jahren war Medienkompetenz eine relativ einfache Sache: TV-Nachrichtensendungen wie die «Tagesschau» fassten einmal pro Tag zusammen, was auf der Welt geschehen war, zur Vertiefung konnte man Radio hören oder Zeitungen lesen. Wenige Journalisten entschieden, welche Nachrichten der schweigenden Mehrheit der Medienkonsumenten übermittelt wurden. Propaganda und Fälschungen gab es schon damals, aber der Aufwand dafür war beträchtlich.



Heute ist jeder, der einen Internetanschluss und ein Facebook- oder Twitter-Konto hat, auch ein News-Produzent. Und oft verbreiten sich nicht die ausgewogenen, sorgfältig geprüften Nachrichten am schnellsten, sondern die emotionalen, spektakulären Geschichten unbekannter Herkunft. Wer die Logik der Medien kennt, ist im Vorteil. Er oder sie lässt sich weniger schnell von Verschwörungstheorien beeinflussen oder durch leere Drohungen verängstigen. «Fake News» beinhaltet praxisnahe Tipps und Ideen für den Unterricht. Es kann dafür eingesetzt werden, die Medienkompetenz von Jugendlichen auf Sekundarstufe I und II zu fördern und den angemessenen Umgang mit vertrauenswürdigen Quellen, mit Fake News und Hate Speech einzuüben.

*(Auszug aus der Verlagspressemitteilung hep)*

**Armin Himmelrath | Julia Egbers: Fake News**  
 hep verlag, 184 Seiten, ISBN 978-3-0355-1085-0, EUR 19,00  
 Auch als E-Book erhältlich

## Fundsache

### Respekt

„Respekt ist keine Sache, nichts Festes. Ihn zu empfangen und zu geben ist Teil der Mikropolitiken des Alltags, in denen wir unsere eigenen sozialen Verhältnisse erfahren und gestalten. Für jeden Menschen ist es wichtig, Beachtung zu erfahren und Anerkennung zu geben. Selbstachtung ist dabei immer auch ein Taktgeber für unsere persönliche Respektkultur. (...)“

Respekt ist das Gegenteil von Ignoranz. Ich bin auch für das mitverantwortlich, was wie der deutsche Kolonialismus lange zurückliegt. Oder was bei der Herstellung meiner Konsumgüter sehr weit entfernt geschieht. Respekt gibt es nicht als Flatrate, er ist ein Tanz, der immer neu beginnt.“

*Wü/Quelle: fluter. Ausgabe 69. Winter 2018-2019. Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung. Auszug Editorial.*

► RHEINLAND-PFÄLZISCHE GESPRÄCHE ZUR PÄDAGOGIK: MINT IM DIALOG

## Ernst Peter Fischer: Was ist hinter dem Horizont?



MINT im Dialog – Gesprächsrunde mit PL-Direktorin Dr. Birgit Pikowsky, Wissenschaftshistoriker Prof. Dr. Ernst Peter Fischer, Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann und Moderator Udo Klingler.

**Das gemeinsam mit dem Pädagogischen Landesinstitut entwickelte Format der „Rheinland-Pfälzischen Gespräche zur Pädagogik – Impulse für den Unterricht der Zukunft“ soll Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern und alle anderen an Bildung Beteiligten ansprechen.**

Ziel der Reihe ist es, „neue Blickwinkel einzunehmen und miteinander in Austausch zu treten, um neue Ideen voranzutreiben, zu durchdenken, Impulse zu setzen, aber auch zu erhalten. Dieses Konzept wurde mit dem Schwerpunkt „MINT im Dialog: Willkommen im MINT-Zeitalter“ im November neu aufgerufen.

### Naturwissenschaften lüften keine Geheimnisse...

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Prof. Dr. Ernst Peter Fischer mit dem Thema „Hinter dem Horizont – Eine Geschichte der Weltbilder“. Wer eine chronologische Abhandlung über die verschiedenen Weltbilder in ihren jeweiligen Epochen erwartet hatte, irrte sich, denn Fischer nahm seine Zuhörer mit in eine ganzheitliche von Wissenschaft, Religion und Kunst geprägte Betrachtung der Fragen „Was ist Leben?“, „Was ist der Mensch?“ und „Was ist hinter dem Horizont?“. Er erläuterte plausibel, warum der Mensch Bilder schuf, um Antworten auf

seine Fragen geben zu können, häufig in dem Bewusstsein, dass das Bild die Wirklichkeit nie vollkommen darstellen kann. So haben die Quantenphysik und die abstrakte Kunst gemeinsam, dass beide sich dazu bekennen, nicht zu wissen, wie die Welt aussieht, aber ihren Beitrag dazu leisten, um ein Weltbild zu erzeugen. Die Naturwissenschaften lüften – laut Professor Fischer – keine Geheimnisse, sondern sorgen dafür, dass sie tiefer werden. Als Albert Einstein 1934 „Mein Weltbild“ publizierte, machte er den Menschen dazu Mut.

### Es geht nicht um digitale Bildung, sondern um Bildung in der digitalen Welt

In der anschließenden Diskussion bestätigte Professor Fischer, dass das Wechselspiel der Wissenschaften und der Künste noch lange nicht ausgeschöpft ist, und das Geheimnisvolle weiter erforschen zu wollen, ein Gefühl ist, das in der Schule vermittelt werden soll. Das gilt nicht nur für die Naturwissenschaften und Mathematik, sondern für alle Fächer. Auch Staatssekretär Beckmann betonte, dass der Blick auf den Unterricht der Kinder ganzheitlich sein muss, man soll Kinder entdecken lassen und dann die kindliche Neugier entlang der Bildungskette nutzen.

Professor Fischer ergänzte dies mit der These, dass es das Weltbild ja eigentlich nicht gibt, wohl aber eine Weltbildung. Diese kann in unserer Zeit die digitale Welt nicht ignorieren. Dr. Pikowsky hob jedoch hervor, dass es ihrem Institut um Bildung in der digitalen Welt geht und nicht um digitale Bildung. Die Pädagogik muss an erster Stelle stehen.

### Anmerkung

Am Ende des Abends hatte man das Gefühl, seinen Horizont auf unterhaltsame Weise erweitert zu haben. Was fehlte, war der konkrete Bezug des Themas zum schulischen und unterrichtlichen Alltag. Was fehlte, war der direkte Kontakt zwischen Fragesteller und Diskussionsteilnehmer. Was fehlte, war ein Publikum, das mehrheitlich aus Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften besteht.



 Regina Sersch  
regina.sersch@vrb-rlp.de



Die Direktorin des Pädagogischen Landesinstituts, Dr. Birgit Pikowsky, kündigt gegenüber „Reale Bildung“ an, dass man zum MINT-Thema voraussichtlich drei Veranstaltungen anbieten werde. Die nächste soll im März stattfinden mit Professor Harald Lesch, und im Herbst soll dann ein weiterer Schwerpunkt in Richtung Arbeitswelt im MINT-Fokus folgen. Mit Blick auf 2020 möchte das PL auch gerne eine

Reihe „Demokratie und Gesellschaft“ ins Leben rufen.

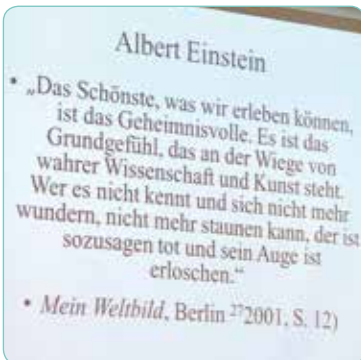
Die „Gespräche zur Pädagogik“ fallen aus dem üblichen Rahmen. Es handelt sich um eine Abendveranstaltung mit Ausstellungs- und Gesprächszonen. Die Veranstaltung ist nicht überfrachtet. Im Mittelpunkt steht ein Vortrag mit einem renommierten Redner, dessen Ausführungen in einer anschließenden Diskussionsrunde genutzt werden, die

vorgetragene Aspekte mit Blick auf die Schule zu vertiefen und zu verbreitern. „Für mich ist das Format deshalb wichtig, weil es durch Dialog und Vernetzung einerseits Impulse für die Lehrerbildung und andererseits auch für die Bildungspolitik bietet.“ Das PL ist dankbar für Anregungen, wie sich die Wahrnehmung der „Gespräche“ in der Bildungslandschaft verbreitern lässt.

Wü

► IM GESPRÄCH MIT DEM WISSENSCHAFTSHISTORIKER ERNST PETER FISCHER

## „Um etwas zu verstehen, muss man lange nachdenken“



**Einer Ihrer Lehrer hat Sie mit 15 Jahren zum Besuch einer Buchhandlung veranlasst...**

Das war 1962. Es war gerade Einsteins „Mein Weltbild“ in der Taschenbuchausgabe erschienen. Das war ein unwahrscheinlicher Moment für mich. Ich habe das Buch aufgeschlagen und da-

rin einen Satz gefunden: „Theorien sind freie Erfindungen des menschlichen Geistes.“ Und dann kam der Satz mit dem Geheimnis: „Das Schönste, was der Mensch erleben kann, ist das Geheimnisvolle.“ Ich war einfach geplättet.

**Das korrespondiert mit Ihrer Aufforderung an die Lehrkräfte: „Bieten Sie Ihren Schülern keine Lösungen!“**

» *In der Lösung steckt das neue Rätsel*

Ja, genau. Oder Sie sagen „In der Lösung steckt das neue Rätsel“. Der Physiker Niels Bohr sagte schon, das einzige, was Wissenschaft könne, sei, die Fragen immer besser zu stellen. Und dann kommt noch Folgendes dazu. Lehrerinnen und Lehrer sollten den Schülern vermitteln: „Um etwas zu verstehen, muss man lange nachdenken!“ Man versteht etwas nicht dadurch, dass man es gesagt bekommt. Man versteht es durch Nachdenken.

**Sie haben gefordert, in der Schule sollte nichts unterrichtet werden, was nicht auch das Interesse der Eltern unserer Kinder weckt.**

Schauen Sie beispielsweise schulische Prüfungsaufgaben an. Im einen Fall lassen Sie ein Gedicht von Hölderlin interpretieren oder einen Text von Max Frisch. Beides können die Eltern auch lesen und sich dann eigene Gedanken darüber machen. Aber wenn Sie im anderen Fall eine Aufgabe stellen, wie ein Kondensator in ein elektronisches Gerät eingebaut werden muss, damit dort ein bestimmter Schaltkreis eine bestimmte Regelung erlaubt, dann müssen Sie eine Formel kennen und anwenden und wahrscheinlich auch mit imaginären Zahlen rechnen. Und dann kriegen Sie keinen Vater, der nicht Physiker ist, und keine Mutter, die nicht Physikerin ist, dazu, sich dafür zu interessieren. Also müssen Sie etwas anders machen, und das kann man auch. Es gibt genug Fragen in der Physik, die man stellen kann und die auch Eltern interessieren. Zum Beispiel zum Licht und zur Farbe des Himmels, zur Größe der Welt, oder wie Licht sich wirklich ausbreitet, wie man sich ein Atom vorstellt und so weiter...

**Auf die Lehrkräfte bezogen, haben Sie einmal gesagt, das wichtigste sei, dass sie begeistert sind.**

» *Begeisterte Lehrkräfte sind ein Versprechen für das Glück im Leben der Kinder*

Das ist für mich ein zentraler Punkt. Stellen Sie sich vor, dass ein 15-jähriger Schüler einem Lehrer gegenüber sitzt, der 50 Jahre alt und von seinem Fach begeistert ist. Dann kann der Schüler doch zu folgender Überlegung kommen: 35 Jahre ist dieser Mann älter als ich und immer noch glücklich mit seinem Fach. Dann muss sich das lohnen! Ein begeisterter Lehrer, eine begeisterte Lehrerin ist ein Versprechen für das Glück im Leben der Kinder.

*Das Gespräch führte Wolfgang Wünschel*

## ZUR PERSON



*Ernst Peter Fischer studierte Mathematik und Physik in Köln, Biologie am California Institute of Technology in Pasadena (USA). Er promovierte 1977 und habilitierte sich 1987 an der Universität Konstanz. Er ist Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität in Heidelberg, Wissenschaftsjournalist und Autor zahlreicher Bücher. Besondere Aufmerksamkeit*

*erlangte sein Buch „Die andere Bildung - Was man von den Naturwissenschaften wissen sollte“ (2001), das als Antwort auf Dietrich Schwanitz' „Bildung - Alles was*

*man wissen muss“ verstanden wurde, der die Naturwissenschaften aus dem Kanon seiner umfassenden Bildung ausgeschlossen hatte. Seinem Vortrag bei MINT im Dialog lag „Hinter dem Horizont. Eine Geschichte der Weltbilder“ (Rowohlt Berlin 2017) zugrunde.*

<http://www.epfischer.com>



► KMK-STRATEGIE: BILDUNG IN DER DIGITALEN WELT

## Staatssekretär Hans Beckmann: „Wir brauchen eine digitale Koordination in der Schule“



**Staatssekretär Beckmann sprach in der MINT-Gesprächsrunde Fort- und Weiterbildungsfragen an. Im Gespräch mit „Reale Bildung“ vertiefte er seinen Ansatz und benannte naheliegende Ziele des Bildungsministeriums bei der Umsetzung der KMK-Strategie zur Bildung in der digitalen Welt.**

Rheinland-Pfalz muss wie alle anderen Bundesländer die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ umsetzen. Dabei ist es zentral, dass wir auch unsere Lehrkräfte fort- und weiterbilden. Hier sind wir in den vergangenen Jahren bereits große Schritte gegangen, aber es bleibt eine Herausforderung bei rund 41.000 Lehrkräften, die wir im Dienst haben.

Außerdem geben wir den Schulen Unterstützung zur Vermittlung digitaler Kompetenzen an die Hand. Wir brauchen eine digitale Koordination in der Schule – und das können nur Lehrkräfte übernehmen.

Deshalb wollen wir den Schulen hierfür Anrechnungsstunden zur Verfügung stellen.

Wir wollen aber noch viel mehr tun. Wir wollen etwa dafür sorgen, dass die Lehrkräfte in den Schulen eine entsprechende Entlastung erfahren im Hinblick auf die Anwendungsbetreuung. Das ist eigentlich nicht Aufgabe der Lehrkräfte, denn die brauchen wir im Unterricht. Wir haben dementsprechend den Haushaltsansatz zur Anwendungsbetreuung deutlich erhöht und sind dazu aktuell auch im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Wü

### **Auszug „Strategie Bildung in der digitalen Welt“ (8.12.16)**

*Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche führt zu einem stetigen Wandel des Alltags der Menschen. Welche digitalen Kompetenzen müssen junge Menschen in Schule, Ausbildung und Studium heute und in Zukunft erwerben, um ihr berufliches und soziales Leben gestalten zu können? Antworten darauf und weitere Herausforderungen gibt die Kultusministerkonferenz in ihrer Strategie Bildung in der digitalen Welt.*

...

*„Die Kultusministerkonferenz legt mit ihrer Strategie ‚Bildung in der digitalen Welt‘ ein klares Handlungskonzept für die Gestaltung einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit vor. Das Lernen im Kontext der zunehmenden Digitalisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt sowie das kritische Reflektieren darüber werden zu integralen Bestandteilen des Bildungsauftrages. Digitale Medien halten ein großes Potential zur Entwicklung und zum Einsatz neuer Lehr- und Lernprozesse bereit, sie tragen dazu bei, Schülerinnen und Schüler individuell noch besser zu fördern und damit unsere Anstrengungen für mehr Chancengerechtigkeit durch Bildung zu unterstützen.*

...

*Die Kultusministerkonferenz beschreibt in ihrer Strategie Handlungsfelder für Länder, Bund, Kommunen und Schulträger sowie Schulen. In diesen Handlungsfeldern werden die Länder in Zusammenarbeit mit allen anderen Akteuren zügig die nächsten Schritte zur Umsetzung des digitalen Lernens einleiten.*

[www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/strategie-bildung-in-der-digitalen-welt.html](http://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/strategie-bildung-in-der-digitalen-welt.html)



## MINT-Förderwettbewerb: Siegerehrung und Fachtagung

Mitte Dezember fand die diesjährige Preisverleihung des MINT-Förderwettbewerbs statt. Den haben Bildungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium gemeinsam ins Leben gerufen. Die MINT-Regionen Mainz-Bingen und Koblenz konnten die Jury überzeugen und erhielten in Mainz ihre Urkunden im Rahmen einer Fachtagung. Die Kriterien für die Preisvergabe waren neben der Nachhaltigkeit der Konzepte die Realisierbarkeit der einzelnen Maßnahmen, deren Schlüsseligkeit und Konsistenz, ihr Innovationsgrad und die an den Konzepten beteiligten Akteure.



Der aus Berlin angereiste Vorstandsvorsitzende des Vereins „MINT Zukunft schaffen“, Dr. Thomas Sattelberger, lobte die Entwicklung in Rheinland-Pfalz, die im bundesweiten Vergleich schon einen Schritt weiter sei. MINT-Bildung sei ein wichtiger Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie baue auf Technikmündigkeit und Innovationskompetenz der Bundesbürger. MINT-Bildung müsse wachsen: Die MINT-Fachkräftelücke sei auf einem Rekordniveau angekommen. Die Umsetzung des Digitalpakts an Schulen sei überfällig. Dazu komme ein dramatischer Lehrermangel in den MINT-Fächern. Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing und Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf legten in einer Gesprächsrunde ihre Gründe dar, warum sie das Konzept MINT-Regionen in Rheinland-Pfalz unterstützen.

### Zugang zu einem tieferen Verständnis der Welt

Dr. Stefanie Hubig: „Ob Klimawandel oder Gentechnik – die MINT-Fächer eröffnen Zugänge zu einem tieferen Verständnis der Welt. Viele MINT-Berufe bieten außerdem sehr gute Karriereperspektiven für junge Menschen.“ Sie hob hervor, dass die Akteure entlang der MINT-Bildungskette vernetzt sein müssen. Anstrengungen, dieses erfolgreiche Konzept auf Bundesebene sichtbar zu machen, seien wichtig.

### Hochschulen als MINT-Motoren

Prof. Dr. Konrad Wolf unterstrich die Wichtigkeit der MINT-Regionen für die Wissenschaft. „Hochschulen sind Motoren der MINT-Regionen. Sie bilden begehrte Expertinnen und Experten aus und sorgen dank Kooperationen mit Unternehmen, Institutionen und Akteuren der Zivilgesell-

schaft für neue Impulse, wirtschaftliche Innovation und regionale Entwicklung.“ Er zeigte sich erfreut, dass in beiden neuen Siegerregionen die Hochschulen eine tragende Rolle übernommen haben.

### Junge Menschen für eine duale Ausbildung begeistern

Dr. Volker Wissing lobte das wirtschaftliche Wachstum in Rheinland-Pfalz und sieht im MINT-Bereich eine tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, die in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werde. „Unser Ziel ist es, junge Menschen für eine duale Ausbildung zu begeistern und ihnen gute Berufswege zu ermöglichen. Gerade die Felder Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik bieten hervorragende Karriereaussichten. Lassen sich junge Leute in diesen Feldern gut ausbilden, sind sie gefragte Fachkräfte bei den Unternehmen.“

### Berührungspunkte abbauen und Lehrkräfte einbinden

Professor Dr.-Ing. Klaus Becker, Präsident der Technischen Hochschule Bingen, stellte das Konzept der MINT-Region Mainz-Bingen vor. Dies beinhaltet speziell die Bereiche Informatik und Technik. Ziel sei, Berührungspunkte in den Schulen durch Mitmachprojekte abzubauen, Kinder und Jugendliche nachhaltig zu begeistern und eine Infrastruktur in den Schulen zu schaffen. Wichtig sei besonders, Lehrkräfte in die Projekte einzubinden. Etabliert haben sich bisher MINT-Labore an verschiedenen Realschulen plus. Auch gelte es, die Industrie durch Duale Ausbildung und Studium konzeptionell einzubinden. Insgesamt müsse das Netzwerk der MINT-Akteure entlang der Bildungskette weiter ausgebaut werden.

### Schulkooperationen fördern

Dr. Margit Theis-Scholz, Kultur- und Bildungsdezernentin der Stadt Koblenz berichtete, dass in der MINT-Region Koblenz gendersensible Projekte seit Jahren im schulischen Bereich verankert seien, wie z.B. das ADA-Lovelace-Projekt. Die MINT-Region Koblenz habe neben einer Bestandserfassung bestehender schulischer Projekte eine Koordination der verschiedenen MINT-Aktivitäten erarbeitet und die Verankerung des Konzepts im kommunalen Bildungsmanagement durch die Förderung der Schulkooperationen mit z.B. Hochschulen und Stiftungen forciert. Geplant seien zukünftig unter anderem das Erstellen einer Website, eine Broschüre und die Einrichtung eines Schülerforschungszentrums.

Tim Thielen von der MINT-Geschäftsstelle RLP und Volker Tschiedel vom Bildungsministerium stellten die Angebote der MINT-Geschäftsstelle und die MINT-Datenbank vor. Sie sehen die Aufgabe der Geschäftsstelle in Beratung und Qualifizierung der Akteure und in Vernetzungsangeboten in zukünftigen MINT-Regionen. Darüber hinaus beraten sie zu Fördermöglichkeiten und möglichen Schnittstellen innerhalb der MINT-Regionen. Pro Wettbewerbsjahr erhalten zwei MINT-Regionen je eine „Anschubförderung“ mit einem Volumen von 30.000 Euro. Alle Informationen zu MINT-Angeboten erhält man auch auf dem Bildungsserver von Rheinland-Pfalz.



Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

► IM GESPRÄCH MIT TH-PRÄSIDENT PROF. DR. KLAUS BECKER

## „Reale Bildung entspricht unserem Hochschulsystem“



Fotos: Wolfgang Wirschele

Unter der Überschrift „Ich habe den schönsten Beruf, den man sich vorstellen kann“ berichtete RBiRP 2017 (Heft 3-4) in einem Gespräch mit Prof Dr. Klaus Becker über dessen Arbeit und Visionen als Präsident der Technischen Hochschule Bingen. Dort haben die Studentenzahlen in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. 2730 Studentinnen und Studenten verteilen sich auf 27 angebotene Fachrichtungen.

Wir haben erneut mit Klaus Becker gesprochen, der mit seiner Hochschule inhaltlich immer „am Puls der Zeit“ sein möchte. Wir haben ihn nach seinem Bezug zur Realen Bildung und nach neuesten Entwicklungen in Forschung und Lehre gefragt.

**RBInRLP: Sie sind Mitglied im Bildungspolitischen Beirat des VRB. Was verbindet Sie als Hochschul-lehrer mit der Realschule, der Realschule plus bzw. generell mit der Realen Bildung?**

Becker: Reale Bildung entspricht unserem Hochschulsystem. Viele unserer Studierenden kommen aus der Realschule. Wir sehen darin ein großes Potential für die TH Bingen und sind davon überzeugt, dass diese Schulart zahlreiche Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten bietet: Die Absolventinnen und Absolventen der Realschule plus können ihre schulische Laufbahn zunächst an der Fachoberschule fortsetzen und dann bei uns ins Studium starten. Dabei können sie auch aus den zahlreichen dualen, ausbildungsintegrierenden Studiengängen wählen, die wir im Angebot haben.

» *Leuchtturmprojekt „MINTplus“ – eine Kooperation mit vier Realschulen*

**Wie kooperiert die Technische Hochschule Bingen mit den Schulen?**

Wir sind die MINT-Hochschule der Region und fühlen uns daher einem besonderen Bildungsauftrag verpflichtet. Wir wurden darin vom Land ganz aktuell bestätigt, denn die Region Mainz-Bingen wurde als eine von zwei MINT-Regionen in Rheinland-Pfalz ausgewählt. Unser Anliegen ist es, Schülerinnen und Schüler schon früh für die MINT-Fächer zu begeistern. Hierfür haben wir in den vergangenen Jahren unser Angebot weiter ausgebaut. Die TH Bingen versteht sich als Ort, an dem ein lebendiger Austausch der Lehr- und Lernorte Schule und Hochschule stattfindet. Ganz aktuell eröffnen wir ein neues MINT-Labor auf dem Campus, in dem unter anderem der Energieparcours beheimatet sein wird – ein außerschulischer Lernort, der sehr stark nachgefragt wird. Im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung (BSO) bieten wir zudem eine Vielzahl von Veranstaltungen an. Dazu gehören der Hochschulinformationstag oder die Schnuppervorlesungen. Mit vielen Schulen der Region kooperieren wir außerdem, indem die Schulklassen zu uns in die Labore kommen oder wir mit unseren Experimenten zu ihnen gehen.

**Die Zusammenarbeit mit den Realschulen plus zeigt sich besonders in MINT-Projekten.**

Ein besonderes Leuchtturmprojekt unserer Hochschule ist das MINTplus-Projekt, bei dem wir unter anderem mit vier Realschulen plus kooperieren. Darin entwickeln wir gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern Unterrichtsmodule, um die MINT-Themen in den Unterricht zu integrieren. Beispielsweise zum Einsatz von Robotern mit LEGO® Mindstorms. Damit die Schülerinnen und Schüler experimentieren und ausprobieren können, ist an der Kaiserpfalz-Realschule plus in Ingelheim und der Realschule plus in Kirn ein MINT-Labor eingerichtet. Dort unterstützen Studierende der TH und Auszubildende der Industriepartner die Lehrkräfte vor Ort.

## » Frühzeitiger Kontakt mit Unternehmen

### Inwieweit passt das schulische Angebot der realen Bildung zur praxisnahen Ausbildung an der Fachhochschule bzw. Technischen Hochschule?

Beide Bildungseinrichtungen verbindet sicherlich ein hoher Praxisanteil. Und speziell für die Studierenden, die sich noch mehr Einblicke in die Praxis wünschen, haben wir die neuen dualen „praxisintegrierenden“ Studiengänge ins Leben gerufen. Zum Beispiel im Umweltschutz, der Biotechnologie oder der Energie- und Verfahrenstechnik. Sie zeichnen sich durch sehr ausgedehnte Praxisphasen bei einem Unternehmen der Wahl aus. Auf diese Weise kommen die Studierenden schon früh in Kontakt zu Unternehmen und können sich als Mitarbeiter bewähren.

### Ist an der TH Bingen auch die Promotion erreichbar?

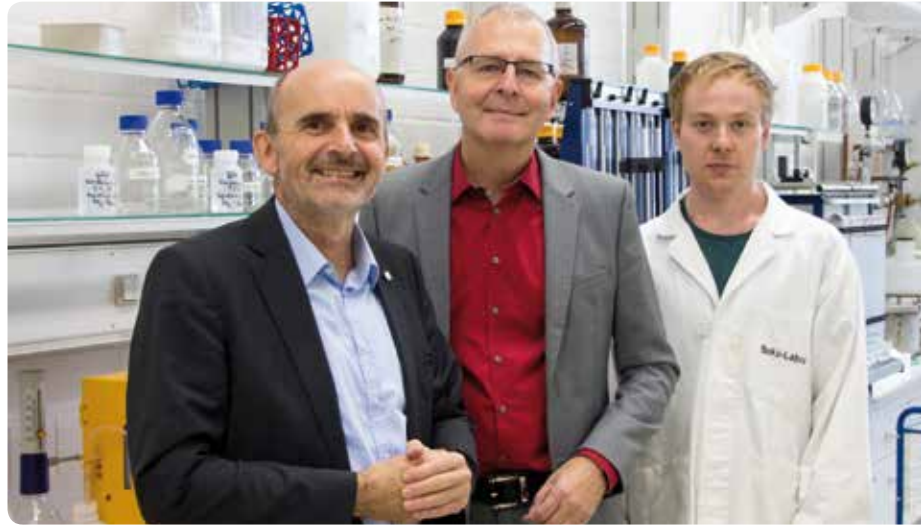
Ja, inzwischen können die Studentinnen und Studenten bei uns die gesamte akademische Karriere durchlaufen – vom Bachelor bis zum Doktorhut. Als Fachhochschule besitzt die TH Bingen zwar kein eigenes Promotionsrecht, aber den Dokortitel kann man im Rahmen einer „kooperativen Promotion“ erlangen. In der Regel hat man dann ein Betreuungsteam, bestehend aus einer Professorin oder einem Professor einer Universität und unserer Hochschule.

### Wie beurteilen Sie das Konzept des „Inverted Classroom“, das mehr Raum für interaktive Zusammenarbeit mit den Lernenden schafft und die klassischen Erklärphasen aus dem Frontalunterricht bzw. aus der Vorlesungsveranstaltung in das Selbststudium verlagert?

Jüngere Kolleginnen und Kollegen sind sehr aufgeschlossen für diese Methode. Die klassische Vorlesung ist rückläufig und die Methodenvielfalt nimmt zu. Wir beschäftigen inzwischen einen Medienexperten, der für die Lehrenden Videosequenzen erstellt. Eine Fehlentwicklung wäre, alles online zu stellen. Der persönliche Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden bleibt nach wie vor unverzichtbar. Die Entwicklung darf nicht darauf hinauslaufen, Vorlesung und Labor nur noch durch Filme und Animationen darzustellen.

## » Vorlesungen teilweise in englischer Sprache

### Ein starker Studiengang in Bingen ist die Agrarwirtschaft. Diese Fachrichtung findet auch großes internationales Interesse. In welcher Sprache werden die Vorlesungen gehalten?



Prof. Dr. Becker (li.) mit Bernd Karst und dem Studenten Claudio Lenz im Fachbereich 1 Umweltschutz: „... haben wir die neuen dualen praxisintegrierenden Studiengänge ins Leben gerufen. Zum Beispiel im Umweltschutz, der Biotechnologie oder der Energie- und Verfahrenstechnik.“

Die meisten Vorlesungen werden nach wie vor in Deutsch gehalten. Aber es gibt auch einzelne Angebote auf Englisch, und wir planen einen englischsprachigen Studiengang. Wir sind eine sehr weltoffene Hochschule, bei uns sind Studierende aus 50 Staaten eingeschrieben. Angebote, wie die Internationale Mittagspause, bringen die Studierenden verschiedener Nationen zusammen. Kürzlich haben wir unsere Kooperation mit der Binger Volkshochschule über die Sprachausbildung verlängert: neun Sprachen plus Englisch können Studierende an der TH Bingen lernen.

### Sie sind seit 1995 an der Hochschule in Bingen tätig, von 2006 bis 2009 als Vizepräsident, seit 2009 als Präsident. Was motiviert Sie zur Unermüdlichkeit? Was treibt Sie an?

Ich schätze die Arbeit an der verhältnismäßig kleinen Hochschule sehr, da man hier viel bewegen und sich auf die Unterstützung aus der Region verlassen kann. Die TH Bingen wird als MINT-Hochschule für die Ausbildung von Fachkräften sehr geschätzt – und gebraucht. Auch haben wir hier eine relativ geringe personelle Fluktuation, sodass ich mit einigen Kolleginnen und Kolleginnen schon viele Jahre sehr gut zusammenarbeite.

Das Gespräch führten Bernd Karst und Wolfgang Wünschel

## ► VRB UND IHK IM GESPRÄCH

## Image der dualen Ausbildung stärken und Lehrkräfte mitnehmen!



Die Gesprächsteilnehmer (von links): Ulrich Schneider (IHK Trier), Martin Radigk (VRB), Michael Böffel (IHK Pfalz), Andreas Resch (IHK Rheinhessen), Bertram Weirich (IHK Koblenz). Timo Lichtenthäler (VRB), Saskia Tittgen (VRB), Christoph Krier (VRB) und Wilfried Rausch (hinter der Kamera).

**„Die Schulpolitik muss wieder stärker in den Fokus der Politik rücken, vor allem unter den Gesichtspunkten der Berufs- und Studienorientierung sowie der MINT-Schwerpunktsetzung an den Allgemeinbildenden Schulen“, eröffnete Michael Böffel (Geschäftsführer der IHK Pfalz) das Gespräch in den Räumen der IHK Mainz.**

VRB-Vorsitzender Timo Lichtenthäler dankte den Vertretern der Industrie- und Handelskammern (IHK) für das Zusammentreffen und den überregionalen Austausch und hob hervor, dass sich durch die kontinuierliche Kooperation ein Mehrwert für beide Seiten erzielen lasse und man gemeinsam Impulse in der Bildungspolitik setzen könne.

### Fachwissen hat an Wert verloren

Der stellvertretende Geschäftsführer der IHK Rheinhessen, Andreas Resch, führte aus, dass die Azubis von heute Mängel in grundlegendem Basiswissen aufwiesen. Hier müsse an den Ursachen gearbeitet werden. Er bekräftigt seine Einschätzung mit der Aussage, dass zu wenig Lehrkräften zu viel zugemutet würde: „Die Lehrerversorgung muss besser werden!“.

„Auch wir stellen fest, dass das Fachwissen an Wert verliert und der Kompetenzerwerb an Bedeutung gewonnen hat“, ergänzte VRB-Landesgeschäftsführer Wilfried Rausch. Dieser Paradigmenwechsel ging zudem mit neuen Unterrichtsmethoden einher.

### Fachkräftemangel entgegenwirken

Mit Blick auf den Fachkräftemangel zeigte Michael Böffel auf, dass die Unternehmen zunehmend selbstständig Lösungen entwickeln müssten, um diesem Trend entgegenzuwirken. So stellten beispielsweise große Betriebe keine Industrie-Azubis mehr ein, sondern griffen zunehmend auf Bachelor-Kandidaten zurück, die über ein höheres mathematisches Fachwissen verfügten und keinen innerbetrieblichen Nachhilfeunterricht benötigten.

Dem setzte Böffel die Formel „Das Handwerk benötigt Handwerker“ entgegen. Hier sehen sich die IHK-Vertreter in der Pflicht, die duale Ausbildung und deren Image wieder deutlich zu stärken. Sie dankten zugleich den Lehrkräften an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen vor Ort für ihre hervorragende Arbeit und ihren Einsatz im Bereich der Berufs- und Studienorientierung.

### IHK unterstützt Berufswahlkoordinatoren

Der Leiter für Ausbildung der IHK Trier, Ulrich Schneider, beton-



VRB und IHK: Aus einer kontinuierlichen Kooperation heraus gemeinsam Impulse in der Bildungspolitik setzen.

te das Engagement der IHK im Bereich der Berufsorientierung und verwies darauf, dass sich die Berufswahlkoordinatoren jederzeit an die IHK wenden können, um Unterstützung bei Veranstaltungen zu erhalten. Christoph Krier (VRB-Bezirksvorsitzender Trier und Berufswahlkoordinator) berichtete in diesem Zusammenhang von gut funktionierenden Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen, zeigte aber auch auf, dass die Eltern der Schlüssel zum Erfolg seien, wenn es um den angestrebten Schulabschluss und den weiteren Bildungsverlauf ihrer Kinder gehe. Auch sie müssten nachhaltig von den Berufs- und Lebenschancen ihrer Kinder in der dualen Ausbildung überzeugt werden.

#### Forderungen an die Politik

Mit Blick auf den anstehenden Doppelhaushalt des Landes Rheinland-Pfalz und die Investitionen in die Bildung griff Timo Lichtenthäler die Digitalisierung und Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler auf und bat die IHK-Vertreter um ihre Einschätzung zur Thematik. „Hier haben wir bei Ministerin Hubig Dampf gemacht!“, antwortete IHK-Geschäftsführer Böffel und führte weiter aus: „Unsere Prüfungen erfolgen bundesweit nach festgelegten Standards.

Schweißarbeiten erfolgen mit einer Virtual-Reality-Brille (VR-Brille), Prüfungen im Bereich der Bürokommunikation erfolgen per Videokonferenz am PC. Hier muss Rheinland-Pfalz dringend handeln, damit wir im Bundesgebiet konkurrenz- und handlungsfähig bleiben.“

Es reiche nicht aus, das digitale Netz zu spannen und die Hardware zur Verfügung zu stellen, betonte Wilfried Rausch. Michael Böffel ergänzte: „Das Land muss die Lehrer mitnehmen und Geld in Fortbildungen stecken. Die künstliche Intelligenz in Betrieben wird kommen!“.

Timo Lichtenthäler begrüßte diese Forderung und zeigte die gegenwärtige Situation im Schulsystem und am Pädagogischen Landesinstitut (PL) auf: „Für die Wartung der technischen Geräte fehlen an den Realschulen plus technische Assistenten. Und die Ressourcen für Fortbildungen am PL werden immer knapper“.

Zusammenfassend stellten die Gesprächspartner fest, dass man die gleiche Zielsetzung habe. Man werde auch weiterhin gemeinsam nach Lösungen und Wegen suchen, um die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte für die Zukunft fit zu machen.



**Christoph Krier**  
christoph.krier@vrb-rlp.de

## Leser-Haiku: „Meister“ von Wolfgang Häring

俳句  
Haiku

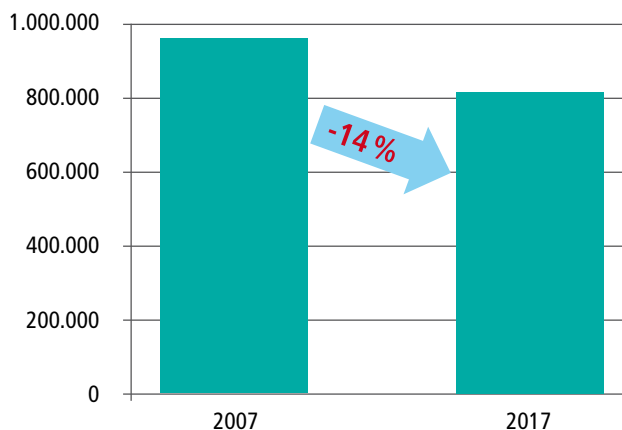
Was meistern  
Master, was Meister  
nicht meistern?

# Umworbene Absolventen

## Schulabgänger sind als Azubis mehr denn je gefragt

Erstmals seit 1994 gab es 2018 mehr gemeldete freie Ausbildungsstellen als Bewerber. Ende September 2018 zählte man in Deutschland 57 700 unbesetzte Ausbildungsplätze. Das waren 18 Prozent mehr als im Vorjahr und 150 Prozent mehr als vor 20 Jahren. Die hohe Zahl frei gebliebener Ausbildungsplätze erklärt sich durch verschiedene Ursachen.

### Absolventen in Deutschland



**Aufgrund der demographischen Entwicklung ist die Zahl der Schulabgänger deutlich gesunken.**

Zunehmend verlassen geburtenschwache Jahrgänge die Schulen, was die Auswahlmöglichkeiten der Betriebe begrenzt. Gleichzeitig steigt – nicht zuletzt aufgrund der florierenden Konjunktur – die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze. Für die Unternehmen ist die in Eigenregie durchgeführte Ausbildung noch immer die zentrale Säule der Fachkräftesicherung.

**Die Zusammensetzung der Schulabgänger nach erworbenem Abschluss hat sich stark verändert.**

Während die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife gewachsen ist, ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Berufsreife stark gesunken. Nach wie vor stellen Realschulabsolventen bzw. Schüler mit entsprechenden Abschlüssen die größte Gruppe der Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Allerdings bewerben sich inzwischen 14 Prozent mit Abitur. In der Tendenz gilt diese Entwicklung trotz unterschiedlicher Schulstruktur und Schulpolitik für alle Bundesländer. In jüngster Zeit bemühen sich die Unternehmen auch zunehmend erfolgreich um die hohe Zahl der Studienabbrecher. 2015 entschieden sich 43 Prozent der Studienabbrecher für eine Berufsausbildung.

**Hindernisse erschweren die Besetzung freier Lehrstellen.**

- **Die duale Ausbildung hat ein Image-Problem.** Obwohl von Politikern, Lehrern und Wirtschaft stets die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung betont wird, haftet der Dualen Ausbildung noch immer das „Blumann-Image“ an. Ein Studium ihrer Kinder erscheint Eltern erstrebenswerter.

### Absolventen nach Schulabschlüssen

in % aller Absolventen	Deutschland		Rheinland-Pfalz	
	2007	2017	2006	2018
ohne Abschluss	7,3	6,3	7,7	5,9
Berufsreife	23,7	16,2	28,1	17,9
Quali S I*	42,1	43,0	39,8	39,4
Hochschulreife	26,9	34,5	24,4	36,8

\* Qualifizierter SI-Abschluss (Realschulabschluss) inkl. Fachhochschulreife

- **Die räumliche Entfernung zwischen dem Wohnort und dem Ausbildungsplatz ist zu groß.** Dieses Problem trifft vor allem strukturschwache Gebiete.
- **Die offenen Stellen entsprechen nicht den Berufswünschen.** Die Wünsche der Bewerber beschränken sich auf wenige, vermeintlich besonders attraktive Zweige. Dagegen haben es Betriebe mit besonderen Arbeitszeiten (z.B. im Gaststättengewerbe) schwer, Nachwuchs zu finden.
- **Die Bewerber erfüllen nicht die Erwartungen der Unternehmen.** Die vorgelegten Zeugnisse halten nach Auskunft der Betriebe nicht immer, was sie versprechen. Insbesondere lassen Bewerber Sekundärtugenden wie Einsatzbereitschaft, Fleiß und Pünktlichkeit vermissen.

Was Schulabgängern die Qual der Wahl beschert, sehen die Ausbildungsbetriebe mit großer Sorge. Der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften stellt für Handwerk, Handel und Industrie zunehmend einen Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bundesagentur für Arbeit, iwv, Heft 24/2018



Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



## „WAS ICH ANFANGE, MÖCHTE ICH ZU ENDE FÜHREN“

In der Rubrik „Mein Weg in den Beruf“ veröffentlichen wir in loser Folge Interviews mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern. In dieser Ausgabe blickt Jonas Maletschek auf seine Schulzeit zurück und erzählt, wie er seine Ausbildung bewältigt hat und was er von seiner Zukunft erhofft.



Interviewpartner: Jonas Maletschek, Wolfgang Wünschel und Bernd Karst

**RBinRLP: Realschulabschluss mit 1,0 im Jahr 2014. Das ist Schulrekord bis heute in der 57jährigen Geschichte der Rochus-Realschule Bingen. 1,0 heißt Bestnoten in allen Fächern.**

**Jonas Maletschek:** Ich bin immer sehr gerne in die Schule gegangen. Mich haben alle Fächer interessiert, sei es Chemie, Physik, Musik, Mathematik oder Sport. Ich habe mit der Realschule eine sehr gute Schulwahl getroffen. Glück hatte ich auch mit den Lehrkräften. Ich hatte einfach Spaß an der Schule.

**Waren die inhaltliche Herausforderung oder der Erfolg die entscheidenden Motivatoren?**

Ich habe nicht auf einen Einserabschluss hingearbeitet. Der Durchschnitt war mir zunächst eigentlich egal. Kurz vor dem Realschulabschluss habe ich aber gedacht, wenn du schon so knapp an der 1,0 dran bist, dann leg' halt final noch was drauf.

### » DAS WAHLPFLICHTFACH WAR PRÄGEND

**Welche Wahlpflichtfächer hatten Sie im Unterricht?**

In den Klassenstufen 7 und 8 hatte ich das Wahlpflichtfach „Hauswirtschaft und Sozialwesen“, für Jungs eine eher ungewöhnliche Wahl. In den Klassenstufen 9 und 10 entschied ich mich für „Wirtschaft und Verwaltung“. Das Fach Wirtschaft hat meine berufliche Entscheidung doch schon etwas beeinflusst.

**Worauf kam es in diesem Wahlpflichtfach an?**

Mich interessieren die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Mein Vater und mein sieben Jahre älterer Bruder arbeiten in einem Logistikbetrieb. Sie haben oft über ihre Arbeit berichtet, ich habe die realen Bezüge gespürt und mit dem Schulfach gut verbinden können. Sowohl mein Vater und mein Bruder als auch das Schulfach Wirtschaft haben somit mein berufliches Interesse zumindest im Unterbewusstsein vorgezeichnet.

**Sie haben große Unterstützung durch die Familie erfahren ...**

Meine Eltern haben mir immer viel Freiraum gelassen, sie haben mir nie vorgeschrieben, was ich tun sollte. Sie haben mich schulisch unterstützt, und sie haben mir Wertschätzung entgegengebracht. Bestärkung und Zuspruch meiner Eltern haben mir Kraft und Energie gegeben.

**Was zeichnet eine gute Lehrkraft aus?**

### » LEHRKRÄFTE BENÖTIGEN EIN PÄDAGOGISCHES FINGERSPITZENGEFÜHL

Ich hatte im Laufe der Jahre viele Lehrer mit ganz unterschiedlichen Charakteren. Gerade erst vor ein paar Tagen konstruierte ich im Gespräch mit einem Freund den idealen Lehrer. Hierbei erinnerte ich mich an einen sehr strengen Lehrer. Er hatte uns die Fähigkeit eines respektvollen Verhaltens vermittelt. Respekt



Zeugnisausgabe im Rahmen der Abschlussfeier 2014. Von links: Klassenleiter Rolf Cziczkus, Schulleiter Bernd Karst und Jonas Maletschek

brachte auch er selbst uns – quasi auf Augenhöhe – durch seine Vorbildhaltung und Wertschätzung entgegen.

#### Wie gut sollte ein Lehrer seine Schüler kennen?

Eins darf nicht fehlen: die menschliche Ebene, das Eingehen auf den Einzelnen. Der Lehrer sollte möglichst viel von seinen Schülern wissen, als Klassenlehrer ohnehin, um sie verstehen zu können. Er sollte das soziale Umfeld seiner Schüler kennen. Die Kluft zwischen sozial Schwächeren und Privilegierten wird in unserer Gesellschaft immer größer. Deshalb sollte ein Lehrer die individuellen Hintergründe seiner Schüler kennen. Was man von ihm abverlangt, ist ein hohes Maß an pädagogischem Fingerspitzengefühl.

#### Wer solche einführenden Beurteilungen abgibt, eignet sich vermutlich selbst für den Lehrerberuf...

*(lacht)* Ich hatte tatsächlich schon einmal darüber nachgedacht, vielleicht einmal Lehrer zu werden, weil ich bei der Jugendfeuerwehr oder aktuell mit der Schulung von Mitarbeitern in einer Art unterrichtlichen Funktion eingesetzt bin. Aber – Lehrer möchte ich dann doch nicht sein. Im Moment jedenfalls nicht.

#### Wie wichtig sind die Schulfächer Geschichte und Sozialkunde?

In der 9. und 10. Klasse hat mich mein Lehrer, der beide Fächer unterrichtete, geradezu begeistert. Sein Unterricht war strukturiert, interessant, anschaulich und lebensnah gestaltet. Das sind zwei Fächer, über die man Sicherheit in der Einschätzung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen gewinnt. Geschichte macht deutlich, was war und welche Lehren man aus der Vergangenheit ziehen sollte. Sozialkunde zielt auf die Zukunft. Diskutiert werden hier auch Fragen zum Extremismus. Solche Themen dürfen gerade in der heutigen Zeit nicht vernachlässigt werden.

## » 1,0 IM ABSCHLUSSZEIGNIS DER REALSCHULE – UND DENNOCH IN DIE DUALE AUSBILDUNG?

### Mit einer 1,0 überlegt man sich doch auch, ob der Wechsel in die gymnasiale Oberstufe in Frage kommt ...

Die Entscheidung nach meinem Realschulabschluss war für mich klar. Ich wollte nicht aufs Gymnasium. Der Abschluss nach Klasse 10 war für mich der Ausgangspunkt, etwas Neues anzufangen. Ich wollte in die Praxis kommen. Allerdings zielte ich auch auf den Erwerb eines Fachabiturs. So begann ich – ich erinnere mich genau – am 1. September 2014 meine duale Berufsausbildung als Kaufmann für Büromanagement und am 8. September die Abendschule zum Fachabitur an der Berufsbildenden Schule. Zwei Jahre lang verbrachte ich zwei Tage in der Woche von 18:00 bis 21:15 Uhr in der Fachoberschule.

### Was ist wichtig für die Berufswahl?

Viele glauben, dass das Lieblingsfach in der Schule prägend sei. Aber das, was man in der Schule macht und erlebt, ist oft ganz anders als jenes, was die berufliche Wirklichkeit widerspiegelt. Chemie in der Schule und eine Ausbildung zum Chemiker sind letztlich doch verschiedene Inhalte und Erfahrungen. Ich kann nur empfehlen, möglichst viele Praktika zu absolvieren, Schnuppertage wahrzunehmen oder Online-Informationen zu recherchieren.

### Welche Faktoren beeinflussten Ihre Berufswahl?

In der 9. Klasse absolvierte ich ein 14-tägiges Praktikum bei Boehringer Ingelheim, genauer bei der dortigen Werkfeuerwehr. Das Unternehmen Boehringer hat mich angezogen. Konkret: die Vielfältigkeit der Berufssparten, die zahlreichen Weiterbildungsmöglichkeiten. Und außerdem die Tatsache, dass in diesem Unternehmen Produkte hergestellt werden, die den Menschen und den Tieren helfen. Das Bewusstsein, Teil dieses Prozesses zu sein, gibt mir eine innere Zufriedenheit.

## » WENN ALLES KLAPPT, HABE ICH BERUFSBEGLEITEND MEINEN BACHELOR

### Worauf konnten Sie in der Ausbildung aufbauen?

Im Jahr 2016 habe ich mein Fachabitur bestanden, im Juni 2017 meine Ausbildung beendet. Ich habe mich sodann bei Boehringer beworben und wurde auch von der Abteilung übernommen, in der ich zuletzt tätig war. Nach einem Jahr Berufstätigkeit habe ich gemerkt, da fehlt mir etwas. Ich habe daher berufsbegleitend am 1. September 2018 ein BWL-Studium begonnen. „BWL dual“ heißt das Angebot. Ich bin 100-prozentig berufstätig und studiere parallel zweimal wöchentlich dienstags von 13:30 Uhr bis 20:15 Uhr und samstags von 08:15 Uhr bis 15:15 Uhr an der Fachhochschule in Mainz. Ich fühle mich von meinem Arbeitgeber wirklich gut unterstützt und gefördert. In drei Jahren, wenn alles klappt, bin ich „Bachelor of Science BWL“, so heißt der neue Studiengang. Ja, und dann soll es weitergehen.



### Sie haben wirklich klare Vorstellungen.

Nach dem Bachelor-Abschluss 2021 oder 2022 plane ich wieder ein Jahr Auszeit vom Studium, um mich ausschließlich auf meine berufliche Arbeit zu konzentrieren. Dann habe ich den Master im Blick. Um nicht missverstanden zu werden: Das Studium ist für mich nicht Mittel zum Karriere-Zweck. Es macht mir einfach richtigen Spaß. Natürlich sehe ich schon anhand der Stellenausschreibungen, dass die Ansprüche auf dem Arbeitsmarkt steigen. Je mehr Qualifikationen man mitbringt, desto breiter ist das Spektrum der Möglichkeiten, die sich bieten.

### Sie sind anscheinend noch nicht an Ihren Grenzen angekommen...

Man kommt schon an seine Grenzen, insbesondere an seine physischen. Meine Vision ist es, in diesem Unternehmen bleiben zu können. 2019 habe ich eine neue Herausforderung im Bereich der Lieferkettenkoordination übernommen.

### Wechseln wir das Thema von den beruflichen auf die privaten Interessensschwerpunkte. Was unternehmen Sie in Ihrer Freizeit?

Ich engagiere mich seit meinem neunten Lebensjahr bei der freiwilligen Feuerwehr. Wie bereits erwähnt, absolvierte ich mein Schulpraktikum bei der Werkfeuerwehr Boehringer Ingelheim. Mittlerweile bin ich neben meinem Büroberuf als Truppführer bei der Werkfeuerwehr dieses Unternehmens tätig. Ich habe daher meinen Wohnort nach Ingelheim verlegt, weil ich erforderlichenfalls schnell präsent sein muss. Einmal im Monat habe ich eine Präsenzwoche in Ingelheim, ich darf also diese Stadt während dieser Zeit nicht verlassen, um notfalls sofort einsatzbereit zu sein. Es ist ein schönes Gefühl, anderen Menschen helfen zu können.

### Sie sind vielseitig, vermutlich über dieses Engagement hinausgehend...

Ich trainiere, um sportlich fit zu bleiben. Und nicht zu vergessen: mein Hund Sera, ein Golden Retriever. Der lebt bei meinen Eltern, aber ich hole ihn dort so oft wie möglich ab, gehe mit ihm im Wald spazieren. Das ist für mich ein entspannender Ausgleich. Ja, und die restliche Zeit verbringe ich mit meinen Freunden, die ich keinesfalls vernachlässigen möchte.

## » MAN BRAUCHT MENSCHEN, DIE EINEM RÜCKENDECKUNG GEBEN

### Zum Abschluss möchten wir Ihnen noch ein paar Ergänzungsfragen stellen.

#### Zufrieden bin ich mit...

... meinem bisherigen Werdegang, und ich hoffe, dass es so, wie ich mir es vorstelle, weitergehen wird.

#### Wenn ich etwas anfrage,...

... möchte ich es mit Beharrlichkeit zu Ende führen.



Foto vom Table Talk der Rochus-Realschule plus Bingen mit Fachoberschule 2015 mit dem Azubi Jonas Maletschek und seiner Teamleiterin der kaufmännischen Ausbildung in der Firmengruppe Boehringer Ingelheim, Heike Krafft

### In zehn Jahren möchte ich beruflich...

... das Erreichte erfolgreich einsetzen können.

### Dankbar bin ich...

... für die große Unterstützung meiner Familie und der Menschen, die mich weitergebracht haben. Ich hatte immer einen sicheren Rückhalt. Man braucht Menschen, die einen fordern und fördern, die einem Rückendeckung geben.

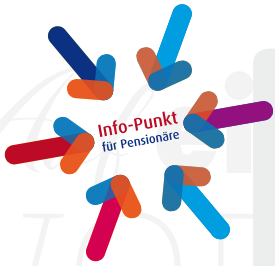
*Das Gespräch führten Bernd Karst und Wolfgang Wünschel*

## Auszubildendenzahl in Pflegeberufen rückläufig

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 befanden sich in Rheinland-Pfalz rund 3.500 junge Menschen in einer Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin bzw. zum Gesundheits- und Krankenpfleger. Das waren das 170 Auszubildende bzw. fünf Prozent weniger als im Vorjahr.

Aufgrund des Rückgangs der Auszubildendenzahl in der Gesundheits- und Krankenpflege sank auch die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens auf insgesamt 7.800. Damit nahm die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent ab. Ohne den Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen „Notfallsanitäter/-in“ (plus 21 Prozent) und „Krankenpflegehilfe“ (plus 14 Prozent) wäre der Rückgang noch deutlicher ausgefallen.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 03.01.19*



# Auf ein WORT,



... Frau Nicklas!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“ Das letzte führte Wilfried Rausch mit dem stellvertretenden dbb-Landesvorsitzenden Jürgen Kettner.

*Christa Nicklas ist seit 2014 als Seniorenvertreterin des VDR tätig. Ihre Benennung damals durch den Bundesvorstand war verbunden mit dem Auftrag, das neue Amt mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen, die sie in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen der Verbandsarbeit in Bayern bewiesen hat, zu gestalten. In der Bundesvorstandsarbeit, in der die Seniorenvertretung als vollwertiges Mitglied eingebunden ist, hat Christa Nicklas das Verständnis und die Bedeutung für die neue Aufgabe wecken und zahlreiche Impulse in der Verbandsarbeit setzen können. Im dbb-Dachverband hat sie als Mitglied der Hauptversammlung die erfolgreiche Gründungsphase mit umgesetzt. Als Wertschätzung ihres Engagements kann die Berufung in den Ältestenrat bewertet werden.*

## Neues Amt: Seniorenvertretung im VDR Bund

Neu war das Amt der Seniorenvertretung nicht nur für mich, sondern auch für den VDR Bund. Nach der Konstituierung einer eigenen Seniorenvertretung im Gesamtverband dbb konnte der VDR Bund als Fachgewerkschaft ebenfalls aktiv werden. Der Bundesvorsitzende Jürgen Böhm legte großen Wert auf die Schaffung des neuen Referats, so dass es auch zügig eingerichtet und dem Landesvorstand zugeordnet wurde.

## Neue Aufgaben – Herausforderungen

Ganz neu waren die Aufgaben für mich nicht. Im Landesverband Bayern war ich zuvor schon hin und wieder in Seniorenangelegenheiten tätig. Im neuen Amt kam dann die umfassende und stetige Aufgabe auf mich zu, den Anliegen der Senioren und Seniorinnen aus dem Schulbereich mehr Aufmerksamkeit und Gewicht zu verleihen. Herausforderungen gibt es genug. Ein Blick in die Medien zeigt die zunehmende Bedeutung von Seniorenthe-

men in Politik und Gesellschaft. Für die Seniorenvertretung gilt es, die zur Verfügung stehenden Mittel und Wege gut zu nutzen. Der Einsatz lohnt sich. Was unsere Generation erhalten kann oder zu gewinnen vermag, hilft auch den Jüngeren. Was aber verloren ist, kommt vermutlich nicht mehr zurück.

## Zusammenarbeit mit Seniorenvertreterinnen und -vertretern der Landesverbände

Information und Austausch stehen an erster Stelle. In einzelnen Landesverbänden besteht eine sehr aktive Seniorenarbeit, von der schon zahlreiche Anregungen ausgegangen sind. Ein gemeinsames Anliegen ist es, den Verbleib von Lehrkräften im Verband auch im Ruhestand zu erreichen. Leider kommt es immer wieder zu Verbandsaustritten. Dabei kann gerade für diese Personengruppe kompetente Unterstützung, Beratung und ggf. Rechtsschutz durch den Verband sehr hilfreich sein. Auch benötigen wir eine starke Mitgliederbasis, um Gehör zu finden für unsere Anliegen.

## Erfolge in der Seniorenarbeit auf Verbandsebene

Von einem Erfolg darf ich bezüglich unserer jährlichen Seniorenseminare sprechen. Die Veranstaltungen sind stark nachgefragt und können mit interessanten Themen und Referenten aufwarten. Sie dienen auch dem persönlichen Kennenlernen der Vertreter/innen aus den anderen Landesverbänden, worauf ich großen Wert lege. Außerdem wurde ein Flyer zum Verbleib im Verband als Ruheständler/in erarbeitet. Eine ausführliche Broschüre zum Ruhestand liegt vor. Seit kurzem haben wir dank der Unterstützung der Seniorenvertretung Rheinland-Pfalz mit Wilfried Rausch auch eine Seite auf der neuen VDR Homepage, die noch ausgebaut wird. Schauen Sie mal rein!

## Zielvorstellungen für die weitere Seniorenarbeit auf der Verbandsebene

Hauptziel ist die Fortführung und Weiterentwicklung der Seniorenarbeit unter den Verbandsbedingungen im Rahmen des föderalen Systems. Der gute Kontakt zu den VDR Landesverbänden ist mir weiterhin wichtig. Die Aktivitäten sollen an den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Senioren ausgerichtet sein. Hier aktuelle Themen der nächsten Zeit, für die uns sowohl die dbb bundesseniorenvertretung wie auch der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm, zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, wichtige Ansprechpartner sind.

... die immer noch fehlende Übertragung der Mütterrente für die vor 1992 geborenen Kinder auf Beamte in den meisten Bundesländern

... die Dauerbrenner Rente, Bürgerversicherung, Wohnen und Mobilität im Alter, Pflege

... die Schaffung günstiger Übergänge vom Beruf in den Ruhestand, zum Beispiel durch Altersteilzeit

... die bessere Einbeziehung älterer Mitbürger bei Zukunftstechnologie Digitalisierung

... die Gefahr von (weiteren) Pensionskürzungen wegen Haushaltssanierung des Staates

## Zusammenarbeit mit Frauen- und Jugendvertretung im VDR Bund

Hier sehe ich ebenfalls eine Zukunftsaufgabe in der Herstellung bzw. Vertiefung von Kontakten. Für die Frauenvertretung kann eine Information der im aktiven Dienst befindlichen Lehrerinnen hinsichtlich Pension und Rente, zum Beispiel bei Teilzeitbeschäftigung, durchaus von Interesse sein. Und sobald eine Junglehrervertretung auf VDR Bundesebene etabliert ist, können Kooperationsformen gefunden werden nach dem Motto des letzten Bundesseniorenkongresses „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt“.

## Seniorenvertretung des dbb-Dachverbandes

Ein Blick auf die Homepage des dbb zeigt: Die dbb bundesseniorenvertretung besteht neben der Frauen- und Jugendvertretung im dbb. Sie ist aktiv in der Verfolgung der besonderen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen der Mitglieder der Landesbünde und der Fachgewerkschaften des dbb im Ruhestand auf Bundesebene. Für die Seniorenvertretung im VDR Bund stellt sie die Dachorganisation dar.

## Rückblick auf die erste Wahlperiode der dbb-bundesseniorenvertretung

Die Aufbauphase der Bundesseniorenvertretung (2014–18) wurde maßgeblich geprägt von dem Vorsitzenden Wolfgang Speck und seinem Führungsteam. Die Bilanz kann sich sehen lassen: An-

spruchsvolle Fachseminare wurden eingerichtet, der stark nachgefragte Dokumentenordner und weitere Broschüren zur Pflege und zum Erbrecht wurden erstellt. Erreicht wurde außerdem der Rechtsschutz für Mitglieder bei der Einstufung in die Pflegegrade wie auch die Neuregelung der Voraussetzungen für eine Pflichtmitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner ((KVdR).

## Einbindung des VDR in die dbb-bundesseniorenvertretung

Hier besteht eine gute und intensive Zusammenarbeit durch laufende Informationen und eine gemeinsame Sitzung aller Seniorenvertretungen im dbb zweimal im Jahr. Referenten und Referentinnen aus dem Vorstand haben wiederholt unsere Seniorenseminare erfolgreich mitgestaltet. Regelmäßige aktuelle Nachrichten erhalten wir durch die informative Monatszeitschrift „Aktiv im Ruhestand“.

## Ausblick auf die neue Wahlperiode der dbb-bundesseniorenvertretung (Ziele...)

Im Oktober 2018 fand der 2. Bundesseniorenkongress statt mit der Neuwahl des Vorstandes. Neuer Boss der Seniorenvertretung ist Klaus Günther Klitzing (Deutscher Philologenverband). Neben den aktuellen Herausforderungen in der Seniorenpolitik steht für ihn eine Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft im Vordergrund. Die Veränderungen müssten alle Generationen so mitgestalten, dass die gesamte Gesellschaft profitiert. Gemeinsam gestaltete, zukunftsfeste Lösungen sind das Ziel. Dass der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei dem Kongress seine ausdrückliche Unterstützung für die Seniorenanliegen zusagte, ist schon mal eine gute Grundlage.

## Persönliche Wünsche als Pensionärin (als Verbandsvertreterin und privat)


In unserem Alter wünscht man sich gute Gesundheit, gute Energie, viel Optimismus und viel Liebe zum Leben. Meine zahlreichen Erfahrungen kann ich noch gern für ein paar Jahre für die VDR Seniorenvertretung zur Verfügung stellen.

Fotos: Werner Hillen, Karin Berneburg

## StichWORTGEBER

war Wilfried Rausch, der Christa Nicklas beim Bundesseniorenkongress in Berlin traf.





*Die Geschichte des „Digitalpakts“ ist vielschichtig und komplex. Es ist nicht nur die Geschichte eines Streites um viel Geld. Es ist auch eine Geschichte, in der um Macht und Einfluss gerungen wird. Und eine Geschichte der Eitelkeiten. Es ist auch eine typisch deutsche Föderalismus-Chronologie, in der Bund und Länder Stillstand, Kompromiss und Fortschritt beschwören und behaupten. Eine offene und spannende Geschichte. Eine „unendliche“ Geschichte?*

*Der „Digitalpakt“ ist unsere Titelgeschichte. Wir stellen sie in den Mittelpunkt und geben ihr einen Platz in der Mitte des Heftes.*

# DIGITALPAKT SCHULE

**Bund und Länder tun sich schwer in der Umsetzung und verfangen sich in Grundsatzdiskussionen**

Kurz vor Toresschluss haben die Ministerpräsidenten der Länder die vom Bundestag beschlossene Grundgesetzänderung zur Lockerung des Kooperationsverbots im Bundesrat am 14. Dezember 2018 vorläufig gestoppt. Die Grundgesetzänderung der Bundesregierung, die die rechtliche Grundlage zur Umsetzung des Digitalpakts bieten soll, war im September 2018 ohne Widerspruch in erster Lesung im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet worden. Änderungen am Gesetzestext, die der Bundestag ohne Absprache mit den Bundesländern kurzfristig vorgenommen und im Bundestag am 29. November 2018 verabschiedet hatte, haben die Ministerpräsidenten einvernehmlich dazu veranlasst, dem im Bundestag verabschiedeten Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen und stattdessen den Vermittlungsausschuss anzurufen.

## **Digitalisierung der Schulen kommt kaum voran**

Die Digitalisierung der Schulen lässt viele Wünsche offen. In einem Leitartikel vor einem Jahr haben wir in unserer Zeitschrift die wichtigsten Ergebnisse dreier Studien, die im Herbst 2017 von drei Stiftungen veröffentlicht worden sind, herausgestellt. Anhand der Studien wurde deutlich, welche Schwachstellen eine erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung in den Schulen behindern: Unsicheres WLAN und karge technische Ausstattung, unzureichender IT-Support, mangelnde pädagogische Unterstützung und schließlich fehlende Konzepte und

Strategien. Der Verband Reale Bildung hat in den Gesprächen mit den Landtagsfraktionen, mit der Bildungsministerin und dem Staatssekretär auf diese Mängel hingewiesen. Notwendige Investitionen für die digitale Ausstattung wurden vom Land nicht bereitgestellt. Scheinbar schauten alle auf den Bund und hofften auf die sogenannten „Wanka-Milliarden“, die bis heute noch nicht fließen.

## **Initiative des Bundes: DigitalPakt#D mit Ländern**

Eigentlich hätte man von Seiten der Länder Initiativen erwarten können, sich weitaus stärker um die schulische

Digitalisierung und die notwendigen Voraussetzungen für eine funktionierende Technik in den Schulen zu kümmern. Bezeichnenderweise ergriff aber der Bund im Jahre 2016 die Initiative für eine Bildungsoffensive, um den digitalen Wandel für alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung über Schule, berufliche Bildung und Hochschule zu ermöglichen. Die Beweggründe der Bundesregierung hat die damalige Bildungsministerin Johanna Wanka treffend in der Pressemitteilung vom 12. Oktober 2016 verdeutlicht:

„Zu guter Bildung im 21. Jahrhundert gehören IT-Kenntnisse und der sou-



Foto: www.fotolia.de

veräne Umgang mit der Technik und den Risiken digitaler Kommunikation ebenso wie das Lernen mittels der vielen neuen Möglichkeiten digitaler Medien. Deutschland muss diese Chancen viel stärker nutzen als bisher. Wir müssen bei der digitalen Bildung einen großen Sprung nach vorn machen. Diese Entwicklung wird das Bundesbildungsministerium mit seiner neuen Strategie vorantreiben und mitgestalten“<sup>1)</sup>.

Die Bundesregierung bot den Ländern einen „DigitalPakt#D“ an, der auf Bundeseite Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Euro für die digitale Ausstattung wie Breitbandanbindung, W-LAN und Geräte vorsah und auf Länderebene die Verpflichtung einforderte, für entsprechende pädagogische Konzepte, die Aus- und

Fortbildung der Lehrkräfte und die Umsetzung gemeinsamer technischer Standards zu sorgen. Bundesministerin Johanna Wanka sah nicht die Notwendigkeit, bei diesem Digitalpakt das Grundgesetz zu ändern. Die Umsetzung des Digitalpakts wäre nach ihrer damaligen Einschätzung durch den Artikel 91c GG, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Informationstechnik ermöglicht, zu verwirklichen gewesen.

#### Artikel 91c GG

*(1) Bund und Länder können bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb der für ihre Aufgabenerfüllung benötigten informationstechnischen Systeme zusammenwirken.*

#### Erste Reaktionen auf den DigitalPakt#D

Mit ihrer Bildungsoffensive überraschte die Bundesbildungsministerin offensichtlich die Bildungsminister der Länder. Diese beklagten, dass die Bundesministerin ohne Vorinformation und Abstimmung ihre Pläne veröffentlicht hätte. Von Länderebene wurden Zweifel geäußert, ob der Bund überhaupt eine solche Initiative mit erheblichen Investitionen durchführen dürfe. Das Grundgesetz verhindere, so die Länder, durch das sogenannte Kooperationsverbot ein Engagement des Bundes. Bund und Länder vereinbarten, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen.

Die Bildungsminister der Länder und die Bundesministerin für Bildung und Forschung verständigten sich schließlich im Januar 2017 darauf, eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich Schule zu erarbeiten. Es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene eingerichtet, die vor allem die Einzelheiten für eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung auf Basis von Artikel 91c GG verhandeln sollte. Beide Seiten strebten eine Einigung mit dem Ziel an, eine Lösungsstra-

tegie ohne Grundgesetzänderung zu entwickeln. Ergebnisse sollten bis Ende 2017 vorgelegt werden.

#### Reaktion der Bundesländer: KMK-Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“

Die Kultusministerkonferenz blieb allerdings auch nicht ganz untätig. Sie legte im Dezember 2016 ihr Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ vor. Mit diesem Strategiepapier verpflichteten sich alle Bundesländer, mit Beginn des Schuljahres 2018/19 bei der Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen systematisch und fächerübergreifend digitale Lernumgebungen einzusetzen.

*In der vorliegenden Strategie werden Handlungsfelder benannt, in denen im Bildungsbe- reich angesichts dieser Chan- cen und Herausforderungen Entscheidungen zu treffen und Lösungen zu erarbeiten sind. ...*

*Für den schulischen Bereich gilt, dass das Lehren und Lernen in der digitalen Welt dem Primat des Pädagogischen – also dem Bildungs- und Erziehungsauf- trag – folgen muss. Das heißt, dass die Berücksichtigung des digitalen Wandels dem Ziel dient, die aktuellen bildungspo- litischen Leitlinien zu ergänzen und durch Veränderungen bei der inhaltlichen und formalen Gestaltung von Lernprozessen die Stärkung der Selbstständig- keit zu fördern und individu- elle Potenziale innerhalb einer inklusiven Bildung auch durch Nutzung digitaler Lernumge- bungen besser zur Entfaltung bringen zu können.*

*Auszug: Präambel KMK-Strategie  
„Bildung in der digitalen Welt“  
(Dezember 2016)*

#### DigitalPakt Schule: Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung

Die Verkündung der Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung und die Reaktionen der Bundesministerin

zeigten sehr deutlich auf, dass Bundesbildungsministerin und die Bildungsminister der Länder noch immer nicht an einem Strang ziehen.

Dass die Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene schon nach einem halben Jahr „Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich der Schulen“ präsentieren konnte, ist eigentlich Ausdruck einer erfolgreichen und gelungenen Zusammenarbeit von Bund und den Ländern und hätte eine entsprechende öffentliche Wertschätzung verdient gehabt.

Die Eckpunkte stellen detailliert die Verpflichtungen von Bund und Ländern dar. Es ist ein tragfähiges Konsenspapier, das noch heute bis auf einen wesentlichen Punkt Grundlage des Digitalpakts Schule von Bund und Ländern ist. Die auf der 358. Kultusministerkonferenz am 1. Juni 2017 in Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellten Eckpunkte sahen keine Grundgesetzänderung vor. Die verfassungsrechtliche Grundlage für den Pakt sollte der Artikel 91c des Grundgesetzes bieten, so wie es die Bildungsministerin in ihrer Initiative im Oktober 2016 vorgeschlagen hatte. Die kleine Korrektur in der Begrifflichkeit „DigitalPakt“ (ohne die angehängten Zeichen „#D“) sollte wohl die Darstellung vereinfachen.

*Die digitalen Möglichkeiten können von unseren Schulen effektiv für die Bildungs- und Erziehungsarbeit genutzt werden,*

- wenn die Schulen über die entsprechende technische Ausstattung verfügen, insbesondere schnelle Internetzugänge, WLAN und LAN in Unterrichtsräumen und Lehrerzimmern sowie geeignete Präsentationstechnik und Endgeräte;
- wenn leistungsfähige digitale Bildungsumgebungen verlässlich zur Verfügung stehen, die einen Datenschutz-

*konforme und rechtssichere digitale Zusammenarbeit und Kommunikation im schulischen Umfeld ermöglichen und digitale Bildungsmedien systematisch über entsprechende Portale recherchiert und eingesetzt werden können, die nicht nur fachlich hochwertig, sondern auch mit den notwendigen Rechten für den Einsatz im Unterricht ausgestattet sind;*

- wenn die Kompetenzen in der digitalen Welt bei den Schülerinnen und Schülern in allen Schulstufen und Schulformen und in allen Unterrichtsfächern systematisch gefördert und aufgebaut werden;
- wenn Lehrkräfte für diesen Zweck nachhaltig qualifiziert sind und sie auf Unterstützung bei der Integration digitaler Medien in Lehr- und Lernprozesse zurückgreifen können.

*Auszug: Präambel DigitalPakt Schule von Bund und Ländern Gemeinsame Erklärung (Juni 2017)*

## Kein Rückenwind für die Eckpunkte

Die Bildungsminister der Länder glaubten, mit den Eckpunkten den Durchbruch zu einer Vereinbarung mit dem Bund erzielt zu haben. Entsprechend optimistisch kommentierten sie diese. So erklärte die damalige Präsidentin der KMK-Konferenz und Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg Susanne Eisenmann: „Mit der Verabschiedung des gemeinsamen Eckpunktepapiers sind wir einen entscheidenden Schritt vorangekommen.“<sup>2)</sup>

Es sollte sich jedoch bald zeigen, dass der Rückenwind nicht aufkam. Die KMK-Konferenz hatte es nicht fertiggebracht, die Bundes-Bildungsministerin rechtzeitig in Termingestaltung und Erörterung miteinzubinden. Das

führte zu Verstimmungen und Verzögerungen. Bundesministerin Johanna Wanka nahm an der KMK-Sitzung in Stuttgart nicht teil. Sie begründete ihre Nichtteilnahme damit, dass sie wegen der zeitgleich in Berlin stattfindenden deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen anderweitig eingebunden gewesen sei. Staatssekretäre aus dem Bundesbildungsministerium konnten ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen nicht teilnehmen. Zudem zeigte sich, dass die Bildungsministerin über die Vorgehensweise ihrer Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern verstimmt war, die Eckpunkte zu veröffentlichen, ohne zuvor diese mit ihr erörtert zu haben.

## DigitalPakt Schule: Umsetzung verschoben

Obwohl die Bundesregierung und die Landesregierungen immer wieder beteuerten, wie wichtig es sei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schulen die vielfältigen digitalen Möglichkeiten effektiv für die Bildungs- und Erziehungsarbeit nutzen können, kam ein Einigungsprozess nicht voran. So monierte vor allem die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass im Bundeshaushalt 2018 keine Mittel für den digitalen Ausbau der Schulen eingeplant seien. Die Bundesregierung erwiderte darauf, dass noch rechtliche, sachliche und haushalterische Fragen zu klären seien. Die haushalterischen Entscheidungskompetenzen lägen jedoch bei der nächsten Bundesregierung und dem Haushaltsgesetzgeber der nächsten Legislaturperiode.

Der DigitalPakt Schule war mit dieser neuen Entwicklung voll im Bundeswahlkampf 2017 angekommen.

## Bundestagswahl 2017: Parteien positionieren sich

Als Problemfelder der deutschen Bildungslandschaft wurden u. a. Schulbau, Qualität der Schulabschlüsse und die vielfältigen Schulstrukturen, die vor allem bei Umzügen in andere Bundesländer Schwierigkeiten berei-

ten können, thematisiert. Auch die schulische Digitalisierung und der angestrebte und noch nicht umgesetzte DigitalPakt fand die Aufmerksamkeit aller Parteien und damit Eingang in die Wahlprogramme. Nahezu alle Parteien waren sich einig, dass sich der Bund stärker im Bildungsbereich engagieren müsse. Dies sollte nach dem Willen der meisten Bundestagsparteien durch eine Aufhebung des Kooperationsverbots erreicht werden.

Die **CDU/CSU** strebt im Bildungsbereich keine grundlegende Änderung an.

„Schulbildung ist nach Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, der wir uns stellen: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt die Gleichwertigkeit von Bildung voraus.“<sup>3)</sup>

Die CDU setzt auf den Dialog mit den Ländern, um gemeinsame bildungspolitische Herausforderungen voranzutreiben. Sie wollen den DigitalPakt umsetzen und sicherstellen, dass bundesweit alle Schulen an das schnelle Internet angebunden sind.

Die **SPD** strebt im Bildungsbereich eine Kurskorrektur an und benennt Bildung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.

„Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. ... Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes.“<sup>4)</sup>

Auch **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprechen sich nachdrücklich dafür aus, dass Länder und Kommunen vom Bund im Schulbereich finanziell unterstützt werden. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern fordere daher eine Entkrustung des Bildungsföderalismus.

„Wir GRÜNE streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben.“<sup>5)</sup>



Die Finanzierung des Bildungsbereichs muss nach der Einschätzung der **FDP** eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden, da die umfassende Modernisierung des Bildungssystems Länder und Kommunen allein überfordere. Insbesondere die technische Aufrüstung der Schulen erfordere eine finanzielle Kraftanstrengung.

„Deshalb streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an, der den Ausbau der digitalen Infrastruktur regelt.“<sup>6)</sup>

Nach dem Verständnis der **LINKEN** ist das Bildungssystem Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müsse folglich ausreichend vom Staat finanziert werden. Auch wenn Bildungspolitik Ländersache sei, müssten Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten. Das sogenannte Kooperationsverbot habe sich als Hindernis erwiesen.

„Wir wollen das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, ...“<sup>7)</sup>

#### Finanzpakt: Bund und Länder weichen das Kooperationsverbot auf

Am 1. und 2. Juni 2017 wurden mit Beschluss des Bundestages und des Bundesrates die Bund-Länder-Finanz-

beziehungen neu geordnet, um in wichtigen Fragen den Föderalismus weiterzuentwickeln. Durch den Finanzpakt, der eine Unterstützung der Länder durch den Bund ab 2020 in Höhe von 10 Milliarden Euro vorsieht, sollten durch eine Grundgesetzänderung die Voraussetzungen dazu geschaffen werden, finanzschwache Kommunen im Bereich der Schulinfrastruktur mit Finanzhilfen zu fördern. Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c sollte die rechtliche Absicherung für den Bund erfolgen. Die Entscheidung darüber, wie die Finanzmittel auf die finanzschwachen Kommunen verteilt werden, sollten die Länder treffen können. Die Auswahl habe aber im Einvernehmen mit dem Bund zu erfolgen. Mit der Grundgesetzänderung wurde damit durch den Art. 104c GG das Kooperationsverbot für den Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur teilweise gelockert.

#### Beschlussvorlage zur Neufassung von Artikel 104c GG

(1) Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der **finanzschwachen** Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren.

In der Bundestagsdebatte am 1. Juni 2017 gab es nicht nur Zustimmung für den zu verabschiedenden Finanzpakt. Sarah Wagenknecht beklagte im Namen der LINKEN, dass die Änderung des Grundgesetzes nicht notwendig gewesen wäre. Anja Hajduk von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemängelte, dass insbesondere die finanzstarken Länder im Vergleich zu den schwachen Ländern von der Reform profitieren werden.

Ralph Brinkhaus verteidigte als Sprecher der CDU-Fraktion den Finanzpakt, da alle im Bund, im Land und in den Kommunen eine gemeinsame Verantwortung für das Ganze hätten. Nach den Ausführungen von Thomas Oppermann, damaliger Fraktionsvorsitzender der SPD, sei es den Eltern nicht zu vermitteln, dass das Grundgesetz es verböte, dass der Bund mit seinen enormen Haushaltsüberschüssen finanzschwache Kommunen fördere, um saubere und modern ausgestattete Schulen zu bauen. Er sei froh, dass der absurde Zustand beendet würde und das Kooperationsverbot durchbrochen sei.

„Man konnte in dieser Wahlperiode schon den Eindruck gewinnen: Die Ministerpräsidentenkonferenz möchte sich zum Ersatzgesetzgeber aufschwingen.“

Thomas Oppermann <sup>8)</sup>

Kritik übten Thomas Oppermann und Ralph Brinkhaus jedoch am Vorgehen von Bundesregierung und den Länderregierungen, sich auf ein Gesetzespaket ohne Mitwirkung des Bundestages zu verständigen und das Gesetzespaket dem Bundestag lediglich zum Durchwinken vorzulegen.

### Digitalpakt: neuer Ansatz für die Umsetzung durch Änderung von Artikel 104c GG

Für die neue Bundesregierung wie auch für die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD konnte laut

Koalitionsabsprachen ein veränderter Artikel 104c GG die gesetzliche Grundlage für die Umsetzung des Digitalpaktes bieten. Im Gegensatz zum Finanzpakt achteten die Bundestagsfraktionen jetzt peinlich in dem neuen Gesetzgebungsverfahren darauf, dass dieses nach den üblichen Regeln im Bundestag unter Einbindung der Länder abläuft.

Der Entwurf, der von der Bundesregierung zur Grundgesetzänderung in Bundestag und Bundesrat eingebracht wurde, sah folgende Veränderungen des Artikels 104c vor, das Wort „finanzschwachen“ durch die Wörter „Länder und“ zu ersetzen. Damit sollte die Beschränkung der Finanzhilfekompetenz des Bundes auf finanzschwache Kommunen aufgehoben werden und somit Finanzhilfen des Bundes für die kommunale Bildungsinfrastruktur ermöglicht werden.

### Beschlussvorlage der Bundesregierung zur Änderung des Grundgesetzes Art. 104c GG

(1) Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen **der Länder** und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren.

Der Bundesrat stellte in einer Stellungnahme, die in der 969. Sitzung am 6. Juli 2018 beschlossen wurde, heraus, dass die Auslegung der Definition „gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen“ problematisch sei. Die vorgeschlagene Definition würde es dem Bund ermöglichen, die Verwendungsbereiche für die Finanzhilfen konkret zu definieren und zu steuern. Elementare länderspezifische oder regionale Besonderheiten bei der Steuerung der für den Ausbau der Bildungsinfrastruktur erforderlichen Investitionen wären dagegen nicht gewährleistet.

Grundsätzlich begrüßte der Bundesrat die vorgesehene Anpassung von Artikel 104c GG und sah durch die





Grundgesetzänderung die Kultushoheit der Länder nicht berührt.

Die erste Bundestagsdebatte zum Entwurf der Grundgesetzänderung machte deutlich, dass die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten. Die Oppositionsparteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und LINKE erklärten grundsätzlich ihre Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung. FDP und GRÜNE brachten allerdings einen gemeinsamen Antrag ein: „Bildung ist die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe“. Sie wollten nicht ausschließlich in digitale Ausstattung investieren, sondern eine weitergehende Grundgesetzänderung, die es ermögliche, auch in Köpfe zu investieren.

Die weitere parlamentarische Bearbeitung erfolgte in der gewohnten Form in den Bundestagsausschüssen. Die Federführung in diesem Gesetzgebungsverfahren übernahm wegen der vom Bund zu gewährenden Finanzhilfen der Haushaltsausschuss. Weitere Ausschüsse wurden zur Mitberatung einbezogen. Der Haushaltsausschuss selber setzte am 8. Oktober eine vierstündige öffentliche Anhörung an. Eine Stellungnahme des Landkreistags und ein Bericht des Bundesrechnungshofs wurden dem Haushaltsausschuss vorgelegt.

### **Bundestagsparteien einigen sich auf neue Gesetzesvorlage von Artikel 104c GG**

Im Verlauf der Parlamentsarbeit an der Gesetzesvorlage der Bundesregierung entwickelten die Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einen gemeinsamen Gesetzesvorschlag. Der Kompromiss beinhaltete weitergehende Änderungen in Artikel 104b und Artikel 104c und sicherte die Zweidrittelmehrheit für eine Grundgesetzänderung.

### **Beschlussvorlage des Bundestages zur Änderung des Grundgesetzes Art. 104b und 104c GG**

#### **Artikel 104b Absatz 2 Satz 5**

*Die Mittel des Bundes sind in jeweils mindestens gleicher Höhe durch Landesmittel für den entsprechenden Investitionsbereich zu ergänzen; sie sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen.*

#### **Artikel 104c**

*(1) Der Bund kann den Ländern zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen sowie mit diesen verbundene besondere unmittelbare Kosten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 bis 5 und Absatz 3 gilt entsprechend.*

Die Investitionen des Bundes sollten demnach nicht nur auf die Gebäudeinfrastruktur beschränkt bleiben, sondern auch für Kosten gewährt werden, die im Zusammenhang mit den Investitionen stehen. Bei der Mitfinanzierung des digitalen Ausbaus wäre somit eine Kostenübernahme beispielsweise für Systemadministration, für Fortbildung oder auch für Lehrkräfte möglich. Ebenso sollten zur Sicherstellung der Qualität und Leistungsfähigkeit des Bildungswesens Fortentwicklung und Durchsetzung gemeinsamer Bildungsstandards ermöglicht werden. Eine wesentliche Veränderung erfolgte beim Artikel 104b Absatz 2 im Satz 5 durch Einfügung eines Zusätzlichkeitskriteriums: Bund und Länder müssen sich in gleicher Höhe an den Investitionen beteiligen.

Bei der Vorstellung des Änderungsentwurfs in der 2. und 3. Lesung des Bundestages am 29. November 2018 betonten die Redner der Fraktionen, die den Kompromiss eingebracht hatten, dass die Gesetzesänderung nicht die Kultushoheit der Länder in Frage stelle. Mit dem Änderungsvorschlag würden allerdings die „Tür zur Reform des Bildungsföderalismus noch ein Stück weiter geöffnet“ (Christian Lindner) bzw. die Grundlagen zu einem „modernen Bildungsföderalismus“ (Katrin Göring-Eckhardt) gelegt werden. Die Redner der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und LINKEN gaben zu Protokoll, dass sie an der Abschaffung des Kooperationsverbots festhalten würden. Die Bundestagsfraktion der LINKEN signalisierte, dass sie dem Änderungsvorschlag dennoch zustimmen werde. Keine Zustimmung kam von der Fraktion der AfD. Diese bekundete, dass sie die Grundgesetzänderung ablehne. Es handele sich hierbei um einen Frontalangriff auf die föderalen Strukturen des Staates. Außerdem sei die Finanzlage der Länder besser als im Bundestag suggeriert würde.

In der namentlichen Schlussabstimmung, an der 670 Abgeordnete teilnahmen, stimmten 580 Abgeordnete für den Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes. Damit wurde die für eine Grundgesetzänderung benötigte Stimmenanzahl von 473 erreicht.

### **Bundesrat überweist die Gesetzesvorlage in den Vermittlungsausschuss**

Die Bundesratsmitglieder beschlossen einstimmig in der 937. Sitzung des Bundesrates am 14. Dezember 2018, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um mit dem Bundestag in Verhandlungen einzutreten.

Die Ländervertreter beklagten, dass nach zwei Jahren immer noch nicht geregelt sei, wie der Digitalpakt Schule umgesetzt werden solle. Sie hätten finanzielle Vorleistungen erbracht. Die versprochenen Milliarden würden dringend benötigt. Kritisiert wurde

von den Ländervertretern, dass der Digitalpakt dem Bundestag nur als Vorwand diene, grundlegendere Veränderungen durch eine Grundgesetzänderung vorzunehmen.

„In ihrer Wirkung ist diese Änderung in der Tat ein trojanisches Pferd. Sie droht die Ergebnisse rund um den Digitalpakt, aber auch in allen anderen Fragen zu zerstören.“

Carsten Sieling <sup>9)</sup>

Entsprechend deutlich taten die Ministerpräsidenten öffentlich ihren Unmut über die neue Gesetzesvorlage des Bundestages kund. Malu Dreyer zeigte sich verärgert, dass „durch die Hintertür das Selbstbestimmungsrecht der Länder“ stark beeinträchtigt werde. Schärfer formulierte Winfried Kretschmann, der in der Gesetzesvorlage des Bundestages nichts anderes als einen „Frontalangriff auf unsere föderale Ordnung“ sieht.

„Die Bundestagsabgeordneten haben offenkundig ein Agreement gehabt, dass sie noch einmal Rache an uns Ländern dafür nehmen, wie wir den Länderfinanzausgleich geregelt haben.“

Bodo Ramelow <sup>10)</sup>

### Zuständigkeitskriterium ist „Zementkragen“ für die finanzschwachen Länder

Mit dem veränderten Artikel 104b GG wollten vor allem die Haushaltsexperten des Bundestages sicherstellen, dass Finanzhilfen des Bundes im Bil-

dungsbereich eingesetzt werden und nicht zweckentfremdet Eingang in die Länderhaushalte fänden. Mit Hilfe des Bundesrechnungshofs suchten die Bundestagsabgeordnete die missbräuchliche Verwendung an Beispielen der Vergangenheit zu belegen. Die Ländervertreter wiesen die Vorwürfe in aller Schärfe zurück.

„Ich höre immer, dass die Länder Bundesgeld missbraucht haben. Wir haben das groß und breit diskutiert in unserer Runde, in der SPD. Die Vorwürfe, die teilweise im Raum stehen, bestätigen sich nicht.“

Malu Dreyer <sup>11)</sup>

Die Ablehnung des Zuständigkeitskriterium begründeten die Ländervertreter mit folgenden Sachargumenten. Der Artikel 104b zwingt die Länder zu Haushaltsprioritäten und stelle somit einen Eingriff in die Haushaltsautonomie der Länder dar. Als schwerwiegend erweise sich nach Einschätzung der Ländervertreter, dass die Finanzhilfen des Bundes nie dauerhaft seien und immer nur in Form von Programmen Ländern und Kommunen angeboten würden. Wenn die Programme ausliefen, so Volker Bouffier, dann seien alle Standards hoch und die Länder bekämen keine Finanzhilfen mehr. Das führe nicht nur zu Kompetenzverschiebungen, sondern natürlich auch zu einer Aushöhlung des Haushaltsrechts, da weiterhin die Gelder gebunden seien, die nunmehr die Länder allein aufbringen müssten. Gerade für die finanzschwachen Länder wäre die Ko-Finanzierung nach Claudia Dalbert, stellv. Ministerpräsidentin von Sachsen – Anhalt, ein „Zementkragen“. Es bliebe für die finanzschwachen Länder nichts anderes übrig, als künftig auf die Programme des Bundes zu verzichten.

### Streitpunkt im Bundesrat: Kooperationsverbot

Die Bundesratsdebatte nutzten die Regierungschefs der Länder, ihre Standpunkte in Grundsatzfragen darzulegen. In der Frage der Aufhebung und Lockerung des Kooperationsverbots durch eine Grundgesetzänderung äußerten sie unterschiedliche Auffassungen. Die finanzstarken Länder wie Bayern, Baden-Württemberg wie auch Hessen ließen keine Bereitschaft hierzu erkennen. Das Kooperationsverbot sei, so Volker Bouffier, das Ergebnis der Föderalismusreform gewesen, um die „Mischverantwortung“, die vorher bestanden und Unzufriedenheit erzeugt habe, aufzulösen. Für Winfried Kretschmann war es unverständlich, dass wegen des Digitalpaktes neue Überlegungen angestellt würden, diese Entflechtung der Zuständigkeiten über den Umweg der Finanzen wieder rückgängig zu machen. Gänzlich anders beurteilte Malu Dreyer die Sachlage und plädiert für eine Lockerung des Kooperationsverbots. Sie verwies auf gute Erfahrungen des Landes Rheinland-Pfalz bei der Einrichtung des Ganztags schulbereichs. Nur mit Unterstützung des Bundes wäre es möglich gewesen, „sehr viel Geld in den Ganztags schulbereich zu investieren“. Die großen Herausforderungen wie Inklusion, Ganztag und Digitalisierung könnten durch die Unterstützung des Bundes gemeistert werden. Manuela Schwesig betonte, dass finanzschwache Bundesländer nicht auf Finanzhilfen des Bundes verzichten könnten.

„Ja, wir brauchen zusätzliche Bildungsinvestitionen durch den Bund.“

Manuela Schwesig <sup>12)</sup>

Das Bundesland Sachsen-Anhalt bringt durch Claudia Dalbert eine weitergehende Forderung nach Abschaffung des Kooperationsverbots durch eine Grundgesetzänderung in die Länderkammer ein.

## Streitpunkt mit Bundestag: Ausweitung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich

Die Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Saarland bemängelten an der Gesetzesvorlage des Bundestages den weiteren Zusatz, dass Finanzmittel des Bundes zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit gewährt werden können. Durch eine solche Änderung des Grundgesetzes, so Markus Söder, würde dem Bund Einfluss gegeben, Standards und Inhalte neu zu bestimmen. In Verbindung mit Artikel 104b Absatz 2 erhielt der Bund, so Winfried Kretschmann, Steuerungs- und Kontrollrechte zur Sicherung der Qualität und Leistungsfähigkeit des Schulwesens. Winfried Kretschmann unterstellte, dass der Bund über Geld Gestaltungskompetenzen erhalten wolle. Mit ihm stimmten die oben genannten Ministerpräsidenten überein, dass hierdurch die Landtage und die Kultusministerkonferenz entmachtet würden.

„Für die Vorstellung,  
ein Bundesschulminister  
könne es besser machen,  
fehlt mir jede Vorstellungskraft.“

Armin Laschet <sup>13)</sup>

Mit Markus Söder stimmten auch andere Ministerpräsidenten darin überein, dass die Kultusministerkonferenz gestärkt werden müsse. Die Kultusministerkonferenz sei das zentrale und entscheidende Gremium, das für die Vereinheitlichung von Standards zuständig sein solle.

### Artikel 104b Absatz 2 und 3

(2) 1 Das Nähere, insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, wird durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, oder auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvereinbarung geregelt.



Foto: www.fotolia.de

2 Das Bundesgesetz oder die Verwaltungsvereinbarung kann Bestimmungen über die Ausgestaltung der jeweiligen Länderprogramme zur Verwendung der Finanzhilfen vorsehen.

3 Die Festlegung der Kriterien für die Ausgestaltung der Länderprogramme erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern.

4 Zur Gewährleistung der zweckentsprechenden Mittelverwendung kann die Bundesregierung Bericht und Vorlage der Akten verlangen und Erhebungen bei allen Behörden durchführen.

5...

(3) Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat sind auf Verlangen über die Durchführung der Maßnahmen und die erzielten Verbesserungen zu unterrichten.

### Konstruktive Lösungsvorschläge aus dem Bundesrat

Die Ländervertreter bieten dem Bundestag mehrere Lösungsvorschläge an, um den Digitalpakt zügig umsetzen zu können. Daniel Günther plädiert dafür, eine Vereinbarung über den Digitalpakt zu treffen, ohne das Grundgesetz zu ändern und eine Grundgesetzänderung in einem gesonderten Verfahren parallel dazu

zu behandeln. Für einige Ministerpräsidenten könnte das „Gute-Kita-Gesetz“, das am Tag der Bundessitzung vom Bundestag und vom Bundesrat verabschiedet wurde, Muster für eine Vereinbarung sein. Hierbei würde der Weg über Artikel 106 GG beschritten. Der Bund mache Verträge mit den Ländern, damit gewährleistet würde, dass das Geld für diesen Zweck verwendet wird.

### Artikel 106 Absatz 3 und 4

(3) 1 Das Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer steht dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftsteuern), soweit das Aufkommen der Einkommensteuer nicht nach Absatz 5 und das Aufkommen der Umsatzsteuer nicht nach Absatz 5a den Gemeinden zugewiesen wird.

2 Am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind der Bund und die Länder je zur Hälfte beteiligt.

3 Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgesetzt.

4 Bei der Festsetzung ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- 1 Im Rahmen der laufenden Einnahmen haben der Bund und die Länder gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben. 2 Dabei ist der Umfang der Ausgaben unter Berücksichtigung einer mehrjährigen Finanzplanung zu ermitteln.
- Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, daß ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.

Vor allem die Ministerpräsidenten Armin Laschet, Volker Bouffier und Winfried Kretschmann nahmen Bezug auf den Artikel 106 GG und unterstrichen, dass es sich hier um Gemeinschaftssteuern und nicht um Geld des Bundes handele, die aufgabenadäquat fair ausgehandelt werden müssten.

Ins Gespräch wurde auch noch einmal der Finanzierungsvorschlag der ehemaligen Bundesministerin für Bildung Johanna Wanka gebracht, den Digitalpakt über den Artikel 91c GG abzuwickeln.

Kompromisse gesucht. Fortsetzung folgt. Lösung offen...



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

#### Quellen:

Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 18/327, 1. Juni 2017

Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 1433, Drucksache 19/3440 der 19. Wahlperiode

Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 19/68, 29. November 2018

Deutscher Bundestag: Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Nicola Beer, Konstantin Kuhle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Drucksache 19/868

Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Nicola Beer, Konstantin Kuhle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Drucksache 19/1168

Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e), Drucksache 19/3440

Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss), Drucksache 19/6144 vom 28.11.2018

Deutscher Bundestag: Digitalpakt wird verschoben, Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung/Antwort - 31.08.2017 (hib 486/2017)

Deutscher Bundestag: Grundgesetzänderung soll mehr Investitionen in Bildung ermöglichen (1. Lesung); Textarchiv 2018/568946

Die Bundesregierung: Bund-Länder-Financen neu geregelt, Aktuelles 2. Juni 2017

Bundesrat: Plenarprotokoll 973, 14. Dezember 2018

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Sprung nach vorn in der digitalen Bildung, Pressemitteilung: 11/7/2016

Kultusministerkonferenz: Strategie der Kultusministerkonferenz Bildung in der digitalen Welt Dezember 2016

Kultusministerkonferenz: Länder und Länder setzen Arbeitsgruppe ein, PM vom 30.01.2017

Kultusministerkonferenz: Länder bekennen sich zu den Eckpunkten des Digitalpakts Schule, PM vom 01.06.2017

Bundesministerium für Bildung und Forschung und Kultusministerkonferenz: DigitalPakt Schule Gemeinsame Erklärung

Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht des BMF August 2017

Bundesrepublik Deutschland: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, <https://dejure.org/gesetze/GG>

CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, Regierungsprogramm 2017-2021

SPD: Zeit für mehr Gerechtigkeit, Das Regierungsprogramm 2017-2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zukunft wird aus Mut gemacht; Regierungswahlprogramm 2017

FDP: DENKEN WIR NEU., DAS PRO-

GRAMM DER FRIEN DEMOKRATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

DIE LINKE: Die Zukunft, für die wir kämpfen! Langfassung des Wahlprogramms 2017

#### Anmerkungen:

<sup>01)</sup> BMBF, PM 117/2016

<sup>02)</sup> KMK, PM 01.06.2017

<sup>03)</sup> CDU/CSU Regierungsprogramm, S. 35

<sup>04)</sup> SPD Regierungsprogramm, S. 13

<sup>05)</sup> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 177

<sup>06)</sup> FDP, S. 26

<sup>07)</sup> DIE LINKE: S. 50

<sup>08)</sup> BT, Plenarprotokoll 18/237, S. 2398

<sup>09)</sup> BR, Plenarprotokoll 973, S. 474

<sup>10)</sup> BR, Plenarprotokoll 973, S. 471

<sup>11)</sup> BR, Plenarprotokoll 973, S. 463

<sup>12)</sup> BR, Plenarprotokoll 973, S. 476

<sup>13)</sup> BR, Plenarprotokoll 973, S. 473

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句  
Haiku

Digitalpakt

Eine Leimrute  
für föderale Vögel,  
goldener Käfig!

## Kommentar

### Die Umsetzung des Digitalpakts ist kein Ruhmesblatt des deutschen Föderalismus

Seit zwei Jahren nun warten die Schulen und mit ihnen die Schulträger und Landesregierungen auf versprochene Gelder, die die Digitalisierung an den Schulen voranbringen sollten. Eine Bundesinitiative DigitalPakt#D zündet nicht und gerät im wahrsten Sinne des Wortes unter die Räder.

#### Politik verliert sich im Streit um Kompetenzen und Macht

Dabei sah es anfangs nicht schlecht aus. Ein realistischer Finanzierungsvorschlag lag auf dem Tisch und die Länder arbeiteten fleißig an einem Konzept und einigten sich rasch auf Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung. Aber zuweilen verlieren sich Minister und Mandatsträger im Streit um Kompetenzen und Macht. Schwierig wird es, wenn Wahlkämpfe im Bund und in den Ländern neue Konstellationen in den Parlamenten schaffen und Regierungsbildungen sich über eine lange Zeit hinziehen, die zunächst Stillstand bedeuten und danach eine schwierige Suche nach Kompromissen erfordern.

#### Dieser Streit wird den Schulen nicht helfen

Der Digitalpakt gerät auf diese Weise stärker in das Visier der Bildungs- und Haushaltspolitiker, die vor allem auf der Ebene des Bundes eine Chance sehen, ihre Vorstellungen umzusetzen, mehr Einfluss auf die Bildungspolitik nehmen zu können. Die Bundespolitiker sehen sich in einer starken Position und versuchen durch die Finanzierung des Digitalpakts eine Grundgesetzänderung zu erreichen, die ihnen mehr Einflussmöglichkeiten einräumen kann. Und damit ist ein Streit mit den Ländern entfacht, der den Schulen nicht helfen wird.

#### Es fehlt an Verständigungsbereitschaft

Dass es überhaupt zum Streit kommen musste und das Vertrauensverhältnis zwischen den Gesetzesorganen Bundestag und Bundesrat schwer belastet wird, ist unverständlich. Es fehlt die Fähigkeit zur Kommunikation und zur Verständigung auf allen Ebenen. Einige Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sind zugleich stellvertretende Parteivorsitzende und häufig in Berlin in den Parteigremien anwesend. Eine Bundesvorsitzende ist zugleich Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Die Länder haben in Berlin Ländervertretungen und hier Landesminister, deren Aufgabe es sein sollte, die vertrauensvolle

Kommunikation, die Information und Mitarbeit zu sichern.

Es hätte nicht dazu kommen dürfen, den Streit um den Digitalpakt Schulen zwischen Bundestag und Bundesrat eskalieren zu lassen. Mit Recht beklagt Stephan Weil im Bundesrat, dass zum Abschluss eines Jahres die deutsche Politik ganz allgemein sich nicht mit Ruhm bekleckert habe. Es ist zu hoffen, dass der Wunsch von Daniel Günther von Bundesrat und Bundestag verstanden wird, „weniger einen Misstrauensföderalismus, sondern stärker einen Fair-Play-Föderalismus“ zu pflegen.

#### Lösung duldet keinen Aufschub

Die Ländervertretungen haben in der Dezembersitzung ihre Bereitschaft gezeigt, im Vermittlungsausschuss schnell zu einer Übereinkunft zu kommen. Der Digitalpakt Schule duldet keinen weiteren Aufschub. Dabei sollte bedacht werden, ob es klug ist, auf eine Grundgesetzänderung weiterhin zu pochen. Bundestag wie auch Bundesrat sind sich über die Bedeutung einer Grundgesetzänderung bewusst. Diese ist nicht mit einer beliebigen Gesetzesänderung zu vergleichen. Es gilt hier, nicht im Schnelldurchgang und ohne weitergehende Einbindung aller etwas auf den Weg bringen zu wollen. Die Fallstricke sollten deutlich wahrgenommen werden.

#### Es geht lediglich um eine Erstinvestition

Die Diskussion um den Digitalpakt Schule hat allerdings auch deutlich gemacht, dass die durch den Digitalpakt gewährte Finanzhilfe nicht ausreichen kann. Ministerpräsident Volker Bouffier und andere haben ausgerechnet, dass aus dem Digitalpakt jeder Schule 30.000 Euro bzw. 25.000 Euro zugewiesen werden könnte. Jeder Schulpraktiker weiß, dass Schulen mit dieser Finanzhilfe keine großen digitalen Fortschritte erzielen können. Mit Recht haben einige Bildungsminister schon 2017 darauf verwiesen, dass es sich bei dieser Finanzhilfe nur um eine Erstinvestition handeln kann. Es müssen weitere Finanzmittel in die Schulen fließen, um vor allem die Folgekosten für den langfristigen Betrieb und den Unterhalt der Medien in den Griff zu bekommen. Die administrative und organisatorische Institutionalisierung digitaler Medien in den Schulen ist ebenfalls noch nicht zufriedenstellend gelöst.

*Wilfried Rausch*



Foto: www.fotolia.de

EU-Datenschutzverordnung (DSGVO) – Artikel 17

## Das Recht auf Vergessenwerden: Löschungspflicht

Wilfried Rausch im Gespräch mit Anwältin Antonia Dufeu

### Teil 1: Notenbücher und persönliche Aufzeichnungen

Grundsätzlich gibt es im Datenschutzrecht sowohl Löschpflichten als auch Löschrechte. Dementsprechend müssen Lehrkräfte die Pflicht zur Datenminimierung, aber auch Aufbewahrungs- und Nachweispflichten, die im Rahmen der Transparenz- und Rechenschaftspflicht gelten, beachten.

Das Recht auf Löschung personenbezogener Daten können betroffene Personen, z. B. Schüler und Eltern, im Rahmen eines Auskunftsrechts geltend machen. Einzelheiten hierzu stehen in den Art. 5 und 17 der DSGVO.

Die DSGVO enthält keine eindeutigen Löschrufen für Lehrkräfte. Solange sie personenbezogene Daten erheben, ist die Aufbewahrung dieser Daten an den Zweck der erhobenen Daten gebunden. Fällt der Zweck weg, muss unverzüglich gelöscht werden. Lehrer sollten daher auf die bisher geltenden Vorschriften zurückgreifen und bislang bekannte Vorgehensweisen und Routinen beachten.

Gibt es keine Routinen für die Löschung, wird die Lehrkraft bei Datenlöschung immer abwägen müssen, ob der Zweck der Erhebung weggefallen ist oder ob es noch Aufbewahrungspflichten oder sonstige der Löschung entgegenstehende Gründe gibt. Erst wenn diese Gründe wegfallen, wird die Löschung erforderlich.

#### Notenbücher

Ältere Lehrkräfte greifen gerne im Vorfeld von Klassentreffen ehemaliger Schüler auf ihre „alten Notenbücher“ zurück, die sie in der Regel sorgsam aufbewahrt haben, um sich noch einmal zu erinnern bzw. Notizen über Klassenfahrten oder andere Ereignisse in Erinnerung zu rufen.

**§ Ist die Aufbewahrung der „analog geführten“ Notenbücher nach der DSGVO über längeren Zeitraum statthaft?**

Nein, Lehrer dürfen personenbezogene Daten nur aufbewahren, so lange es der dienstlichen Zweckerfüllung dient. Die Erinnerung an Klassenfahrten ist sicherlich kein legitimer Zweck, alte Notenbücher aufzubewahren.

**§ Gibt es eine Aufbewahrungspflicht für die aus den Noten im persönlichen Notenbuch errechneten Zeugnisnoten?**

Zeugnisnoten werden von den Schulen zum Zwecke der Aufgabenerfüllung und Nachweispflicht aufbewahrt. Dies obliegt nicht dem einzelnen Lehrer. Dabei soll die Speicherung auf ein für die

Zwecke der Verarbeitung „notwendiges Maß“ beschränkt sein („Datenminimierung, Art. 5 Abs 1 c DSGVO“). Das bedeutet, der Lehrer muss die Zeugnisnote, d.i. die Endnote, an die Schule übertragen und danach löschen, sobald die Aufbewahrungspflicht entfällt.

## § Gibt es Vorschriften zur Vernichtung (Löschung)?

Für Schulen gelten die allgemeinen Vorschriften, also die DSGVO, das Landesdatenschutzgesetz RLP (DSG RLP), das Schulgesetz (SchulG) und die übergreifende Schulordnung (ÜSchO). Hier zu beachten sind besonders die Art. 5 und 17 DSGVO, §§ 19 DSG RLP, § 67 SchulG und § 89–90 ÜSchO. Grundsätzlich ist zu empfehlen, ein Löschkonzept zu implementieren oder ein Verfahren zur Pseudonymisierung oder Anonymisierung einzurichten. In Baden-Württemberg gibt es eine Verwaltungsvorschrift zu detaillierten Aufbewahrungs- und Löschfristen von 2014. Sie ist nicht aktuell, kann aber sicherlich als Anhaltspunkt herangezogen werden. Danach sind personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, die von Lehrern auf privaten Medien (digital oder in „analogen“ Notenbüchern) gespeichert wurden, spätestens nach dem Ende des jeweils nächsten Schuljahres zu löschen, sofern keine Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel zum Beispiel gegen ein Abschlusszeugnis eingelegt worden sind <sup>1)</sup>.

## § Wie sieht es bei den digital geführten Notenbüchern aus? Was gibt es hier zu beachten?

Digitale Notenbücher sind hinsichtlich ihres Schutzes besonders zu behandeln. Es muss absolut sichergestellt werden, dass keine Dritten darauf zugreifen, die Noten verändern, löschen oder weiter übertragen können. Darüber hinaus gelten auch hier die gleichen Regeln, nämlich die Pflicht zur Löschung: Sobald der Zweck (z. B. Notegebung) wegfällt, müssen die Daten gelöscht werden.

## § Was müssen Angehörige beachten, wenn sie nach Haushaltsauflösung einer Lehrkraft Notenbücher in analoger bzw. digitaler Form vorfinden sollten?

Tauchen personenbezogene Daten ehemaliger Schüler auf, sollten diese sofort vernichtet bzw. gelöscht werden.

## Persönliche Aufzeichnungen bzw. Notizen über Schüler, Elterngespräche und Beratungsgespräche

Im Laufe eines Schuljahres führen Lehrkräfte Buch über wichtige Entwicklungen ihrer Schüler. Grundlagen sind Elterngespräche, Gespräche mit Schulsozialarbeitern, mit Schulleitungsmitgliedern oder Beiträge in den Konferenzen. Bei Klassenlehrern dürften diese Aufzeichnungen umfangreicher sein. In den Aufzeichnungen werden in der Regel personenbezogene Daten verwandt.

## § Gibt es Vorschriften, welche Aufzeichnungen Lehrkräfte bzw. Klassenleiter anfertigen dürfen?

Nach § 67 SchulG dürfen Lehrer alle Daten aufzeichnen, welche für die Erfüllung schulbezogener Aufgaben erforderlich sind. Darunter können alle oben genannten Aufzeichnungen fallen.

## § Müssen die Inhalte der Gesprächsnotizen den betroffenen Personen zur Kenntnis gebracht werden?

Mit der DSGVO wurden die Betroffenenrechte verstärkt. Nun hat jeder Betroffene das Recht unter anderem auf Auskunft, Widerspruch, Berichtigung und Löschung. Dies sind jedoch Rechte, die der Betroffene geltend machen muss. Der Lehrer muss hier nicht unaufgefordert tätig werden.

## § Gibt es eine Informationspflicht gegenüber Schulleitungsmitgliedern, welche Notizen angefertigt werden und auf welchem Medium sie abgelegt sind.

Speichert eine Lehrkraft Daten auf privaten Medien – was ja die Regel ist –, so bedarf es einer Genehmigung durch die Schulleitung, dass Daten am häuslichen Arbeitsplatz gespeichert werden. Hierin muss die Lehrkraft schriftlich zusichern, dass

- die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG RLP) und die sonstigen Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden,
- lediglich Daten jener Schülerinnen und Schüler persönlich verarbeitet werden, die sie selbst unterrichtet bzw. deren Klassenleiterin oder deren Klassenleiter sie ist,
- die dienstliche Nutzung des Computers unter den gleichen Bedingungen wie bei dienstlichen Geräten kontrolliert werden kann,
- kein Zugriff auf personenbezogene Daten durch Dritte erfolgen kann bzw. Daten von Schülerinnen und Schülern Dritten nicht zugänglich gemacht werden,
- keine Datenübermittlung an Dritte erfolgt,
- Daten auf einer Festplatte passwortgeschützt abgespeichert und die Datenträger nach ihrer Verwendung gesichert werden,
- Daten unverzüglich nach Abschluss der Aufgabe bzw. spätestens nach Ablauf des laufenden Schuljahres gelöscht werden,
- durch regelmäßige Datensicherungen gewährleistet ist, dass auch beim Ausfall eines Computers jederzeit auf die gesicherten Daten zurückgegriffen werden kann,
- sie auf besondere Gefahren bei Vernetzungen und Online-Zugängen hingewiesen wurde.

Die Vorgehensweise obliegt der Schulleitung. Sie trägt hierfür die Verantwortung, § 3 Abs. 3 LDSG <sup>2)</sup>.

## § Hat der Schulleiter als Dienstvorgesetzter ein Recht auf Einsichtnahme?

Ja, die Nutzung privater Geräte wie Computer, Tablets oder

Smartphones zur Speicherung schülerbezogener Daten dürfen wie dienstliche kontrolliert werden (§ 89 Absatz 4 ÜSchulO).

### § Darf ein Klassenleiter seine Aufzeichnungen nach Beendigung seiner Klassenleitertätigkeit an den neuen Klassenleiter weitergeben?

Ja, allerdings nur wenn es für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

### § Wie müssen diese Aufzeichnungen aufbewahrt werden?

Sie müssen so aufbewahrt werden, dass kein Zugriff auf personenbezogene Daten durch Dritte erfolgen kann. Daten von Schülern dürfen daher Dritten ohne Rechtsgrundlage oder Einwilligung der Schüler bzw. deren Eltern nicht zugänglich gemacht werden.

### § Wann müssen diese persönlichen Aufzeichnungen vernichtet werden?

Unverzüglich, sobald sie nicht mehr für die Aufgabenerfüllung relevant sind und keine Aufbewahrungspflichten wie Nachweis- oder Dokumentationspflichten bestehen.

*Der Beitrag wird in der kommenden Ausgabe fortgesetzt. Schwerpunkte werden die Löschungsvorgaben für Konferenzprotokolle, Schülerakten und den Mailversand sein*

Anmerkungen:

- 1) [www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/9j6/page/bsbawueprod.psm?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js\\_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=VVBW-VVBW000015004&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0#VVBW-VVBW000015005](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/9j6/page/bsbawueprod.psm?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=VVBW-VVBW000015004&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0#VVBW-VVBW000015005)
- 2) Näheres hierzu siehe [www.datenschutz.rlp.de/de/themenfelder-themen/datenschutz-in-der-schule-fragen-und-antworten-fuer-lehrkraefte/](http://www.datenschutz.rlp.de/de/themenfelder-themen/datenschutz-in-der-schule-fragen-und-antworten-fuer-lehrkraefte/)



**Wilfried Rausch**  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

## ZUR PERSON

**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



## Fundsache

### 1983 Asimov-Vision 2019: Ausbildung eine Sache des Vergnügens

Der Science-Fiction-Autor Isaac Asimov sieht 1983 beim Thema Ausbildung eine Revolution kommen, die durch den Computer ausgelöst werde: Es werde 2019 zweifellos noch Schulen geben, glaubt er, doch ein guter Lehrer könne nichts Besseres tun, als den Wissensdrang der Schüler zu wecken, den diese dann zuhause an ihrem Computer befriedigen würden. Asimov verwendet in diesem Zusammenhang jedoch nicht den Begriff «Internet», der uns hier unweigerlich in den Sinn kommt – und dies, obwohl die Anfänge des Internets 1983 längst Realität waren. Asimov stellt sich vor, dass 2019 für jeden Schüler – oder eher für jeden Menschen – die Möglichkeit bestehen wird, das zu lernen, was er will, wie er es will und wie schnell er es will. Die Ausbildung werde zu einer Sache des Vergnügens, weil sie aus eigenem Antrieb und nicht durch äußeren Zwang erfolgen werde.

*Rolf Monnerjahn / Quelle: Isaac Asimov in der kanadischen Zeitschrift „The Star“, zitiert nach Daniel Huber, www.watson.ch.*



## ► REISEKOSTEN BEI KLASSENFahrTEN

# Bundesverwaltungsgericht: Verzicht unzulässig

**Seit Jahren kämpfen die Lehrverbände gegen die Diskriminierung der Lehrkräfte gegenüber anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezüglich der Erstattung von Reisekosten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nun die Rechte von Lehrerinnen und Lehrern gestärkt:**

Die Abfrage der Schulleitung, ob eine Lehrkraft im Falle nicht ausreichender Haushaltsmittel auf eine ihr zustehende Reisekostenvergütung für eine Klassenreise teilweise verzichtet, kann dazu führen, dass sich der Dienstherr auf eine solche Verzichtserklärung nicht berufen kann.

### Sachverhalt

Eine beamteter Realschullehrer hatte im Jahr 2013 bei seiner Schulleitung die Genehmigung einer Klassenfahrt nach Berlin beantragt. Das verwendete Antragsformular entsprach der Verwaltungsvorschrift des Dienstherrn für außerunterrichtliche Veranstaltungen. Darin wurde u.a. abgefragt, ob die Lehrkraft ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung verzichte. Der Lehrer verzichtete teilweise. Nach seiner Rückkehr wurden ihm unter Hinweis auf seine Teilverzichtserklärung weniger als die Hälfte der beantragten Reisekostenvergütung vom beklagten Land Baden-Württemberg bewilligt.

### Verfahren

Während das nach erfolglosem Widerspruch angerufene Verwaltungsgericht den Dienstherrn zur Zahlung weiterer Reisekosten in Höhe des Differenzbetrages verurteilt hat (VG Karlsruhe, 9 K 842/14 – Urteil vom 19. Februar 2015), hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg auf die Berufung des beklagten Landes das Urteil des Verwaltungsgerichts geändert und die Klage abgewiesen (VGH Mannheim, 4 S 830/15 – Urteil vom 20. Juli 2016). Die Revision des Klägers vor dem Bundesverwaltungsgericht hatte jedoch Erfolg.

### BVerwG: Beamtenrechtlicher Fürsorgegrundsatz verletzt

Nach der Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg sind Genehmigungen außerunterrichtlicher Veranstaltungen durch den Schulleiter nur im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich, es sei denn, der teilnehmende Lehrer verzichtet vorher ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung. Diese Koppelung zwischen Genehmigung und Verzicht bei nicht

ausreichenden Haushaltsmitteln für alle im Schuljahr vorgesehenen Veranstaltungen setzte den Lehrer einem Konflikt aus. Der Dienstherr kann sich nach dem Grundsatz von Treu und Glauben nicht auf den Teilverzicht des Lehrers auf Reisekostenvergütung berufen.

Nach der vom Dienstherrn erlassenen Verwaltungsvorschrift kommt außerunterrichtlichen Veranstaltungen bei der Erfüllung der erzieherischen Aufgaben der Schule besondere Bedeutung zu. Dem Lehrer wurde so auch die Verantwortung dafür zugewiesen, ob er eine staatliche Aufgabe unter Verzicht auf seinen ungeschmälernten Anspruch auf Reisekostenvergütung erfüllt. Hinzu kommt, dass er mit seinem Teilverzicht diese staatliche Aufgabe mit privaten Mitteln finanziert. Dies läuft dem Zweck des Anspruchs auf Reisekostenvergütung zuwider, nach dem der Dienstherr in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht seinen Bediensteten notwendige dienstliche Reiseaufwendungen abnehmen soll. (BVerwG, Urteil v. 23.10.2018, BVerwG 5 C 9.17).

### Situation in Rheinland-Pfalz

Während die Erstattung der Reisekosten für die Beamten und Richter nach dem Landesreisekostengesetz (LRKG) erfolgt, müssen sich die Lehrkräfte mit der Ausnahmenvorschrift gem. § 7 Abs. 6 LRKG begnügen, die in einer eigenen Verwaltungsvorschrift „Reisekostenvergütung für Lehrkräfte aus Anlass von Schulfahrten“ präzisiert wird. Ähnlich wie in Baden-Württemberg heißt es dort: „Die Genehmigung (als Dienstreise) kann nur ausgesprochen werden, wenn die Finanzierung sichergestellt ist. Genehmigungen sind grundsätzlich für den Einzelfall zu erteilen.“ Und weiter: „Eine Aufwandsentschädigung wird bei eintägigen Veranstaltungen nicht gewährt.“

Der VRB ist der Auffassung, dass das höchstrichterliche Urteil auch für Rheinland-Pfalz Signalwirkung haben muss. Der Dienstherr darf seine Lehrkräfte nicht länger auf einem Teil ihrer Reisekosten sitzen lassen. Der VRB setzt sich für eine Neufassung der Verwaltungsvorschrift ein, die mit einer negativen Sonderbehandlung von Lehrkräften Schluss macht.



Wolfgang Häring

wolfgang.haering@vrb-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 7. NOVEMBER 2018

## VRB fordert Arbeitszeitanalyse an Schulen

Der Verband Reale Bildung verweist wiederholt und nachdrücklich auf die zunehmende Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer. „Lehrkräfte befinden sich hinsichtlich der physischen und psychischen Anforderungen, die der Schulalltag stellt, längst am Limit“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der Verbandschef fordert daher eine unmittelbare Reaktion des Bildungsministeriums. Beispielgebend sei das Land Niedersachsen, das eine repräsentative Erfassung der Arbeitszeit der Lehrkräfte vorgenommen habe, um verlässliche Daten zur Bemessung der Arbeitszeit und zur Ermittlung des Entlastungsvolumens zu erhalten. Die vorliegende Studie habe einen konkreten Handlungsbedarf festgestellt. Dieser bestehe nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gravierenden Schulstrukturveränderungen längst auch in Rheinland-Pfalz.

Lichtenthäler appelliert an die Fürsorgepflicht des Dienstherrn, der zwar immer wieder einräume, dass die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer enorm zugenommen hätten, aber auf diese Entwicklung bislang nur tatenlos reagiert habe. Bezeichnend sei, dass die Ergebnisse einer vor Jahren vom Bildungsministerium in Auftrag gegebenen Studie des Institutes für Lehrer\*innen-Gesundheit nicht veröffentlicht worden seien. Offenbar scheue das Ministerium eine Offenlegung der Belastungssituation der Lehrkräfte und die daraus erforderlichen Entlastungsmaßnahmen.

„Es ist nicht weiterhin hinnehmbar, wenn die Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte auf dem Stand von vor 50 Jahren fixiert werden, ohne dem gestiegenen Arbeitsdruck durch Entlastungen Rechnung zu tragen. Mehr Verantwortung und ein ständig wachsendes Aufgabenpensum, bedingt durch zunehmende Erziehungsarbeit, Einbeziehung neuer Technologien, Zunahme des fachlichen Fort- und Weiterbildungsbedarfs sowie der Inklusions- und Integrationsaufgaben können nicht mehr angemessen

bewältigt werden“, so der VRB-Landesvorsitzende. Der Arbeitsumfang und Arbeitsdruck der Lehrkräfte, der viele vor einem Lehramtsstudium abschrecke, werde auch seitens der Öffentlichkeit anerkannt. Der VRB erklärt, dass Schüler und Eltern einen berechtigten Anspruch auf hohe schulische Qualität besitzen. Die könne unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr umfassend gewährleistet werden. Das Bildungsministerium müsse daher der Gefahr eines kollektiven Kräfteverschleißes entgegenwirken. Als sofortige Maßnahme und ersten Schritt fordert der VRB die Abschaffung der Mehrarbeit sowie die Vergabe gezielter Entlastungen. Mit einer Arbeitszeitanalyse soll das Bildungsministerium endlich objektive und gerechte Arbeitszeitbedingungen schaffen. Unaufschiebbar sei eine kurzfristige schrittweise Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Damit sei auch ein äußeres Zeichen für eine positive Wende hinsichtlich der Attraktivität des Lehrerberufs gesetzt, so der Verband Reale Bildung.

## Fundsache

### Diskreditierung des öffentlichen Dienstes vorbei

„Deutschland braucht einen funktionierenden öffentlichen Dienst. Sonst wächst der Verdruss, vergrößert sich die Distanz zwischen Bürger und Staat. (...)

Allmählich scheint der Politik zu dämmern, welche weitreichenden negativen Konsequenzen es für die Gesellschaft hat, wenn Staat und Bürger sich entfremden, weil Letztere das Gefühl haben, im Zweifel nicht mehr auf die Hilfe des Staates, seiner Behörden und Mitarbeiter zählen zu können. Vom „schlanken Staat“ redet jedenfalls niemand mehr, stattdessen wird die Bedeutung des öffentlichen Dienstes bei jeder Gelegenheit hervorgehoben.

(...) Die Zeit, in der der öffentliche Dienst permanent diskreditiert werden konnte, sei „endgültig vorbei“, stellte die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, ehemalige Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, gestern bei der Jahrestagung des Beamtenbundes zu Recht fest.

Wü/Quelle: Die Rheinpfalz, 9. 1. 2019, Leitartikel von Ralf Joas (Auszug), S. 2

# Stärken Sie unser Team – werden Sie Verbandsmitglied!



## Wir stehen für ...

die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

## Wir vertreten Ihre Interessen ...

als Lehrkräfte an den Schulen im Sekundarbereich, als Referendarinnen und Referendare an den Studienseminaren und als Studierende an den Hochschulen.

## Wir vertreten Sie ...

im schul- und bildungspolitischen Dialog mit der Landesregierung, den Parlamentariern, den Schulbehörden, den Kammern, den Eltern und den Verbänden.

## Service und Leistungen für Mitglieder ...

Diensthaftpflichtversicherung • Schlüsserversicherung • Rechtsschutz und Rechtsberatung  
• VRB-Handbuch für Lehrkräfte • Schuljahres-Kalender • Internationaler Lehrerausweis •  
Fortbildungsveranstaltungen • VRB-Zeitschrift sowie weitere Print- und Online-Medien

**Aktion Mitglieder werben Mitglieder:  
20,- € Einkaufsgutscheine\* für beide.  
Jetzt alle Vorteile sichern.**

\* Die Aktion läuft im Schuljahr 2018/19. VRB-Mitglied und Neumitglied erhalten je einen Einkaufsgutschein in Höhe von 20,- Euro (Einkaufs-Gutschein). Einfach auf dem Beitrittsformular im orangenen Feld den Namen des werbenden Mitglieds eintragen.



**Verband Reale Bildung**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



„like us“ auf facebook.com: VRB RLP



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)

# „Ich muss mit auf Klassenfahrt – meine Tochter kann sonst nicht schlafen!“

Im Gespräch mit Lena Greiner und Carola Padtberg



Lena Greiner und Carola Padtberg stellten auf der Frankfurter Buchmesse den zweiten Band ihrer Helikoptereltern-Reihe vor. Er trägt den Titel „Ich muss mit auf Klassenfahrt – meine Tochter kann sonst nicht schlafen!“ und enthält neue unglaubliche Geschichten über Helikopter-Eltern und skurrile Anekdoten über unreflektierte Elternanliegen.

Wolfgang Wünschel sprach mit ihnen über Schule und Eltern, ihre Empfehlungen für Lehrkräfte und über ihr nächstes Buchprojekt.

## Was sehen Sie als Ursache für ein Helikopterverhalten von Eltern?

Als Ursache sehen wir vor allen Dingen Ehrgeiz und Ängste der Eltern vor sozialem Abstieg, vor körperlichen Schäden. Angst und Ehrgeiz sind im Grunde die zwei Triebfedern, die Eltern dazu bringen, das Leben ihrer Kinder kontrollieren zu wollen, es durchgehend optimieren zu wollen und sich in alles einzumischen.

## Das Glück der Kinder ist auch das Glück der Eltern...

Es ist zunächst nichts dagegen einzuwenden, für sein Kind das Beste zu wollen. Man kann es aber auch übertreiben. Das sieht man an gelegentlich negativen Fol-

gen für alle Beteiligten.

» *Weniger Frustrationstoleranz und weniger Impulskontrolle*

## Wie wirkt sich die Überfürsorge aus?

Kinder von Helikopter-Eltern berichten, dass sie sich kontrolliert fühlen und sich in ihrem Verhalten erst einmal frei strampeln müssen, oft genug mit Hilfe von Therapeuten. Wir wissen außerdem aus Studien, dass diese Kinder weniger Frustrationstoleranz und Impulskontrolle besitzen. Das konnte man nachweisen. Sie bleiben auch in ihrer Entwicklung zurück. Der Psychologe Michael Winterhoff sieht zum Beispiel die Gefahr, dass Kinder von Helikopter-Eltern heutzutage mit sechs Jahren nicht schulreif und mit 16 Jahren nicht ausbildungsfähig seien.

» *Das Anstrengende am Beruf sind nicht laute Klassen, die vielen Korrekturen oder frühes Aufstehen...*

## Was berichten Ihnen Lehrerinnen und Lehrer?

Lehrkräfte haben uns erzählt, dass das Anstrengende am Beruf nicht die Kinder, laute Klassen, viele Korrekturen oder frühes Aufstehen sind. Belastender sei inzwischen, sich ständig mit Eltern auseinander zu setzen, sich kontrolliert zu fühlen und kontrolliert zu werden, oder auch privat beansprucht zu werden. Uns wurde beispielsweise von einem Sonntagabendanruf erzählt: „Wir sitzen an den Hausaufgaben. Meine Frau hat die Hausaufgaben für unseren Sohn nicht verstanden...“ Das mag sich lustig anhören, gehört aber tatsächlich zum Alltag eines Lehrers. Das ist nervenzehrend.

Eine Lehrerin berichtete, dass ihr beim ersten Elternabend in der ersten Klasse der Grundschule gesagt wurde: „Sie dürfen in den nächsten vier Jahren nicht schwanger werden, denn einen Lehrerwechsel können wir unserem Kind nicht zumuten.“

» *Deutlich abgrenzen!*

**Haben Sie eine Empfehlung für die Lehrkräfte?**

Die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich deutlich abgrenzen, auf gar keinen Fall irgendwelchen Eltern-Chat-Gruppen beitreten. Viele geben ihre Handynummer nicht mehr heraus, sind nur zu gewissen Anlässen erreichbar oder geben einen engen Zeitraum für Sprechzeiten an.

**Wie kommen Sie an das „Material“, das sie verarbeiten?**

Wir machen das über Aufrufe, zum Beispiel über Spiegel Online. Dort haben wir für unsere Sammlungen viele Leserzuschriften bekommen.

**Ihr nächstes Buchprojekt?**

Wir haben eine Buchreihe über witzige falsche Schülerantworten. Die bisherigen Bände „Nenne drei Nadelbäume: Tanne, Fichte, Oberkiefer“ und „Nenne drei Hochkulturen: Römer, Ägypter, Imker“ waren Bestseller im Ullstein-Verlag. Der nächste Band in dieser Reihe soll heißen „Nenne drei Streichinstrumente“ und ist

für kommenden Herbst geplant. Vielleicht haben Ihre Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz Lust, sich einzubringen?

**Kleine Kostprobe gefällig?**

*„A vegetarian only eats vegetarians.“*

*Aus dem Englischunterricht, Sekundarstufe 2*

*Frage: Warum fanden Maria und Josef keine Herberge?*

*Antwort: Wegen der Weihnachtsferien war alles ausgebucht.“*

*Klasse 6*

*„Die meisten Terroristen fahren nach Asien, um dort am Strand zu liegen oder zu tauchen.“*

*Aus dem Erdkundeunterricht*

**Lassen sie uns mitlachen! Was schreiben Ihre Schüler so?**

**SPIEGEL ONLINE sucht lustige Stilblüten und absurde Ausreden von Schülern, die Ihnen die Tränen in die Augen getrieben haben. Oder hat jemand besonders dreist geschummelt?**

**Schicken Sie Ihre besten Anekdoten an [schuelerantworten@spiegel.de](mailto:schuelerantworten@spiegel.de) – denn wir möchten unsere Leser mitlachen lassen!**

**DIE AUTORINNEN**

**Lena Greiner** (links), Jahrgang 1981, stammt aus Hamburg. Sie studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen in Hamburg, Berlin und Washington, DC. Nach dem Studium arbeitete sie zunächst als freie Journalistin und schrieb vor allem über Bildungspolitik. Seit 2013 ist sie Redakteurin bei SPIEGEL ONLINE.



**Carola Padtberg**, geboren 1976 im Rheinland, studierte englische Literatur und Politik in Bonn und London. Sie volontierte bei ZEIT online und ist seit 2005 Redakteurin bei SPIEGEL ONLINE, aktuell im Ressort Kultur. Die Mutter von drei Kindern lebt und arbeitet in Hamburg.



**Wolfgang Wünschel**  
[wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de](mailto:wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de)

# VRB-Handbuch für Lehrkräfte

## 58. Ergänzung im Druck

### Die dienstliche Beurteilung von Lehrkräften

Die 58. Ergänzung enthält u.a. den Beitrag „Die dienstliche Beurteilung von Lehrkräften“. Die dienstliche Beurteilung wird aus dem Grundgesetz abgeleitet. „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt.“

Der Autor, **Gerhard Peifer**, geht in seinem Beitrag auf Grundsätze, Inhalte, Anlässe und Verfahren ein. Darüber hinaus beschreibt er die Handlungsmöglichkeiten für die Beurteilten, die mit dem Inhalt und/oder dem Ergebnis der Beurteilung nicht einverstanden sind. Gliederung: Rechtliche Bedeutung – Beurteilungsgrundsätze – Anlässe – Zuständigkeiten und Anforderungen an den Beurteilenden – Beurteilungsverfahren – Vereinfachte Beurteilung – Beteiligung des Personalrates – Das Beurteilungsgespräch – Die Gegenäußerung – Der Widerspruch – Die Klage vor dem Verwaltungsgericht – Die Chancen einer Anfechtung.

Wir drucken nachfolgend einen Auszug aus dem Kapitel „Anlässe“ ab.

**Anlässe:** Im Unterschied zu anderen Bundesländern kennt Rheinland-Pfalz für seine Lehrkräfte im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder im unbefristeten Beschäftigungsverhältnis keine Regelbeurteilung mehr, sondern die Anlassbeurteilung. Diese erfolgt aus folgenden Anlässen:

- Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit,
- Beförderung,
- wesentliche Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen (z. B. erhebliche Verbesserung oder Verschlechterung in den dienstlichen Leistungen),
- Anforderung der Schulbehörden,
- begründeter Antrag der bzw. des Betroffenen.

Die den Auswahlentscheidungen zugrunde liegenden dienstlichen Beurteilungen müssen hinreichend aktuell sein. Die Rechtsprechung ist sich bei der Frage, was damit gemeint ist, durchaus uneinig. Die Spanne reicht von 12 Monaten bis 3 Jahren. In Rheinland-Pfalz gilt für Lehrkräfte: „Die dienstliche Beurteilung kann verwendet werden, wenn sie nicht älter als zwei Jahre ist oder bis zu einer neuen dienstlichen Beurteilung.“ Allerdings: Beschränkt sich der Dienstherr wie in Rheinland-Pfalz grundsätzlich auf die Anlassbeurteilung, „hat dies zur Folge, dass ihn hinsichtlich der Aktualität der dienstlichen Beurteilung eine höhere Last trifft. Es ist kaum vorstellbar, dass die Rechtsprechung Anlassbeurteilungen akzeptieren würde, die älter als ein Jahr, gemessen an der Auswahlentscheidung, zurückliegen.“ (...)

## VRB-HANDBUCH

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

**VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.**



## ► FÜR DEMOKRATIE WERBEN

### Hambacher Schloss virtuell

Seit Mitte November können Besucherinnen und Besucher auf eine virtuelle Tour durch das Hambacher Schloss gehen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat das Projekt von Google Arts & Culture vorgestellt. 360-Grad-Aufnahmen, Fotos und Videos der Ausstellung sowie Erklärungen machen die Geschichte des Schlosses und seine Bedeutung für die Demokratie in Deutschland anschaulich.

„Ich freue mich sehr, dass es uns gemeinsam mit dem Hambacher Schloss und Google Arts and Culture gelungen ist, die erste rheinland-pfälzische virtuelle Ausstellung umzusetzen“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Damit stehe das Hambacher Schloss in einer Reihe mit der Elbphilharmonie, dem Museum of Modern Arts in New York oder dem Louvre.

„Das Hambacher Schloss (...) verkörpert als Erinnerungsort des Hambacher Festes von 1832 das Streben nach Demokratie und den europäischen Gedanken auf einzigartige Weise“, unterstrich die Ministerpräsidentin. Hier werde für alle Generationen unser geschichtliches und kulturelles Erbe erfahrbar. „Es ist unsere Verpflichtung, für die Demokratie in unserem Land zu werben und zu streiten und uns immer neu für Gleichberechtigung, Toleranz und Vielfalt stark zu machen.“ (...)

Google Arts & Culture wurde 2011 als nicht-kommerzielle Plattform geschaffen, um einen breiten Zugang zum kulturellen Erbe online zu ermöglichen. Idee ist, Museen, Archive und Forschungseinrichtungen Technologien kostenfrei zur Verfügung zu stellen. (...)

Wü/Quelle: NL Staatskanzlei vom 16.11.2018

## ► CHRISTINA SONDERMANN

### „Im Einsatz von Hunden in der Schule sehe ich ein großes Potenzial“

Auf der Buchmesse trafen wir die Sachbuchautorin Christina Sondermann. Ihre Themenschwerpunkte sind Bücher über Hunde und für Hundehalter (u.a. „Das große Spielebuch für Hunde“, „Denksport für Hunde. Knobelspiele schnell und einfach selbst gemacht“). Darin geht es ihr um Beschäftigungsmöglichkeiten, von denen Hund und Mensch gleichermaßen profitieren. Wir sprachen Sie auf das Thema Schulhunde an.

Christina Sondermann ist häufig als Referentin und Trainerin unterwegs. Sie unterrichtet auch Menschen, die mit Schulhunden arbeiten. Ihnen zeigt sie Möglichkeiten auf, den Hundeeinsatz noch bunter, noch qualitätsvoller und noch interessanter zu gestalten.

## ► DIGITALISIERUNG

### Schulen fachübergreifend begleiten

Unterricht im digitalen Zeitalter funktioniert nur, wenn Medienerziehung für die Schülerinnen und Schüler in allen Bildungseinrichtungen als fachübergreifende Aufgabe wahrgenommen wird.

Darauf hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm im Gespräch mit dem sächsischen Kultus-Staatssekretär Herbert Wolff am 26. September 2018 in Dresden hingewiesen. „Ohne die systematisch aufbauende Vermittlung eines sicheren, kompetenten und reflektierten Umgangs mit neuen Medienformen besteht Gefahr, dass die Risiken digitaler Bildungsmittel ihre Chancen überwiegen“, machte Böhm gegenüber Wolff deutlich, der auch Co-Vorsitzender der Lenkungsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) für die Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ ist. (...)

Quelle: dbb magazin 11/2018, S. 21 (Auszug)



Im Einsatz von Hunden in der Schule sieht sie ein großes Potential: „Ich bekomme mit, was vom Einsatz dieser Hunde berichtet wird und wie viel da plötzlich möglich wird, zum Beispiel bei Kindern, die Schwierigkeiten haben, sich Menschen gegenüber zu öffnen. Das scheint ihnen den Tieren gegenüber leichter zu fallen. Kinder können zum Sprechen gebracht werden, bauen Kontakte auf und öffnen sich. Viele Pädagogen berichten außerdem, wie positiv die Hunde die Atmosphäre in der Klasse beeinflussen.“

Text und Foto: Wü

## ► FRANKFURTER BUCHMESSE

# Im Land der Verschwörungstheorien

... mit Christian Alt und Christian Schiffer



**Die Bundesrepublik existiert nicht. Angela Merkel ist Hitlers Tochter. Und unter dem Flughafen von Denver sitzt die geheime Weltregierung. Christian Alt und Christian Schiffer haben sich drei Jahre lang im Internet und in der Realität in die Gefilde der Verschwörungstheorien begeben. Herausgekommen ist das Buch „Angela Merkel ist die Tochter von Adolf Hitler“, eine Reportage aus den Tiefen der Verschwörungsnetzwerke.**

Die Autoren treffen Verschwörungstheoretiker, Aussteiger und Opfer. Sie decken Mechanismen auf, die zu Verschwörungstheorien führen. Und sie tragen Regeln zusammen, mit denen sich dieser Trend aufhalten lassen soll. Smudo (Die Fantastischen Vier) wird vom Verlag mit den Worten zitiert: „Nach der Lektüre dieses fürchterlich unterhaltsamen und doch todernsten Buchs ist klar, dass wir an der Schwelle einer mächtigen kulturellen Wende stehen.“

Wolfgang Wünschel traf die Autoren auf der Buchmesse und befragte sie zu ihrer Haltung im Umgang mit den Anhängern von Verschwörungstheorien und zum kritischen Denken in der Schule.

**Die von Ihnen beschriebenen Verschwörungstheorien wirken oft skurril und lustig. Es fällt auf, dass Sie deren Anhänger dennoch nicht belächeln.**

» *Es lohnt sich, vom hohen Ross herunter zu kommen.*

**Christian Alt:** Man muss mit den Menschen, die Verschwörungstheorien anhängen, im Gespräch bleiben. Man muss sie ernst nehmen. Die Anti-Verschwörungstheorie-Haltung kommt oft ein wenig arrogant daher, bezeichnet Verschwörungstheorie-Vertreter als „Deppen“. Es war uns wichtig in unserem Buch, dass wir die Menschen, denen wir begegnet sind, eben nicht herabsetzend darstellen. Es lohnt sich, herunter zu kommen vom hohen Ross. Ich würde mir wünschen, dass wir die Mehrheit der Bevölkerung erreichen, auch den Teil, der an das glaubt, was man nicht für realistisch hält.

**Im Rahmen Ihrer Buchvorstellung gab es einen Bezugspunkt zur Schule. Es ging darum, dass das kritische Denken in der Schule nach ihrer Auffassung „geschult“ werden sollte.**

**Christian Schiffer:** Ich glaube, dass es sehr, sehr wichtig ist, kritisches Denken in der Schule zu lernen, und zwar in alle Richtungen. Schüler sollten lernen, dass Wissenschaft zwar funktioniert, aber vorläufiges Denken ist. Sie sollten zum Beispiel auch in der Lage



sein, kursierende Verschwörungstheorien kritisch zu reflektieren.

» *Manipulationsphänomene  
scheinen zeitlos zu sein*

Wir diskutieren in unserer Gesellschaft viel über Fake-News und welche Rolle das Internet dabei spielt. Dabei scheinen mir Manipulationsphänomene zeitlos zu sein. Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Deutschstunde zum Thema Boulevard. Da hing eine große Boulevard-Zeitung an der Tafel. Und es wurde uns vom Lehrer erklärt, warum die Buchstaben der Überschrift so groß sind. Und dass dahinter ein verschämtes Fragezeichen steht, damit man mit der scheinbaren Verschiebung einer Behauptung zu einer Frage auf der juristisch sicheren Seite ist.

Ich würde mir so etwas auch heute genauso wünschen. Es hat natürlich Gründe, warum Fake-News im Internet funktionieren. Auch da hat man mit den sozialen Medien eine Infrastruktur wie mit dem Boulevard früher. Ich glaube, wenn man als Schüler weiß, warum Lügenmärchen in die Welt gesetzt werden und wie solche Nachrichten entstehen und verbreitet werden, dann wird man auch ein wenig dagegen immunisiert sein, wenn man ihnen begegnet.



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

## DIE AUTOREN

**Christian Schiffer (links),** Jahrgang 1979, Politologe, kam 2008 zum Szenemagazin „Zündfunk“ des Bayerischen Rundfunks und arbeitet dort als Redakteur und Kolumnist. Darüber hinaus arbeitet er als Autor für verschiedene ARD-Anstalten und moderiert die Sendung „Netzfilter“ auf PULS. 2016 arbeitete Schiffer für das ZDF die Deutsche „Killerspiel“-Debatte in Form von mehreren Fernseh-Dokumentationen auf. Diese wurden 2017 für den Grimme-Preis nominiert.



**Christian Alt,** Jahrgang 1988, studierte Germanistik und Philosophie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2010 schreibt er für verschiedene Medien über Pop- und Netzkultur. Inzwischen arbeitet er beim Bayerischen Rundfunk vor allem für das Szenemagazin „Zündfunk“. Er ist Kolumnist für PULS und Feature-Autor für verschiedene ARD-Anstalten. Für den BR entwickelt er ebenfalls Podcasts, unter anderem den Storytelling-Podcast „Einfach machen“, den er auch moderiert.



## Bezirk Koblenz

### ► VRB VOR ORT

### Zu Gast an der Römerwall-Schule in Rheinbrohl

Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari und sein Stellvertreter Gerhard Hein besuchten Ende November die Realschule plus Rheinbrohl – Römerwall-Schule, um mit Schulleitung und Lehrkräften über deren aktuelle Anliegen zu sprechen.

Neben Mitgliedern des örtlichen Personalrats und Schulleiterin Marita Palm waren viele junge interessierte Kolleginnen und Kollegen, die in einem Vertretungsvertrag beschäftigt sind, zu dem Gespräch gekommen. Deren Anliegen stand dann ganz oben auf der Agenda der zu besprechenden Punkte.

Benjamin Bajraktari und Gerhard Hein standen im kollegialen Austausch Rede und Antwort zu Themen wie z.B. Elternzeit, Anrechnungsstunden, Teamteaching und Schulbudget. Informiert wurde auch über Initiativen und Ziele des Verbandes, zu denen die Teilnehmer sowohl Materialien als auch Quellenhinweise erhielten.



Benjamin Bajraktari (re.) und Gerhard Hein (hinter der Kamera) im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen der Römerwall-Schule in Rheinbrohl (Website: roemerwallschule.de)



Gerhard Hein  
gerhard.hein@vrb-rlp.de

## SCHULINFO

Die Realschule Plus Rheinbrohl ist eine dreizügige Integrative Realschule plus. Leitspruch der Schule:  
**Wir sind, was wir tun. Wir tun, was wir sind.**

- Wir stellen den Schüler in den Mittelpunkt unserer gesamten pädagogischen Arbeit.
- Wir fordern Leistung und fördern begabte und schwächere Kinder.
- Unsere Arbeitsgrundlage ist gegenseitiges Vertrauen.
- Wir leben eine Kultur der Anerkennung, Wertschätzung und Ermutigung, der gegenseitigen Unterstützung und der gemeinsamen Anstrengungen.
- Wir arbeiten mit flachen Hierarchien und in eigener Verantwortung.

Quelle: [www.roemerwallschule.de](http://www.roemerwallschule.de)

# Impulsvortrag zum Schulalltag: Kinder, Jugendliche und Eltern in psychischen Ausnahmesituationen



*Dr. Heinz Ollmann ging auf die individuellen Erfahrungen der Teilnehmer im Schulalltag ein.*

Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari begrüßte die Anwesenden und berichtete über die Arbeit des Bezirksvorstandes, wobei er den Fokus auf die vielen unterschiedlichen VRB-Informationsveranstaltungen des vergangenen Jahres legte. So hatten Besuche am Studienseminar in Koblenz, an der Universität Koblenz und an verschiedenen Schulstandorten stattgefunden. Er unterstrich die erfolgreiche Verbandsarbeit, die sich in einer positiven Mitgliederentwicklung zeige.

Der Vorsitzende lobte und wertschätzte die Arbeit und Vernetzung der Delegierten an den Schulen. Die Seniorenarbeit stellte er als ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld des VRB heraus.

Dr. Helmut Ollmann, der auch über einschlägige Erfahrung im Bereich der Lehrerbildung verfügt, vermittelte einen allgemeinen Überblick über die Systematik und Erscheinungsformen psychischer Erkrankungen. Neben beispielhaften neurotischen und psychotischen Störungen wurden anerkannte Therapieformen, wie das analytische und verhaltensorientierte Verfahren, vorgestellt.

Darüber hinaus erhielten die Anwesenden eine Einführung in die Diagnostik und Therapie in der schulischen Arbeit. Im Mittelpunkt standen das Erkennen psychischer Ausnahmesituationen bei Schülerinnen und Schülern, Eltern, aber auch Kolleginnen und Kollegen und das Erkennen möglicher Reaktionen.

Die Rückmeldung der Mitglieder zur Verbandsarbeit sei ein wichtiger Impulsgeber der Vorstandsarbeit. Daher fragte Bengjamin Bajraktari die Versammlungsteilnehmer gezielt nach Signalen und Anliegen für das kommende Schulhalbjahr.

Dem spannenden Vortrag folgte eine ausführliche und rege Diskussionsrunde, die das hohe Interesse der Teilnehmer für das Thema widerspiegelte. Im Anschluss konnten sie ihre individuellen Erfahrungen aus dem Schulalltag mit Dr. Heinz Ollmann als kompetentem Ansprechpartner besprechen.

## Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern im Schulalltag

Den Verband hatten in jüngster Vergangenheit zunehmend Hinweise von Lehrkräften erreicht, die einen Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern im Schulalltag als hohe Belastungssituation erlebten und sich damit in der Schule „alleine“ gelassen fühlten. Vor diesem Hintergrund hatte der Bezirksvorstand Dr. Heinz Ollmann, einen Experten im Bereich Coaching, Mediation und Krisenintervention, zu einem Impulsvortrag eingeladen. Sein Thema lautete „Kinder, Jugendliche und Eltern in psychischen Ausnahmesituationen – Einführung in Diagnostik und Therapie unter besonderer Berücksichtigung der schulischen Arbeit“.



**Nicole Weiß-Urbach**  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



**Gerhard Hein**  
gerhard.hein@vrb-rlp.de



*Die Rückmeldungen der Mitgliederinnen und Mitglieder sind wichtige Impulsgeber für die Verbandsarbeit*



## Bezirk Neustadt

### ► DELEGIERTENTREFFEN

## Selbstfürsorge in stürmischen Zeiten



Referent Klemens Hundelshausen hält das präventive Angebot des Instituts für Lehrer-gesundheit für hilfreich.



Bezirkvorsitzende Saskia Tittgen: Unsere Arbeit immer wieder hinterfragen.

### Bezirkvorsitzende Saskia Tittgen dankte den anwesenden Delegierten für ihr Engagement in den Schulen. Gemeinsam stellte man die VRB-Arbeit auf den Prüfstand.

Vor dem Hintergrund eines erfreulichen Mitgliederzuspruchs wurden Konzepte der Mitgliederbetreuung und der Mitglieder-gewinnung diskutiert.

Die Delegierten stellten die Wirkung der schul- und bildungspolitischen Positionen des Verbands Reale Bildung heraus und

bewerteten in diesem Zusammenhang seine pragmatischen und an der schulischen Realität orientierten Zielsetzungen und Handlungsweisen als besonders positiv.

Dass der VRB pragmatische und realistische Vorstellungen hat, führte man auf die Praxishöhe und das ehrenamtliche Enga-

gement der Aktiven zurück.

Ein weiterer Aspekt, der hervorgehoben wurde, war die schnelle und unkomplizierte Hilfestellung, die durch die Verbandsstruktur mit ihrem gut ausgebauten internen „Netzwerk“ von Ansprechpartnern und Experten gegeben ist.

Wie gewinnbringend gelingende Kommunikation und konstruktive Kooperation sein kann, stellte Klemens Hundelshausen in seinem Vortrag „Selbstfürsorge in stürmischen Zeiten“ heraus. Dabei ging er auch auf das persönliche Stressmanagement im Kontext Schule ein und gab u.a. folgende Tipps zur Stressreduktion in einem hektischen Klima an der Schule:

- Einfache Rituale für den Alltag
- Eigene belastende Emotionen wahrnehmen und dadurch Stress reduzieren
- Bewusste Kurz-Unterbrechungen
- Rückzugsräume finden und Distanz schaffen
- Aktive Gestaltung der Pausen
- Präsent sein – statt Grübeln
- Powernapping

## ZUR PERSON

**Klemens Hundelshausen**, Jahrgang 1963, stammt aus einer Lehrerfamilie und ist Inhaber der Koblenzer Praxis „relax & power“. Er verfügt über Berufserfahrung in verschiedenen Praxisfeldern und bietet Systemische Beratung an. Seine Schwerpunkte sind Seminare für Stressprävention und Kommunikationskultur in Betrieben: [www.relax-and-power.de](http://www.relax-and-power.de).

Seine (Seminar-)Angebote für Lehrkräfte: „Feedback-Kultur“, „Wertschätzendes Klima in der Schule“, „Konflikte in Kollegien lösen – konstruktive Zusammenarbeit in Lehrerkollegien“, „Zusammenarbeit statt Konfrontation – Elterngespräche systemisch gestalten und führen“.

(Wü)



Als besonders hilfreich bezeichnete er das präventive Angebot und die „Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung“ des Instituts für Lehrgesundheit (IfL). Das sei ein hilfreiches Instrument zur mittelfristigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsklimas an Schulen. Homepage: [www.unimedizin-mainz.de/asu/institut-fuer-lehrgesundheit-ifl.html](http://www.unimedizin-mainz.de/asu/institut-fuer-lehrgesundheit-ifl.html).



**Katharina Bitz**  
katharina.bitz@vrb-rlp.de



**Saskia Tittgen**  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► **BEZIRKSVERSAMMLUNG**

## Motivation, Leistungsbereitschaft und Leistungsdruck

**Zu Beginn der November-Bezirksversammlung berichtete Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen über die Ergebnisse eines vorangegangenen Delegiertentreffens und dankte den Delegierten nicht nur für ihr ganzjähriges Engagement, sondern insbesondere auch für einen stets gewinnbringenden Ideen- und Gedankenaustausch. Dass der VRB mit seinen Forderungen richtig liege, sei durch die Delegierten erneut bestätigt worden.**



... stets gewinnbringender Ideen- und Gedankenaustausch ...

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Vortrag des Schulpsychologen Manuel Lillig (PL). Er referierte über Leistungsbereitschaft, Motivation und Leistungsdruck.

Dabei erläuterte er den konstruktivistischen Ansatz, dass jeder eigene Vorstellungen von Inhalten und Szenarien hat, die sogenannten „Mows“. Um auf eine mehr oder weniger einheitliche, inhaltliche Ebene zu kommen, sei gute Kommunikation unerlässlich. Zuwendung und die Schaffung einer guten Kooperationsbasis zwischen Lehrkräften, Eltern und Lernenden brauche es auch, um mit der Zunahme der Heterogenität in den Schulklassen und der größer werdenden Anzahl verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler im hektischen Schulalltag zurecht zu kommen. Dies sei auch unerlässlich für eine Lehrkraft, Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern getragene Lösung für anstehende Probleme.



Referent Manuel Lillig versprach zum Thema Leistungsbereitschaft und Motivation „keine Rezepte, aber wertvolle Zutaten“ ...

Für eine gute, gelingende Kommunikation sei Zeit notwendig. Viele Lehrkräfte klagten über Zeitmangel gerade im Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern. Die Erfahrung aus der schulpsychologischen Beratung zeige, dass viele Lehrkräfte durchaus viel Zeit investierten, die durch eine Verbesserung der Kommunikation und damit der Kooperationsgrundlage in vielen Fällen dann auch effizienter genutzt werden könne.

Nach einer Gesprächsrunde mit dem Referenten hatten die Mitglieder abschließend noch einmal die Möglichkeit zum Austausch im Plenum oder in einzelnen Gesprächen mit den VRB-Vorstandsmitgliedern.



**Katharina Bitz**  
katharina.bitz@vrb-rlp.de



**Saskia Tittgen**  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

## ZUR PERSON

**Manuel Lillig, 38, ist Schulpsychologe am Beratungszentrum Bad Kreuznach (seit 2016), zuvor war er in Gerolstein tätig. Daneben: überregionale Fortbildungstätigkeit. Von 2011 bis 2018 war Lillig Mitglied im Vorstand der Vereinigung der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Rheinland-Pfalz. Seit 2017 füllt er mit fünfzigprozentigem Stellenanteil eine Themenstelle „Professionalisierung von Schulleitung“ mit landesweiten Aufgaben aus. Seine Arbeitsschwerpunkte: Führungskräfte, Krisenberatung/Krisenintervention und Lerntransfer in der schulpsychologischen Fortbildung. Seine Hobbys: Klavier und Fitnessstraining.**

► PERSONALRÄTE-FORTBILDUNG

## Neue rechtliche und organisatorische Rahmenvorgaben

### Personalräte der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen informierten sich im Palatinum Mutterstadt

Der Einladung nach Mutterstadt waren 40 Mitglieder örtlicher Personalräte aus 21 Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen des Bezirks gefolgt. Die Teilnehmer erwartete ein abwechslungsreiches Programm, in dem sich Vorträge zu grundlegenden und aktuellen Themen mit Fragerunden abwechselten. Die Referenten gingen auch auf Fragestellungen aus der Personalratsarbeit und auf aktuelle Entwicklungen in den Schulen ein.



#### Neuerungen der aktualisierten ÜScho

Saskia Tittgen, Vorsitzende des Bezirks Neustadt und Mitglied im Hauptpersonalrat Realschulen plus, griff in ihrem Vortrag Neuerungen der Übergreifenden Schulordnung auf. Sie machte dabei deutlich, dass sie in Einzelfragen noch Klärungs- und Änderungsbedarf sieht. Der VRB hat einen Druck der ÜScho-Neufassung aufgelegt. Beigegeben ist ein Überblick über die wesentlichen Änderungen und ein gesondertes Verzeichnis zum Schnellzugriff auf relevante Bestimmungen für den schulischen Alltag.

#### Novellierte Mehrarbeitsrichtlinien

Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats der Realschulen plus, Benjamin Bajraktari, wies auf Neuerungen in der novellierten Verwaltungsvorschrift zur „Mehrarbeit in Schulen“ vom 25. Mai 2018 hin. Die Führung von Jahresarbeitszeitkonten mit dem Ausgleich geleisteter Mehrarbeit über den Zeitraum eines Jahres und die Möglichkeit, Mehrarbeit bis zum Schwellenwert von drei Mehrarbeitsstunden, für Teilzeitkräfte anteilig ihres Beschäftigungsumfanges, anrechnen zu können, sorgte für lebhaft Diskussionen. Hier ist die Dienstbefreiung ab der ersten Mehrarbeitsstunde weiterhin zulässig. Der VRB wird die Umsetzung der neuen Verwaltungsvorschrift an den Schulen kritisch begleiten und steht zur Klärung von Fragen, die sich in der schulischen Umsetzung ergeben, den örtlichen Personalräten zur Verfügung.

#### Online-Gefährdungsbeurteilung

Saskia Tittgen stellte die Online-Gefährdungsbeurteilung für Kolleginnen im Mutterschutz vor. Danach ist der Dienstherr verpflichtet, eine Gefährdungsbeurteilung im Hinblick auf den Arbeits-einsatz und -platz vorzunehmen und ggf. Schutzmaßnahmen einzuleiten. Dazu wird ein Formular des Instituts für Lehrergesundheit von der Schulleitung mit den Kolleginnen ausgefüllt und

dem Institut für Lehrergesundheit (IFL) vorgelegt, sodass erforderlichenfalls Schutzmaßnahmen getroffen werden können.

Zu den Neuregelungen bei Klassenfahrten, die den „Organisatorischen Handreichungen“ der ADD zu entnehmen sind, gab Saskia Tittgen Tipps zur Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten.

#### ÖPR-Jahresplan: Personalversammlung und Vierteljahresgespräch

Mit Blick auf den Jahresplan der ÖPR-Arbeit ging Christoph Schneider auf die Personalversammlung und das Vierteljahresgespräch ein.

Berichte aus den Stufenvertretungen – aus dem Bezirkspersonalrat RS plus durch Benjamin Bajraktari und Martin Radigk, aus dem Hauptpersonalrat RS plus durch Saskia Tittgen sowie Christoph Schneider aus dem Bereich der IGS – rundeten das Schulungsprogramm ab.



Martin Radigk  
martin.radigk@vrb-rlp.de

**Save The Date: Der VRB lädt zu seinen nächsten Personalrätefortbildungen im Bezirk Neustadt ein:**

#### Frühjahrsschulung:

20. Februar 2019  
Palatinum in Mutterstadt

#### Herbstschulung:

23. Oktober 2019  
Palatinum in Mutterstadt

# Kulturgeschichtliche Begegnung mit dem tausendjährigen Dom



**Landesweit eingeladen hatten die VRB-Pensionärs-Referenten Margit Lenarz, Wilfried Rausch, Erwin Schneider und Gudrun Deck zu einer Führung in und um den Wormser Dom, der in diesem Jahr 1000 Jahre alt wurde. Die Resonanz auf die Einladung war groß. Es wurden zwei Veranstaltungen im Abstand von einer Woche angeboten.**

Unser Mitglied Karl-Heinz Walz, ein exzellenter Kenner des Wormser Domes, erläuterte lebendig und spannend die Baugeschichte, die Sandsteinfliguren an der Außenfassade sowie die Fenster und interessante Details im Dom.

### Figürliche Symbolik am Südportal

Besonders beeindruckte das gotische Südportal des Domes, das Karl-Heinz Walz wegen der figürlichen Symbolik als Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Domen von Mainz und Speyer sieht. Die Sandsteinfliguren in den Bogenläufen des

Portals, alttestamentliche Darstellungen in Gegenüberstellung zu entsprechenden neutestamentlichen, fungierten in früheren Jahrhunderten quasi als Bilderbibel (Biblia pauperum) für die Gläubigen.

### Barock im Innern des Domes

Im Innern des Domes beeindruckt im Ostchor der barocke Hochaltar von Balthasar Neumann. Da der Dom während des pfälzischen Erbfolgekriegs Ende des 17. Jh. durch die Franzosen in Brand gesteckt worden war, erhielt er eine barocke Innenausstattung.

### Moderne Kirchenfenster zeigen historische Ereignisse

Lebhaftes Interesse der Teilnehmer fanden die modernen Fenster von Heinz Hindorf. In den Feldern des Geschichtsfensters werden bedeutende historische Ereignisse dargestellt, z. B. die Hochzeit von Friedrich II. mit Isabella von England, die Judenverfolgungen 1034, 1349 und 1938. Auch Martin Luther ist zu sehen, mitsamt seinem Glaubensverständnis, dass nur das Wort Gottes gilt, wie es in den Evangelien zu lesen ist. Eine ungewöhnliche zeitgeschichtliche Stellungnahme findet sich in einem der Fenster mit der Darstellung des Kernkraftwerks Biblis als „Turmbau zu Babel“ in einer Reihe von Beispielen menschlicher Sündhaftigkeit.

Steinerne Bildwerke mit Szenen aus dem Leben Jesu, die aus dem spätgotischen



Domkreuzgang (Ende 15. Jahrhundert) stammen, konnte unser Referent im nördlichen Langhaus einprägsam erläutern und mit entsprechenden Kirchenliedern in Verbindung bringen.

### Kollege Walz überrascht mit Orgelspiel

Am Ende der Führung überraschte Kollege Walz seine Zuhörer mit einem Orgelspiel in der gotischen Nikolauskapelle. Zu hören waren u.a. ein Adagio von Mozart und ein Choralvorspiel über das Adventslied „Oh Heiland, rei die Himmel auf“. Damit wollte er an Friedrich Spee erinnern, der neben Speyer auch in Worms gewirkt hatte.

In einer nahegelegenen Trattoria ließen die Teilnehmer die Eindrücke nachklingen. Gudrun Deck und Wilfried Rausch informierten über die Seniorenarbeit in VRB und dbb und gaben Informationen zu künftigen Veranstaltungen (Kunsthalle Mannheim, Mainzer Dom). Sie regten bei den Teilnehmern darüber hinaus an, sich als Kultur-Referenten zur Verfügung zu stellen.



**Gudrun Deck**  
gudrun.deck@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



## ZUR PERSON



*Karl-Heinz Walz ist in Frankenthal aufgewachsen und in Kaiserslautern zur Schule gegangen. Dort trat er 1949 ins Pädagogium ein, eine Einrichtung, in der jeder Schüler Klavier und Geige lernen musste und die es heute so nicht mehr gibt. Während seiner Schulzeit wurde das Pädagogium nach und nach in ein Aufbaugymnasium umgewandelt. „Dadurch fiel der kostenlose Instrumentalunterricht weg. Das habe ich sehr bedauert.“*

*Sein weiterer Ausbildungsweg führte über die pädagogische Akademie in Kaiserslautern. Nach seinem Examen war er fünf Jahre lang Volksschullehrer in Elmstein. Während dieser Zeit absolvierte er in Mainz ein Erweiterungsstudium im Fach Musik, danach noch in Mathematik. Nach seiner Realschullehrerprfung im Jahr 1962 war er an der Realschule in Eisenberg beschäftigt. ber Hassloch, wo er Direktorstellvertreter war, folgte 1969 als Schulleiter der Sprung an die Realschule Neustadt a. d. W.. In den letzten Jahren vor seinem Eintritt in den Ruhestand leitete er die Realschule in Gernersheim.*

*Kirchenmusik ist für Karl-Heinz Walz Hobby und Nebenberuf. Organistendienst versieht er bis heute in Lachen und in Speyerdorf.*

W





## Bezirk Trier

### ► DELEGIERTENTREFFEN

# „Auf die Stimme kommt es an“

**Im Rahmen der Delegiertenversammlung des Bezirks Trier befassten sich die Anwesenden mit dem neuen VRB-Delegiertenleitfaden. Im zweiten Teil der Veranstaltung erhielten sie ein zweistündiges Atem- und Stimmtraining durch Barbara Ullmann, Schauspielerin am Theater Trier und Stimmcoachin.**

Vor knapp einem Jahr hatten die VRB-Delegierten der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen des Bezirks Trier darüber diskutiert, mittels welcher Ideen und Impulse die Verbandsarbeit weiter gestärkt, transparenter gemacht und in die Kollegien der Schulen getragen werden müsse. Aus diesem konstruktiven Austausch, der auch in den Bezirken Koblenz und Neustadt erfolgte, entstand der neue VRB-Delegiertenleitfaden, der durch sein Layout und seine inhaltliche Gestaltung den VRB-Delegierten vor Ort eine gute und handhabbare Hilfestellung bei ihrer Arbeit sein wird.

Der Bezirksvorsitzende Christoph Krier zeigte auf, wo die von den Delegierten erarbeiteten Impulse und Ideen umgesetzt

und in das Material eingeflossen sind. Die Anwesenden lobten die Praktikabilität des neuen Leitfadens und sahen es als Zeichen der Wertschätzung, die der Verband ihnen und ihrer Arbeit durch die Neugestaltung entgegenbringe.

Auf den verbandspolitischen Diskurs folgte der praxisbezogene Workshop der Trierer Schauspielerin Barbara Ullmann. Binnen weniger Minuten hatte sie durch ihre lockere und spontane Art die Anwesenden in ihren Bann gezogen.

#### Workshop

Das theoretische Wissen über das Zwerchfell und den äußeren Atemapparat wurde durch praktische Übungen und vollen Körpereinsatz in Praxiswissen umgewandelt.

Ein Crashkurs im „Bauchtanz“ sorgte für die Lockerung der Lachmuskulatur und die Körperhaltung war optimiert. Dann hieß es „Telefonieren Sie mit Ihrer Mutter, die Ihnen die letzte Woche im Detail erzählt und bestätigen Sie das Gehörte mit einem `Mh´“. Diese Übung



*Bezirksvorsitzender Christoph Krier: Impulse und Ideen aus Trier im „Delegiertenleitfaden“ umgesetzt.*

dient zur Findung der Indifferenzlage der eigenen Stimme und manch einer erkannte mittels dieser Übung, wie sich die eigene Stimme anhören sollte.

Anschließend machten sich die Workshop-Teilnehmer gedanklich mit einem ihrer letzten Campingaufenthalte vertraut und durften ihre Luftmatratze aufpumpen – natürlich mit den entsprechenden Geräuschen: „ft, ft, ft,...“. Doch dann holte



*Verbandspolitischer Diskurs im Kreis der VRB-Delegierten*

Barbara Ullmann die Kolleginnen und Kollegen schlagartig in den Schulalltag zurück und ließ jeden einzelnen in die Pausenaufsicht treten. Ein lautes „Hey!“ durchbrach die zuvor erdachte Urlaubsidylle.

### Atmung und Stimme

Wie die Atmung und die Stimme in Situationen, in denen man laut und unverkennbar auf sich aufmerksam machen muss, funktionieren sollte, um nicht zu überschlagen oder zu krächzen, trainierten die Delegierten anschließend. Dass die Stimme auch „Berge versetzen kann“, durfte eindrucksvoll im „Hirschkampf“ zur Schau gestellt werden – laut und bestimmend.

Abschließend erhielten die Workshop-Teilnehmer noch einige Übungen an die Hand, die man bequem nach dem Aufwachen im Bett, unter der Dusche oder während der Autofahrt zur Schule durchführen kann – am besten ohne Beobachter oder Zuhörer ...



Stimmgestärkt und motiviert endete die Delegiertenversammlung des Bezirks Trier, und die Teilnehmer traten zufrieden ihren Heimweg an.



Workshop mit Schauspielerin Barbara Ullmann: Atem- und Stimmtraining



**Christoph Krier**  
christoph.krier@vrb-rlp.de



**Holger Schwab**  
holger.schwab@vrb-rlp.de

## ► PERSONALRÄTEFORTBILDUNG IN TREIS-KARDEN

# Im Mittelpunkt: Schul- und personalrechtliche Fragestellungen sowie der Datenschutz im Schulalltag



Der Koblenzer Bezirksvorsitzende Benjamin Bajraktari freute sich über das Interesse sowie die konstruktiven Beiträge und Impulse der Teilnehmer.

**Großen Zuspruch fand die zweite Personalrätefortbildung 2018 für Personalräte aus den Bezirken Trier und Koblenz. Der Vorsitzende des VRB-Bezirks Koblenz, Benjamin Bajraktari, begrüßte die rund siebzig Teilnehmer und zeigte sich erfreut, dass alle Schularten und -formen vertreten waren. In seiner Begrüßung hob er hervor, welche wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe die Personalräte an den rheinland-pfälzischen Schulen übernehmen.**

Der langjährige Vorsitzende des Bezirkspersonalrates (BPR) für Realschulen plus bei der ADD Trier, Erwin Schneider, gab eine Einschätzung hinsichtlich der Planstellensituation ab und informierte, dass zu Beginn des Schuljahres Bewerberinnen und Bewerber, die fünf Jahre oder länger in

Vertretungsverträgen beschäftigt waren, in eine Planstelle eingewiesen wurden.

### Weitere Koordinatorenstellen

Mit Blick auf die Funktionsstelle des Didaktischen Koordinators an den Realschulen plus hob der stellvertretende Landesvorsitzende des VRB hervor, dass im Doppelhaushalt 2019/2020 weitere A14-Stellen vorgesehen seien.

### Die neue ÜSchO

Über die Neuerungen der übergreifenden Schulordnung, referierte Christoph Krier. Wichtige Neuerungen seien z.B. die einheitliche Bezeichnung des Kursniveaus in der integrativen Realschule plus und der Integrierten Gesamtschule sowie die Änderung bei den Versetzungsbestimmungen. Der VRB hat einen Sonderdruck der ÜSchO mit Kurzübersichten über die wichtigsten Änderungen und Fundstellen aufgelegt.

### VV Mehrarbeit

Fragen und Kommentare seitens der Teilnehmer griff Katharina Becker, Ersatzmitglied des Hauptpersonalrates Realschulen plus, auf und ging auf diese ein. Interessiert folgten die Anwesenden den Ausführungen von Benjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Realschulen plus, und Marlies Kahn, Mitglied des Bezirkspersonalrats Integrierte Gesamt-

schulen, über die aktualisierte Verwaltungsvorschrift zur Mehrarbeit im Schuldienst. Die Referenten wiesen auch auf die Bedeutung der schulinternen Vertretungskonzepte hin. Diese unterlägen der Mitbestimmung der Örtlichen Personalräte.

### DSGVO

Rechtsanwältin und VRB-Justiziarin Antonia Dufeu referierte über die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und zeigte an schulpraxisnahen Fallbeispielen auf, wie Lehrkräfte mit Daten und den Bestimmungen der DSGVO umzugehen haben. Die praxisnahe Darstellung war geeignet, den anwesenden Schulungsteilnehmern die Ängste im richtigen Umgang mit personenbezogenen Daten zu nehmen.

Abschließend informierte Nicole Weiß-Urbach, sie ist Mitglied des BPR Realschulen plus, die Personalräte über das korrekte Arbeiten mit PES (Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen) und dem damit verbundenen Wächteramt, das die Personalräte innehaben. Jede Schule habe einen PES-Beauftragten. Und der örtliche Personalrat (ÖPR) sei – bevor eine PES-Kraft ihren

Dienst aufnehme – in die Personalentscheidungen einzubeziehen.

Christoph Krier dankte den Anwesenden für das große Interesse, den regen Austausch untereinander sowie die konstruktiven Beiträge und Impulse.



**Christian Jäger**  
christian.jaeger@vrb-rlp.de



**Marlies Kahn**  
marlies.kahn@vrb-rlp.de



**Wolfgang Seebach**  
wolfgang.seebach@vrb-rlp.de



*Personalvertreterinnen und Personalvertreter erfüllen wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben an den rheinland-pfälzischen Schulen.*



*Der Trierer Bezirksvorsitzende Christoph Krier informierte über die novellierte übergreifende Schulordnung. Der VRB hat einen Sonderdruck der ÜSchO aufgelegt.*



*Antonia Dufeu informierte anhand schulpraxisnaher Fallbeispiele über den Umgang mit Daten.*

### Hinweis der Redaktion

„Verwaltung und Pädagogik in Balance bringen“. Unter diesem Titel stand der erste Teil eines Interviews mit der Trierer ADD-Referatsleiterin Realschulen plus, Anna-Maria Brüse, den wir in der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift abgedruckt haben. Der für diese Ausgabe angekündigte zweite Teil des Interviews, in dem Frau Brüse berichtet, was eine gut funktionierende Schwerpunktschule auszeichnet, welche Visionen sie für unser Schulsystem hat und wie sie den Praxisbezug im Lehramtsstudium einschätzt, war bei Redaktionsschluss noch nicht endabgestimmt. Der Beitrag erscheint deshalb in unserer Online-Ausgabe.





Anmeldung zum  
Ingelheimer VRB-Kongress am  
21. März 2019 in der  
Fridjof-Nansen-Akademie,  
Neuer Markt 3, 55218 Ingelheim

Bitte faxen Sie den ausgefüllten Anmeldebogen unter  
0 67 21/96 35 66 bis zum 7. März 2019 an uns zurück oder  
senden ihn an Heidi Becker, Ida-Dehmel-Coblenz Str. 30,  
55411 Bingen, E-Mail: heidi.becker@vrb-rlp.de. Sie können  
sich auch unter [www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de) online anmelden.

.....  
Dienstbezeichnung, Nachname, Vorname der Teilnehmerin/des Teilnehmers

**Schulanschrift** (bitte ankreuzen)

Neustadt  Koblenz  Trier

.....  
Name der Schule

.....  
PLZ und Ort der Schule

.....  
Straße der Schule

.....  
Telefon der Schule

.....  
Telefax der Schule

.....  
E-Mail der Schule

**Privatanschrift**

.....  
PLZ und Ort

.....  
Straße

.....  
Telefon

.....  
Telefax

.....  
E-Mail

Der Fachkongress ist als dienstlichen Interessen dienend anerkannt. Die Veranstaltungsnummer des PL: 19ST011901

.....  
Datum

.....  
Unterschrift Teilnehmer/in

Urlaub wird bei Zulassung gemäß VV vom 16.5.2003 gewährt.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift der Schul-/Seminarleitung und Dienststempel



Im Bericht über das 1. Digitalforum Rheinland-Pfalz informierten wir im letzten Heft über das Projekt „Eye-Tracking“. Dazu schrieb uns Hermann Kölsch:

## FEEDBACK AN DIE REDAKTION

*Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie sieht sich unter dem Stichwort „Eye-Tracking“ in dem Projektanliegen vertreten, mehr Bürgernähe durch verständliche Sprache zu gewährleisten. Da will doch die Uni Mainz nicht hinterstehen und erläutert das Stichwort „Eyetracker“ unter Zuhilfenahme der folgenden Begriffe: Thinking aloud, Retrospektive Interviews, Screen-recording, Keystroke-logging, parallele Korpora, Datentriangulation, Produktions- und Rezeptionsprozesse, Kommunikation und Translation. Ein Volltreffer: Bürgernähe durch verständliche Sprache.*

### In der kommenden Ausgabe ...



- berichten wir über die Ergebnisse des VRB-Fachkongresses 2019. Er steht unter dem Motto „Ein Like für gute Bildung“,
- sprechen wir mit ZDF-Chefredakteur Peter Frey über „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“,
- fragen wir die Autoren Armin Himmelrath und Julia Egbers („Fake News. Ein Handbuch für Schule und Unterricht“), wie sie Trumps Twitter-Nachrichten bewerten, ob wir ein neues Schulfach „Medienkunde“ brauchen und wie die Digitalisierung den Lehrerberuf verändert,
- erfahren Sie, ob die spannende Digitalpakt-Geschichte zur „unendlichen“ Geschichte geworden ist oder ob die typisch deutsche Föderalismus-Chronologie, in der Bund und Länder Stillstand, Kompromiss und Fortschritt beschwören, ein Ende finden kann,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- stellen wir die Ergebnisse unserer Verhandlungen und Beratungen mit den Landtagsfraktionen, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden vor,
- setzen wir den Datenschutz-Beitrag zum „Recht auf das Vergessenwerden“ fort. Anwältin Antonia Dufeu befasst sich mit den Löschungsvorgaben für Konferenzprotokolle, Schülerakten und den Mailversand.

## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichtenthaler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41/9 11 72 84  
timo.lichtenthaler@vrb-rlp.de

### Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

### Schatzmeister

Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer  
Tel: 0 62 32 / 4 04 44  
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18  
schatzmeister@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Redaktionsteam

Michael Eich, Wolfgang Häring, Bernd Karst, Wilfried Rausch, Regina Sersch

### Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de  
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



## Unwort des Jahres – Kostenneutralität

Wenn der Verband Reale Bildung für das Jahr 2018 bei der Jury für das Unwort des Jahres einen Vorschlag abgab, dann lautete dieser „Kostenneutralität“. Dieses Kompositum steht für einen Irrglauben, der auch in Rheinland-Pfalz immer noch verbreitet ist: Mehr Qualität und mehr Leistung im öffentlichen Dienst könnten nahezu kostenneutral zu haben sein. Unter den Auswüchsen dieses Irrglaubens leiden insbesondere die rheinland-pfälzischen Lehrkräfte. Immer mehr Aufgaben mussten in den vergangenen Jahren geschultert werden, ohne dass dafür geeignete Rahmenbedingungen und hinreichende Anreize geschaffen wurden. Die hinter diesem Unwort stehende Mentalität kann die Zukunft und Stabilität unseres Landes gefährden, weil gerade im Bildungsbereich wichtige Zukunftsinvestitionen nicht angegangen werden. Auch Rheinland-Pfalz wäre gut beraten, sparsamer mit dem Unwort „Kostenneutralität“ umzugehen.

Effizienzsteigerung, Demographische Rendite, Klemm-Gutachten, Abbaupfad an Lehrkräften oder 5 x 1 %-Deckelung von Besoldung und Versorgung... Wir erinnern uns noch gut an diese Bildungsunwörter. Ohne sie kam vor wenigen Jahren kaum eine bildungspolitische Rede in Rheinland-Pfalz aus. Deren Verwendung ist inzwischen nicht mehr opportun, stehen sie doch alleamt für bildungspolitische Fehleinschätzungen und Irrtümer. Immerhin scheint sich inzwischen die Einsicht durchzusetzen, dass mehr Qualität und mehr Leistung nicht mit Einsparungen zu haben sind.

Jetzt sind wir also im Kontext Bildung bei „Kostenneutralität“ angelangt. Ausreichen wird das nicht, denn es geht um viel in diesen Tagen: Unsere parlamentarische Demokratie und der bundesdeutsche Föderalismus müssen angesichts vielfältiger nationaler und internationaler Herausforderungen den Beweis antreten, dass sie in der Lage sind, unser Land zukunftssicher aufzustellen. Und dazu gehören mutige wie unausweichliche Investitionen in Bildung. Das Trauerspiel um den Digitalpakt zeigt, wie es nicht geht. Rheinland-Pfalz, das wollen wir gar nicht leugnen, hat bereits einiges getan, um die Weichen neu zu stellen: Einführung des Didaktischen Koordinators, Informationskampagne für die Realschule plus, Ankündigung von Besoldungserhöhungen. Zufriedengeben kann sich unsere Landesregierung damit nicht. Bildungspolitik muss endlich echte Priorität haben.

Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen ist der Verweis auf die Schuldenbremse nicht gerechtfertigt, wenn damit entschuldigt werden soll, dass wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben. Wir reden nicht der Neuverschuldung das Wort, sondern wir fordern, dass der Bildung haushälterisch Vorrang zugebilligt wird. Der Zustand vieler deutscher Schulen ist so desolat, dass die Förderbank KfW den bundesweiten Investitionsbedarf auf 55 Milliarden beziffert. Daneben gilt es, den öffentlichen Dienst wieder zu stärken. In der Vergangenheit wurde bis an die Grenzen der Vertretbarkeit gespart und gekürzt. Gerade als Arbeitgeber muss unser Bundesland Fehlentwicklungen und Versäumnisse der Vergangenheit aufarbeiten und im eigenen Interesse mehr leisten. Rheinland-Pfalz verliert Jahr für Jahr gut ausgebildete Lehrkräfte sowie andere Spezialisten an andere Bundesländer, an den Bund oder an die freie Wirtschaft. Die Herausforderungen im Bereich Bildung und der Wettbewerb um Fachkräfte können nicht kostenneutral bewältigt werden.

**KlarText:** Gerade in die Realschule plus muss investiert werden, will man denjenigen den Wind aus den Segeln nehmen, die sich an dieser Schulart abarbeiten. Die Stärkung und Weiterentwicklung der Realschule plus ist nun mal nicht kostenneutral zu haben. Neben Investitionen in eine moderne Ausstattung muss unseren Kolleginnen und Kollegen ermöglicht werden, weiterhin qualitativ hochwertigen Unterricht zu gewährleisten. Angesichts der hohen Belastungen aufgrund zahlreicher außerunterrichtlicher Zusatzaufgaben geht das nicht ohne kleinere Klassen und eine reduzierte Unterrichtsverpflichtung. Will Rheinland-Pfalz motivierte Lehrkräfte halten, muss es diese angemessen bezahlen. Rheinland-Pfalz muss dem Bildungsbereich den Stellenwert einräumen, den dieser unzweifelhaft für ein modernes Land hat. Wir können uns das Ausweichen von diesen Erfordernissen mittels Unwörter wie „Kostenneutralität“ schlichtweg nicht länger leisten.

Michael Eich

# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 26 71 / 60 78 95**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

Name ..... Vorname ..... Geb.-Datum ..... E-Mail .....

Straße ..... PLZ und Wohnort ..... Telefon/Fax/Mobil-Nr. ....

Dienstbezeichnung ..... Schule ..... Prüfungsfächer .....

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar ..... voraussichtlich bis zum .....

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl ..... Name der Bank ..... Kontonummer .....

(sofern bekannt) IBAN ..... BIC .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der jeweiligen Besoldung und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst, zuletzt am 1. Januar 2016.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-

**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Alterszeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

**Beurlaubte, Pensionäre**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

**Ehegatten, Lebenspartner**

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

**Lehramtsanwärter**

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



# Ein Like für gute Bildung!

## Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien

Donnerstag, 21. März 2019 • Fridtjof-Nansen-Akademie •  
Neuer Markt 3 • 55218 Ingelheim

### Programm

- 8.30 Uhr Stehkafee
- 9.30 Uhr Begrüßung und Einführung
- 9.45 Uhr „Was sich in Schule und Studium,  
Gesellschaft und Politik ändern muss!“  
Vortrag von Julia Egbers und Armin Himmelrath
- 10.30 Uhr Vorstellung der Arbeitskreise  
in einer Talkrunde
- 10.45 Uhr Arbeitskreisrunde I
- 12.00 Uhr Arbeitskreisrunde II
- 13.00 Uhr Mittagsimbiss
- 14.00 Uhr „Die Digitalisierung verändert  
die Welt, die Gesellschaft, die Bildung“  
Rede des Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler
- 14.30 Uhr „Chancen und Grenzen beim Einsatz digitaler Medien“  
Vortrag des VDR-Bundvorsitzenden Jürgen Böhm
- 15.30 Uhr „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“  
Fachvortrag von Dr. Peter Frey
- 17.00 Uhr Resümee und Schlusswort



Unser Referent:  
ZDF-Chefredakteur  
Dr. Peter Frey

Die Veranstaltung wird vom PL  
unter der Nr. 19ST011901 anerkannt.

**Bis zum 7. März anmelden!**

- **E-Mail** [heidi.becker@vrb-rlp.de](mailto:heidi.becker@vrb-rlp.de)
- **Fax** 0 67 21 / 96 35 66
- **Online** [www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)

facebook.com  
VRB RLP



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)